

EUROPAINSTITUT der Universität Basel

Georg Kreis (Hg.)

Grenzüberschreitende Mikrointegration

Der Basler Dreiländerraum gestern-heute-morgen

BASLERSCHRIFTEN zur europäischen Integration Nr. 100

Das **Europainstitut der Universität Basel** ist ein rechts-, politik- und wirtschaftswissenschaftliches Zentrum für interdisziplinäre Lehre und Forschung zu europäischen Fragen. Das Institut bietet

- ein einjähriges, praxisbezogenes und interdisziplinäres Nachdiplomstudium zum *Master of Advanced Studies in European Integration*,
- die Vertiefungsstudien *Major in Conflict and Development* und *Major in International Business*,
- sowie neu auch ein massgeschneidertes Zertifikatsprogramm (*Certificate of Advanced Studies*) an.

Daneben führt das Institut zusammen mit der Juristischen, der Wirtschaftswissenschaftlichen und der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel einen *Masterstudiengang European Studies* durch. Es finden ausserdem regelmässig spezielle Weiterbildungskurse, Seminare und Vorträge statt. In der Forschung werden in Zusammenarbeit mit benachbarten Disziplinen sowohl fachspezifische wie multidisziplinäre Themen bearbeitet. Das Europainstitut ist als Ansprechpartner für Politik, Wirtschaft und Verwaltung beratend tätig.

www.europa.unibas.ch

ISBN-13: 978-3-905751-25-3

ISBN-10: 3-905751-25-9

BASLERSCHRIFTEN zur europäischen Integration Nr. 100

Georg Kreis (Hg.)

Grenzüberschreitende Mikrointegration

Der Basler Dreiländerraum gestern-heute-morgen

Inhaltsverzeichnis

Eric Jakob: Vorwort	7
I. Georg Kreis: Die Organisationen im regionalen Europa. Produkte aus dem Laufe der Zeit	11
II. Martin Weber: Vom „Entrosten der Drehscheibe Basel“ – Zur Entstehung und Wirkung der REGIO BASILIENSIS	31
III. René L. Frey: Erfolge und Probleme der grenz- überschreitenden Kooperation: das Beispiel der Basler Dreiländerregion	63
IV. Birte Wassenberg: De l'esprit „Regio“ aux Eurodistricts : la place de la société civile dans la coopération transfrontalière du Rhin supérieur (1963-2008)	81
V. Martin Jann: Warum eine Internationale Bauausstellung in der trinationalen Stadtregion Basel ?	93
Anhang Zu den Autoren	100

Vorwort

Eric Jakob

Das von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden gemeinsam erarbeitete und 2012 veröffentlichte „Raumkonzept Schweiz“ sieht drei Metropolitanregionen vor: Zürich, Basel und Genf-Lausanne. In diesen drei urbanen Räumen wird der Grossteil der wirtschaftlichen Leistung der Schweiz erbracht. Um das Potenzial dieser funktionalen Räume noch besser nutzen zu können, plädiert das Raumkonzept Schweiz für mehr Zusammenarbeit über Gemeinde-, Kantons- und Landesgrenzen hinaus. Voilà! Vor bald 50 Jahren, im Jahr 1963, wurde die REGIO BASILIENSIS mit dem Ziel gegründet, durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit die Region Basel besser entwickeln und gegenüber anderen Regionen in der Schweiz und international positionieren zu können. Was damals häufig noch als „Wolken-schieberei“ exotischer Regio-Enthusiasten abgetan wurde, ist heute eine Selbstverständlichkeit geworden und damit Teil des politischen Programms in allen drei Teilregionen: in der Nordwestschweiz, in Baden-Württemberg und im Elsass.

Dabei hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Raum Basel verschiedene Phasen durchlaufen. Nach einer Pionierphase in den 1960er Jahren, setzte ab den 1970er Jahren eine Phase der Institutionalisierung und Verstetigung der Oberrheinkooperation ein. Seit den 1990er Jahren befindet sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in einer Umsetzungsphase, angetrieben vor allem durch die europäischen INTERREG-Förderprogramme zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit – heute „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ genannt –, an welchen sich von Anfang an auch die Schweizer Kantone und etwas später die Schweizerische Eidgenossenschaft beteiligt haben.

Die Europäische Union hat damals erkannt, dass das europäische Einigungsprojekt nur gelingen kann, wenn in den Grenzregionen, die durch die neuen Freizügigkeiten und den Grenzabbau zu allererst und in besonderem Ausmass betroffen sind, das funktionale Zusammenwachsen über Grenzen hinweg unterstützt wird. Es setzte sich die Einsicht durch, dass europäische Einigung wie auch Globalisierung auf eine grenzüberschreitende Mikrointegration angewiesen sind. Das Konzept des Europas der Regionen wurde durch die Idee und Praxis eines Europas der Grenzregionen ergänzt. So wurde die Möglichkeit gegeben, ein bürgernahes und konkretes „Europa von unten“ – neben dem Brüsseler EU-Europa, das immer wieder Zentralisierungstendenzen unterliegt – zu schaffen, das die neuen Freiheiten vor Ort zum Wohl von Bevölkerung und Wirtschaft nutzt. Es waren zuerst die wirtschaftlich starken Grenzregionen in Westeuropa, welche dieses Angebot dankbar aufgenommen haben und eine Art „grenzüberschreitenden Wachstumsregionalismus“ entwickelt haben. Dieser zeichnet sich dadurch aus, dass er nicht auf Abwendung oder gar Sezession vom Mutterland ausgerichtet ist, sondern sich bewusst in die Mehrebenenkonstruktion Europas einfügt. Zentrales Ziel war und ist es, die Chancen des sich öffnenden Europas und der Globalisierung zu nutzen, indem Grenzhindernisse abgebaut und gemeinsame Wachstumspotenziale grenzüberschreitend erschlossen werden.

Mehrere Hundert grenzüberschreitende Projekte wurden in der Region Basel und am Oberrhein seit den 1990er Jahren umgesetzt. Allein im Rahmen der durch die REGIO BASILIENSIS mitverwalteten INTERREG-Programme wurden 450 grenzüberschreitende Projekte – 160 mit Schweizer Beteiligung – mit einer Gesamtfördersumme seitens der EU von 167 Millionen Euro realisiert. Da sind Verkehrsprojekte wie grenzüberschreitende Bus- und Tramverbindungen oder die Tarifkooperation im Dreiländereck dabei, aber auch trinationale Studiengänge, Bildungs- und Forschungsprojekte, Dienstleistungen für KMU und Grenzgänger oder Kooperationsprojekte in den Berei-

chen Tourismus und Kultur. Unsere Region wäre um einiges ärmer ohne all diese Projekte. Eine zunehmend wichtige Bedeutung für die Dreiländeragglomeration Basel haben auch das von Bund und Kantonen alimentierte Agglomerationsprogramm sowie das regionale Impuls- und Qualifizierungsprojekt IBA Basel 2020, dies insbesondere in den Bereichen Verkehr, Siedlung und Raumentwicklung. Mit dem SlowUp Basel-Dreiland ist es gelungen, einmal jährlich die Bevölkerung im Dreiländereck zu einem gemeinsamen Bewegungs- und Begegnungsanlass zu motivieren: Mit rund 65'000 Teilnehmenden aus den drei Ländern ein Grossanlass! Daneben bieten die REGIO BASILIENSIS und ihre Partnerorganisationen im Monatsrhythmus grenzüberschreitende Informations- und Vernetzungsanlässe an, von Podiums- und Vortragsveranstaltungen, über trinationale Unternehmensbesichtigungen bis hin zum jährlichen RegioTriRhena-Kindertreffen. Mit dem Mikroprojektfonds des Trinationalen Eurodistricts Basel werden weitere Bürgerbegegnungen unterstützt.

Der Erfolg der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Region Basel hat aber auch seine Kehrseiten: Zu viele Organisationen und Strukturen, die sich der grenzüberschreitenden Vernetzung widmen, sind im Verlauf der Jahre entstanden. Wohl braucht es unterschiedliche Gefässe für die Dreiländeragglomeration mit 800'000 Einwohnern und die Trinationale Metropolregion Oberrhein mit 6 Millionen Einwohnern, für die regionalen Regierungen und die regionalen Parlamentarier. Dennoch sind Verbesserungen hinsichtlich Arbeitsteilung, Transparenz, Kommunikation sowie Zusammenlegung von Sekretariaten möglich und nötig.

Für die Region Basel ist die Zusammenarbeit über Gemeinde-, Kantons- und insbesondere auch Landesgrenzen hinaus – trotz aller Schwierigkeiten – eine Notwendigkeit. „Basel“ ist längst nicht mehr mit dem Kanton Basel-Stadt mit seinen 190'000 Einwohnern gleichzusetzen. Basel ist eine Dreiländeragglomeration mit 800'000 Einwohnern, die punkto Verkehr, Siedlung, Pendlerströme und wirtschaftlicher Verflechtung immer mehr zusammenwächst. Herausforderung für die Zu-

kunft wird es sein, die richtige Governance, die richtigen politischen Steuerungs- und Entscheidungsprozesse zu finden, um dieser Situation gerecht zu werden. Wenn man sich dabei nicht in immer komplexere Verhandlungsprozesse verstricken will, wird man mittelfristig um eine trinationale Zusammenlegung von gewissen Kompetenzen und Finanzmitteln nicht herumkommen.

Die vorliegende Jubiläumsnummer der Basler Schriften zur europäischen Integration widmet sich der grenzüberschreitenden Mikrointegration und ihrer besonderen Ausgestaltung in der Region Basel und am Oberrhein. Damit greift das Europainstitut der Universität Basel dankenswerterweise ein zentrales europäisches Thema auf, das quasi vor der Haustür liegt und – wie auch immer sich die Europäische Union weiterentwickeln wird – ein wichtiges Thema für die Region Basel bleiben wird.

Im ersten Beitrag beleuchtet Georg Kreis, emeritierter Professor für Geschichte und ehemaliger Leiter des Europainstituts der Universität Basel, in einem grossen Bogen die regionalpolitischen Bemühungen auf europäischer Ebene. Der Beitrag des Historikers und Regio-Praktikers Martin Weber fokussiert auf die Gründungsphase der REGIO BASILIENSIS und skizziert Ziele und Wirkungen dieser Pionier-Organisation. René L. Frey, emeritierter Professor für Nationalökonomie und Leiter des Forschungsinstituts CREMA, erörtert die regionalökonomischen Bedingungen und Auswirkungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Raum Basel. Birte Wassenberg, *Maître de conférences en Histoire contemporaine* an der Universität Strassburg, betrachtet aus Elsässer Perspektive den Einbezug der Zivilgesellschaft in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein. Schliesslich beleuchtet der Geschäftsführer der IBA Basel 2020, Martin Jann, die Ziele und Chancen dieses zukunftsgerichteten Entwicklungsprogramms für die trinationale Stadtregion Basel.

Die Beiträge knüpfen an eine im Frühjahr 2012 durch das Europainstitut der Universität Basel durchgeführte öffentliche Vortragsreihe zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein an.

I. Die Organisationen im regionalen Europa. Produkte aus dem Laufe der Zeit

Georg Kreis

Wenn man bei allgemeinem Kenntnisstand in der Regel über wenig Einzelheiten der Geschichte der Regio Basiliensis verfügt, so weiss man doch, dass sie 1963 gegründet worden ist und darum im kommenden Jahr ihr 50jährigen Bestehen begehen kann. Zudem weiss man vielleicht, dass sie im Rufe steht, mindestens in den ersten Jahren eine Pionierorganisation gewesen zu sein und noch heute von vielen als Vorbild genommen zu werden.¹

Wie aber ist die Regio Basiliensis in die grosse Entwicklung der regionalpolitischen Bemühungen einzuordnen? Der nachfolgende Beitrag zeichnet die allgemeine Entwicklung der Regionalpolitik in Europa nach und achtet darauf, welche politischen Konjunkturen zu welchen Strukturen geführt haben. Regionale Interessen mag es schon immer gegeben haben, wie es natürlicherweise Spannungen zwischen übergeordneten und untergeordneten Ebenen und zentralen und peripheren Kräften gibt. Welches waren aber die Zeitumstände, die den Regionalismus speziell belebt haben?

Die folgenden Ausführungen gehen dieser Frage nach, indem sie darauf achten, wann es zu bestimmten Gründungen und Bekenntnissen gekommen ist.²

1 Im Hinblick auf das 50 Jahr-Jubiläum wird von Martin K. Weber eine Gesamtdarstellung vorbereitet. Eine Darstellungen zu den ersten zehn Jahren (1963-1972) hat Christian J. Haefliger im «regio report» von 1973 verfasst. Fortsetzungen finden sich in den in weiteren «reports», insbesondere in demjenigen von 1983 zum 20jährigen und von 1988 zum 25jährigen Bestehen; und später, ab 1992, im Informationsbulletin REGIOINFORM.

2 Die Popularitätskonjunkturen werden durch das kontinuierliche Reden der Berufsregionalisten allerdings etwas eingeebnet. Beinahe zu jeder Zeit und bei

Für den Zeitraum, der uns interessiert, kann man grosso modo drei Phasen unterscheiden: eine Latenzphase 1945 bis in die 1960er Jahre, dann eine Gründungsphase mit einem Kulminationspunkt in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre und in der ersten Hälfte der 1990er Jahre und schliesslich eine Phase der Vertiefung und Fortschreibung bis zur Gegenwart. In der Literatur besteht Konsens, dass der Regionalismus in den 1980er/90er Jahren eine parteiübergreifende Hochkonjunktur genossen hat und, wie es heisst, „in aller Mund“ gewesen ist, als strategisches Konzept, das mehr Mitwirkungsrechte der Bürger anstrebte.³ Experten stellten übrigens fest, die Zusammenarbeit der Grenzregionen habe in den 1990er Jahren nicht nur in Europa, sondern in anderen Teilen der Welt Hochkonjunktur gehabt.⁴

Bereits in der ersten Phase der Integrationsgeschichte, der Zeit nach 1945 bis in die 1960er Jahre, wurde die Frage, ob unterhalb der Ebene der Nationalstaaten regionale Korporationen geschaffen werden sollen, diskutiert, dies aber eher in politischen Zirkeln und nicht getragen von realen Regionalbewegungen. Zwei grosse politische Lager standen einander gegenüber: die Föderalisten und die Unionisten. Letztere wollten den Nationalstaat in seiner bisherigen Kompetenz belassen und auf der europäischen Ebene bloss einen lockeren Staatenbund zulassen.

jedem Auftritt wird erklärt, dass es Zeit sei, endlich dieses wichtige Thema ernst zu nehmen. Dies auch und gerade dann, wenn die Strahlkraft der Thematik im Moment des Bekenkens eher schwach ist. Zum Beispiel 2007 im Votum von Gerhard Stahl Generalsekretär des AdR. In: Karl-Heinz Lambertz/Martin Grosse Hüttemann (Hg.), Europapolitik und Europafähigkeit von Regionen. Baden-Baden 2009. S. 136. Bekenntnisse können eben beides sein: Beleg als Ausdruck einer bereits vorhandenen Popularitätskonjunktur oder Beleg für ein kompensatorisches Bekenntnis wegen fehlender Popularitätskonjunktur.

3 Sozusagen parallel zum „Europa der Regionen“ etablierte sich als Programm das „Europa der Bürger“, erstmals im Tindemans-Bericht von 1975 in einem europäischen Dokument angesprochen.

4 Joachim Blatter gestützt auf Paul Ganster in: Thomas Conzelmann/Michèle Knodt (Hg.), Regionales Europa – Europäisierte Regionen. Frankfurt a. M. 2002, S. 257

Sie konnten sich 1948 als die Vertreter des traditionellen Staatsverständnisses durchsetzen, die Regionalidee geriet in den Hintergrund. Der mit dem Marshallplan von 1947/48 wiederhergestellte europäischen Internationalismus wie auch der mit der Kohle- und Stahlunion von 1951/52 sektoriell doch etablierte Supranationalismus interessierten sich nicht für das Lokale, sondern begnügten sich mit top down inszenierter raumübergreifender Wirtschaftskooperation.

Die Föderalisten, die Union Européenne des Fédéralistes (UEF), 1947 mit einer Anhängerschaft von immerhin 150'000 Mitgliedern, bildeten eine sonderbare Kombination aus integralföderalistischen und supranationalistischen Befürwortungen. Sie setzten sich für eine Ordnung mit regionalen Gebietskörperschaften, aber auch einer starken supranationalen Ebene ein, und sie hielten den Nationalstaat für schädlich. Aber sie hatten nichts dagegen, der supranationalen Autoritäten den Zentralismus zu gewähren, den sie beim Nationalstaat als störend empfanden.

In dieser Phase gab es in der föderalistischen Bewegung zwei international beachtete Schweizer Stimmen: Die eine war diejenige des bekannten Neuenburger Schriftstellers Denis de Rougemont, der 1948 am Kongress von Haag mit der Förderung der kulturellen Kooperation betraut wurde. De Rougemont propagierte vor allem - und selbstverständlich mit Verweis auf das schweizerische Vorbild - den innerstaatlichen Föderalismus. 1958 legte er ihn den Franzosen bei der Schaffung der Fünften Republik ans Herz, wenn auch vergeblich.⁵

⁵ Denis de Rougemont war nur bedingt ein Regionalist. Er war vor allem ein Agent des kulturellen Europa, dies im Gegensatz zu dem durch Politik und Wirtschaft definierten „anderen“ Europa. Zum Thema immerhin in der Zeitschrift einer Grossbank: Genf und das Europa der Regionen: Bulletin der Schweizerischen Kreditanstalt 79, 1973, 3, S. 34-36. - Zur Person: Saint-Ouen, François, Denis de Rougemont. Genf 1995.

Die andere Stimme war diejenige des etwas weniger bekannten Basler Historikers Adolf Gasser, Lehrer am Humanistischen Gymnasium und seit 1950 ausserordentlicher Professor für Allgemeine Verfassungsgeschichte an der Universität Basel.⁶

Bereits während des Krieges hatte Gasser seine Idee der Gemeindefreiheit den totalitären Staatsideen insbesondere der Nationalsozialisten entgegengehalten.⁷ Sein 1947 erschienenes Föderalismusbuch mit dem Titel „Aufbau von unten oder Zwang von oben“ drückte aus, worum es ihm ging. Im gleichen Jahr, 1947, erschien seine international sehr beachtete Schrift „Gemeindefreiheit als Rettung Europas/Grundlinien einer ethischen Geschichtsauffassung“. Darin bezeichnete er die „umfassende kommunale Ermessensfreiheit (als) unentbehrliche Voraussetzung für jede politische, soziale, moralische Gesundung Europas“. Gasser war Mitinitiant der 1948 entstandenen Internationale Union der Bürgermeister, aus der etwas später, 1951, der Rat der Gemeinden Europas (vgl. unten) hervorging.⁸

Gemeindefreiheit und Regionalismus mögen zwar so etwas wie einen basalen Selbstbestimmungswillen gemeinsam haben; während aber den Kommunalisten gerade die eigenen Grenzen wichtig sind,

6 Eine spätere Würdigung ist die von Ulrich Mentz herausgegebene Schrift „Gemeindefreiheit in Europa. Der steinige Weg zu mehr kommunaler Selbstverwaltung in Europa.“ Baden-Baden 2004. - Zur internationalen Beachtung Gassers vgl. etwa Winfried Böttcher, Ein anderes Europa. Von den Nationalstaaten zu den Regionen. Baden-Baden 2011. S. 116f. - Vgl. auch die Festschrift für Adolf Gasser zum 80. Geburtstag. Fried Esterbauer, Helmut Kalkbrenner, Markus Mattmüller, Lutz Roemheld (Hg.): Von der freien Gemeinde zum föderalistischen Europa. Berlin 1983. 7 Exemplarisch Gassers Buchtitel: Geschichte der Volksfreiheit und der Demokratie. Aarau 1939. Dann: Gemeindefreiheit als Rettung Europas. Grundlinien einer ethischen Geschichtsauffassung. Basel 1943.

8 Böttcher, 2011, S. 117. www.ccre.org/ Es ist nicht untypisch, dass Gasser in den 1970er Jahren eine wichtige Rolle auch in der neuen Naturschutzbewegung spielte - als Präsident der Basler Arbeitsgemeinschaft zum Schutz von Natur und Umwelt (BASNU).

tendieren die Regionalisten dazu, diese zwar bestehen zu lassen, aber doch über Kooperation und Schaffung neuer Gemeinsamkeiten zu überwinden.

In den 1950er Jahren entstanden zwei erste regionalpolitische Institutionen, die eine im Rahmen des Europarats mit einem überdachenden allgemeinen Ansatz, die andere als „Regio“ mit einem lokalpolitischen, spezifischen Ansatz.

Der KGRE 1957/1975

Mit Berufung auf eine „Charta der Gemeindefreiheiten“ beantragte die Parlamentarische Versammlung des Europarats 1953 die Einberufung einer Europäischen Konferenz der Gemeinden. Verwirklicht wurde der Antrag 1957 mit der ersten Konferenz in Straßburg. Rund zwei Jahrzehnte später, 1975 und typischerweise eben für die zweite Phase, wurde diese Konferenz um Vertretungen auch von Regionen erweitert. Fortan figurierte sie unter dem Kürzel KGRE (Kongress der Gemeinden und Regionen Europas). Zwei weitere Aufwertungen erfuhr die Organisation, indem sie 1979 den Status einer „ständigen“ Konferenz und 1994 den Status eines Kongresses zugesprochen erhielt. Dieses letztere „upgrading“ ist als Folge der guten regionalpolitischen Konjunktur der frühen 1990er Jahre zu verstehen, von dem weiter unten noch die Rede sein wird. Der Kongress ist heute die institutionelle Vertretung von über 200'000 regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der 47 Mitgliedsstaaten des Europarats.⁹ Die Regio Basiliensis bzw. ihr Gründungsdirektor Hans Briner wirkte schon bald nach ihrer Konstituierung in diesem Netzwerk. Die 1993 geschaffene Konferenz der Kantone lässt sich von sechs Regierungsräten ebenfalls in diesem Gremium vertreten.

⁹ de.wikipedia.org/wiki/Kongress_der_Gemeinden_und_Regionen_des_Europarates (Zugriff vom August 2012)

Die EUREGIO 1958

Eine ganz andere Premiere aus dieser Phase ist die im deutsch-niederländischen Grenzraum aus privater Initiative geschaffene EUREGIO, der heute 130 Städte, Gemeinden und Kreise aus dem Münsterland, dem südwestlichen Niedersachsen und den östlichen Niederlanden mit einem Bevölkerungstotal von 3,4 Mio. angehören. Als Entstehungsjahr wird das Jahr 1958 genannt, obwohl es andere Daten gibt, ein früheres (1954) und ein späteres (1962), und offen bleiben muss, von wann an in dieser Region in substantieller Weise kooperiert wurde. Der Anstoss scheint auf Betreiben von einzelnen Bürgern und Unternehmen sowie von zivilgesellschaftlichen Organisationen der deutschen Seite ausgegangen zu sein. 1966 entstand dann eine EUREGIO-Arbeitsgruppe. Wir dürfen davon ausgehen, dass man in Basel von dieser Kooperation Kenntnis hatte. Während es in Basel aber erst seit 1993 die trinationalen Informations- und Beratungsstelle INFOBEST PALMRain, erst seit 1996 ein „Gemeinsames Sekretariat“ für die deutsch-französisch-schweizerische Oberrheinkonferenz (ORK) in Kehl am Rhein (D) und erst seit dem Januar 2007 den Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) gab, gelang in der deutsch-niederländischen EUREGIO bereits 1985 die Zusammenlegung der bisher getrennten Sekretariate zu einer gemeinsamen Geschäftsstelle am Grenzübergang Gronau/Glanerbrug.¹⁰

Die 1960er Jahre sind durch zunächst gegenläufige Dynamiken gekennzeichnet: einerseits durch ein neu aufkommendes starkes Interesse der Zentralverwaltungen an regionalen Gegebenheiten und zum anderen durch ein von der Basis ausgehendes Interesse an regionaler Selbstgestaltung.

Der in diesem Jahrzehnt zu einem Paradigma werdende Regionalgedanke erklärt sich weniger aus einem Schwächerwerden der nationalstaatlichen Idee und vielmehr aus dem verstärkten Engagement des

¹⁰ en.wikipedia.org/wiki/EUREGIO. Zu der Entwicklung in der Region Basel vgl. www.regbas.ch/d_meilensteine.cfm (Zugriff vom Juli 2012).

Nationalstaats, der mit technokratischen Ansätzen Regionalplanung an die Hand nahm, um regionale Wohlfahrt und administrative Effizienz zu steigern.¹¹

In der Literatur wird dezidiert darauf hingewiesen, dass der Regionalismus keine Erfindung revoltierender Autonomisten, sondern einer Technokratie ist, „die in der Nachkriegsepoche in den meisten westlichen Industriestaaten in führende Positionen des nationalen administrativen Systems und Wirtschaftsmanagements vorrückte“.¹²

Die Verhältnisse dürften diesbezüglich von Staat zu Staat variiert haben. Andererseits dürfte es aber auch transnationale Trends geben, welche die Attraktivität des Nationalen wie des Regionalen mitbestimmen. In der Literatur wird betont, dass entgegen der Meinung, dass der Regionalismus wegen der Länderstruktur in Deutschland stärker war als in Frankreich. Dem muss entgegengehalten werden, dass, wie Undine Ruge in ihrer Studie nachweisen kann, der Regionalismus mindestens so sehr französische wie deutsche „Ursprünge“ hat und nicht von der Realität des deutschen Länderföderalismus, sondern indirekt von der Realität des französischen Zentralismus genährt wurde.¹³ Um diesen abzufedern und zugleich operationabel zu machen, wurden in Frankreich 1956 Programmregionen (*régions de programme*) geschaffen; seit 1960 trugen sie die Bezeichnung *Circonscriptions d'action régionale*. Und 1964 wurden in diesem Sinn und Geist *Commissions de Développement Économique Régional* geschaffen.

11 Michael Keating/Paul Hainsworth, *Decentralisation and change in contemporary France*. Aldershot 1986. S. 20ff.

12 Reinhard Kreckel, *Regionalistische Bewegungen in Westeuropa. Zum Struktur- und Wertwandel in der fortgeschrittenen Industriestaaten*. Opladen 1986. Beitrag von Friedrich von Krosigk, S. 388.

13 Undine Ruge, *Die Erfindung des „Europa der Regionen“*. Kritische Ideengeschichte eines konservativen Konzepts. Frankfurt a. M. 2003.

Die AGEG 1971

Der Gründung der Regio Basiliensis von 1963 passte recht gut in diesen Trend. Ihr wohnte der erwähnte technokratische Planungsansatz zur Bewältigung der lokalen Entwicklungsprobleme inne. Andererseits suchte sie die internationale Vernetzung mit anderen Kräften. Erste Anregungen zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen gab es bereits 1965 während der in Basel durchgeführten „Internationalen Regio Planertagung“ mit Teilnehmern aus 19 Nationen.¹⁴ Mit Befriedigung stellte man in Basel fest, dass auch der Europarat durch drei Persönlichkeiten des Strassburger Generalsekretariats vertreten war. Der Jahresbericht 1965 der Regio Basiliensis bemerkte weiter, „dass man in Zukunft die Regio als einen möglichen Testfall für europäisches Zusammenwirken im Kleinen“ ausgestalten könne. Weitere Zwischenstationen waren die 1967 in Bocholt (D) und 1969 an der Freien Universität Brüssel (B) durchgeführten „Europa-Kongresse“. In Genf hatte man sich am Institut Universitaire d'Etudes Européennes ebenfalls der Regionalproblematik angenommen; 1968 publizierte es die von Denis de Rougemont verfasste Schrift „Naissance de l'Europe des Régions“. Naissance des Gleichen kann nicht mehrfach stattfinden. Die damalige Aufbruchstimmung ermunterte zur enthusiastischen Meinung, dass der Regionalismus in Europa jetzt im Begriffe stehe, zur Welt zu kommen.

1971 gründete die Regio Basiliensis zusammen mit gleichgesinnten Kräften und insbesondere mit der EUREGIO die Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG), die von sich sagen kann, die älteste europäische Dachorganisation für Grenzregionen und grenzüberschreitende Zusammenschlüsse zu sein.¹⁵ Indirekt war auch

14 Regio-Archiv, zudem dokumentiert in den Schriften der Regio Nr. 3, Basel 1966 (Hinweis von Martin Weber).

15 Vgl. auch die kleine Jubiläumsschrift der AGEG „30 Jahre Gemeinschaftsarbeit“. Gronau 2001. Mitwirkung: Christian J. Haefliger.

die EG beteiligt, war doch ihr erster Präsident der ehemalige Ungar Alfred Mozer, der zuvor als Kabinettschef des Vizepräsidenten der EG-Kommission Sicco Mansholt tätig gewesen war. In ihrer Anfangsphase organisierte die AGEG zwei Konferenzen, 1972 in Strasbourg und 1975 in Innsbruck.¹⁶

Die in der Hochkonjunktur vermehrt unternommenen Planungs- und Gestaltungsarbeiten belebten mit ihren von oben kommenden Impulse speziell in Frankreich, aber wohl auch andernorts, den in einzelnen Regionen bereits latent vorhandenen, gegenläufigen Selbstbestimmungswillen, der von Beobachtern als „Aufstand der Provinzen“ wahrgenommen wurde.¹⁷ Und der auf der internationalen Ebene ablaufende Dekolonisationsprozess ermunterte, wiederum speziell in Frankreich, die Basisregionalisten, ihre Selbstbestimmungsforderung innerhalb des Nationalstaats als Kampf gegen die „innere Kolonisation“ zu deuten. Später kam aus einer eigenständigen Problematik die Ökologiebewegung hinzu und verstärkte den oppositionellen Regionalismus, wie er in den grenzüberschreitenden Anti-AKW-Bewegungen von Wyhl (D), Kaiseraugst (CH) und Fessenheim (F) zum Ausdruck kam. Zeittypisch flammte im Elsass Regionalbestrebungen auf. 1970 forderte z. B. der Mouvement régionaliste d'Alsace-Lorraine öffentlich die Schaffung eines Regionalparlaments und einer Regionalexekutive, aber ausdrücklich „dans le cadre de la France“.

16 www.aebr.eu/pdf/100920%20Chronology%20EN.pdf - de.wikipedia.org/wiki/Arbeitsgemeinschaft_Europäischer_Grenzregionen (Zugriff August 2012)

17 Dirk Gerdes, Aufstand der Provinz – Regionalismus in Westeuropa. Frankfurt 1980.

Die beiden gegenläufigen Dynamiken von oben und von unten fanden sich dann aber zu einer „Koalition regionaler und zentraler Modernisierungseliten“ zusammen.¹⁸

Die auf beiden Seiten einsetzende Konvergenz ermöglichte es, dass sich Ende der 1970er Jahre das Konzept „Europa der Regionen“ in einer transformierten, nicht länger antinationalstaatlich ausgerichteten Fassung auf der Ebene der europäischen Politik etablieren konnte. Begünstigt wurde dieser Prozess durch die ungünstige Wirtschaftsentwicklung nach dem grossen Konjunkturerinbruch von 1973 (Ölschock), der die Zurückgebliebenheit bzw. Unterentwicklung von Regionen zu einem brennenden Problem werden liess.

Frühe EG-Strukturen zur Regionalpolitik

Die vor allem an Wirtschaftsfragen interessierte Europäische Gemeinschaft (EG) hatte sich recht früh, nämlich in der Präambel des EWG-Vertrags von 1957, für regionalpolitische Massnahmen ausgesprochen, indem sie erklärte, dass die Verringerung des „Abstands zwischen einzelnen Gebieten“ wichtig sei. Ökonomischer Ausgleich - top down, allenfalls in Kooperation mit lokalen Kräften, aber nie bottom-up - entsprach einem konstanten Interesse der europäischen Integrationspolitik. Aus dieser Ratio ergaben sich die weiteren vier bis fünf Stationen bis zur Schaffung des AdG im Jahr 1992 (vgl. unten):

1961 Konferenz über regionale Wirtschaftsfragen

1967 Schaffung der Generaldirektion Regionalpolitik XVI

18 Dirk Gerdes, Regionalismus und Regionalisierung in Frankreich. Ansatzpunkte einer vergleichenden Regionalismus-/Nationalismusforschung. In: Geschichte und Gesellschaft 20, 1994, S. 385-401. Zit. S. 397. – Heinrich Best, Politischer Regionalismus in Deutschland und Frankreich im intertemporal-interkulturellen Vergleich. In: Historical Research Supplement 2008, Nr. 20, S. 261-283 (Reprint von 1995).

1972 Befürwortung eines Regionalen Entwicklungsfonds im Rahmen der WWU

1975 Gründung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

1980 Einführung der regionalen Masseinheit NUTS.¹⁹

Nicht überraschend erinnerte auch das Europäische Parlament (EP), das sich als Basisvertretung verstand und einen Ausschuss für Regionalpolitik führte, die EG-Kommission und den EG-Rat 1973 daran, dass Regionalisierung ein Element der Demokratisierung des Entscheidungsprozesses darstelle und dass Europa die aktive Beteiligung der Regionen benötige.²⁰ Es vergingen allerdings noch beinahe zwei Jahrzehnte, bis solche Aufforderungen ernst genommen wurden.

Die VRE 1987

Ausserhalb von Europarat und Europäischer Gemeinschaft entstand in den 1980er Jahren aus lokalen Engagements eine wichtige gesamteuropäische Institution: die Versammlung der Regionen Europas (VRE). Ihr war 1985 als bottom up-Organisation ein Council of the Regions of Europe (CRE) vorausgegangen, der nicht zufällig erstmals in Wallonien (Louvain-La-Neuve) tagte und dem bereits zu Beginn rund 50 Einheiten angehörten. Inzwischen umfasst diese Institution Vertretungen von 270 Regionen höchst unterschiedlicher Grössen aus 33 Ländern und 16 interregionalen Organisationen. Die VRE kann von sich selbst sagen, dass sie das grösste unabhängige Netzwerk der Regionen in ganz Europa sei.

19 NUTS (Nomenclature des unités territoriales statistiques): NUTS 0 Nationalstaaten, NUTS 1 Größere Regionen/Landesteile NUTS 2 Mittlere Regionen/Landschaften, NUTS 3 Kleinere Regionen/Großstädte, LAU 1 Gemeindeverbände, LAU 2 Gemeinden.

20 Ruge, 2003, S. 289 bezogen auf Andris Barblan 1974, S. 72.

In dieser Institution wirkte die Regio Basiliensis intensiv mit, ihr Geschäftsführer Hans Briner war Mitglied des Vorstands-Ausschusses. Sein Nachfolger Christian J. Haefliger hatte dann von 1992 an das Vertretungs-Mandat der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft im Vorstand und im Ausschuss für institutionelle Angelegenheiten inne.

Basel war im Dezember 1996 sogar Gastgeber der Hauptversammlung der VRE.²¹

Dieser Gründung gingen die Anstrengungen der Einheitlichen Europäische Akte (EEA) von 1985/86 voraus, die mit Art. 130a/150 noch entschiedener als bisher die Verringerung der Unterschiede im Entwicklungsstand der am stärksten benachteiligten Gebiete zum Ziel erklärte. Es bestand der feste Wille, den so genannten Binnenmarkt 1992 als einheitlichen Wirtschaftsraum zu schaffen. Dieser musste möglichst ausgeglichen sein und sollte keine zu grossen regionalen Disparitäten aufweisen.

Mit diesem vor allem bei Kommissionspräsident Jacques Delors vorhandenen Willen verbanden sich starke Kräfte, die sich unter Berufung auf Regionalismus eine verstärkte Mitsprache der nationalen Mitgliedsstaaten und insbesondere ihrer Teilstaaten versprachen. So nutzten die Ministerpräsidenten der deutschen Bundesländer 1988 den Begriff „Europa der Regionen“, um ihre Mitwirkungsansprüche in der bisher nur national organisierten Europapolitik anzumelden. In diesem Fall waren mit „Region“ aber nicht wirklich die räumlichen Basisrealitäten gemeint, sondern die längst verfassten Teilstaaten wie etwa Bayern.²² Ähnlich bei Baden-Württemberg, wo das „Europa der Regionen“ in den 1990er Jahren sogar in der Landesverfassung verankert wurde und sein Regierungschef als wortstarker Befürworter des Länderregionalismus wirkte.²³

21 In den ersten Jahren war die Regio Basiliensis in der Kommission für institutionelle Angelegenheiten vertreten (Mitteilung Martin Weber).

22 In Bayern wurde bereits 1977 ein „Europa der Regionen“ propagiert, vgl. Ruge, 2003, S. 300.

23 Vgl. etwa das von Ministerpräsident Erwin Teufel in Stuttgart organisierte

Noch gegen Ende der 1980er Jahre hatten die Länder den Regionalismus abgelehnt, weil sie darin eine von weiter unten sich meldende bedrohliche Infragestellung ihrer eigenen Existenz erblickten.²⁴

Die in den 1980er Jahren eintretende Aufwertung des Regionalen zeichnete sich in Frankreich deutlich ab mit dem Dezentralisierungsgesetz von 1982, das den Regionen den Status von collectivités territoriales (Gebietskörperschaften) gab, und 1986 zu Direktwahlen der Regionalräte führte. Die République une et indivisible mutierte bis zu einem gewissen Grad zu einer République des proximités.

Die Kommission hatte bereits vor Maastricht eine Regionalpolitik verfolgt, welche mittels der Verringerung des Strukturgefälles zwischen den einzelnen Regionen den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der Europäischen Union zu stärken wollte. Ein grosser Teil der EG/EU-Regionalförderung galt und gilt den innerstaatlichen Regionen und den die EG/EU-Binnengrenzen überlagernden Regionen. Eine besondere Stellung nimmt die 1989 geschaffene unter dem Kürzel Interreg bekannte Regionalförderung ein, deren Schaffung übrigens ebenfalls in die Zeit fiel, da besondere Anstrengungen zur Förderung des Regionalen unternommen wurden.²⁵

Interreg 1989

Finanziert aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), förderte Interreg seit 1989 in Vierjahresperioden die transnationale Zusammenarbeit zwischen EU-Mitgliedstaaten und sorgte dafür, „dass nationale Grenzen kein Hindernis für eine ausgewogene

Interregio-Forum vom Mai 1999 mit seiner Publikationen „Starke Regionen für ein starkes Europa“ (Baden-Baden 2000).

24 Ruge, 2003, S. 303.

25 Die anderen drei Kategorien sind: Urban zur Wiederbelebung von krisenbetroffenen Städten, Leader zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes und Equal zur Bekämpfung von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt.

Entwicklung und Integration des europäischen Raumes sind“.²⁶ Interreg, (heute: Europäische territoriale Zusammenarbeit), ist im Gegensatz zu den bisher vorgestellten Institutionen (KGRE, VRE, AGE) keine Organisation, sondern ein Programm und ein Prozess, an dem sich Organisationen beteiligen können. Es herrscht die Meinung vor, dass Interreg das erfolgreichste der EU-Förderprogramme sei.

Grenzgebiete haben zwei Probleme: Die Grenze stellt eine Zerschneidung in wirtschaftlichem, kulturellen sowie sozialem Sinne dar, zudem werden Grenzregionen von nationaler Politik häufig vernachlässigt. Aus diesen Gründen und in Berücksichtigung der Tatsache, dass durch Erweiterung der EU die Binnengrenzen zunehmen und neue Aussen-grenzen entstehen, erscheint eine Förderung von grenzübergreifenden Projekten notwendig.

Wichtig für die Schweiz ist, dass Interreg in einer zusätzlichen Variante auch Regionalprojekte fördert, die zwischen zwischen EU-Mitgliedstaaten und Nicht-EU-Staaten eingegeben werden.

Ein Teil der Literatur widerspricht der auch für das Verständnis des Basler Falls wichtigen These, dass Grenznähe automatisch wirtschaftliche Schwäche bedeutet. Sie kann sogar im Gegenteil vorteilhaft sein.²⁷ Und was den Verflechtungsgrad betrifft, kann man sogar die Meinung finden, dass Grenzregionen gerade am Oberrhein sozio-ökonomisch deutlich stärker mit ihren Nachbarregionen jenseits der nationalen Grenze verflochten seien als mit ihren binnenstaatlichen Nachbarregionen.²⁸ In der Basler Region nutzte man sogleich die Möglichkeit, um unter der Geschäftsführung der Regio Basiliensis 1993 die trinationale und nach

26 INTERREG I 1989-1993, INTERREG II 1994-1999, INTERREG III 2000-2006, INTERREG VI 2007-2013. Allgemeine Informationen: de.wikipedia.org/wiki/INTERREG.

27 Joachim Blatter, Grenzüberschreitende Regionenbildung und europäische Integration: Erkenntnisse aus einem transatlantischen Bereich. In: Conzelmann/Knodt, 2002, S. 262.

28 Ebenda, S. 259.

gewissen Schwierigkeiten 1993 schliesslich eingeweihte Auskunftsstelle INFOBEST PALMRain zu schaffen.

Der AdR 1992

Eine wichtige institutionelle Anerkennung erfuhren die regionalpolitischen Bemühungen im Vertrag von Maastricht von 1992, der mit Art. 198a den Ausschusses der Regionen (AdR) als beratendem Gremium schuf. Die erste Sitzung des aus 344 Vertretungen der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften bestehenden Ausschusses tagte allerdings erst 1994. Mit Maastricht wurde, wie man weiss, auch das Prinzip der Subsidiarität verankert, das vorgibt, dass die Entscheidungsebene möglichst nahe bei den direkt Betroffenen angesiedelt werden soll. Die Regio Basiliensis konnte in dieser EU-Institution formell nicht mitwirken und musste sich mit informellen Kontakten begnügen.²⁹ Politische Konjunkturen führen immer auch zu entsprechenden Konjunkturen in der wissenschaftlichen Verarbeitung. Die Beachtungskonjunktur in der Politik hatte eine entsprechende Konjunktur in der Politikwissenschaft zur Folge. Diana Pitscher bemerkt, dass die Rolle der Regionen Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre "verstärkt in das Blickfeld der europäischen Integrationsforschung gerückt" sei.³⁰ Die 1993 publizierte Studie von Matthias Schulz ist in diesem Sinne ein Reflex auf die in den vorangegangenen Jahren gewachsene Wichtigkeit der Regionalpolitik zu verstehen. Schulz erinnert, gewissermassen als Fürsprecher seiner Thematik, daran, dass man den Regionalismus nicht auf die Bestrebungen der Überwindung des Nationalstaates reduzieren dürfe. Er will aufzeigen, dass der Regionalismus nicht nur

29 AdR-Präsident Dr. Manfred Dammeyer hielt am 15. Juni 1999 vor der Regio-GV in Lörrach ein Referat (Mitteilung Martin Weber).

30 Diana Pitscher, Europa mit den Regionen. Eine Analyse der Kompetenzbeteiligung von Regionen im europäischen Mehrebenensystem. Baden-Baden 2012. S. 21 und 183.

zentrifugal, sondern auch zentripedal wirken kann, also nicht nur segregierend, sondern auch integrierend.³¹ Den Regionalismus hält Schulz in grösseren Staaten wie Frankreich, Deutschland, Spanien, Italien für besonders berechtigt, er spricht gerne in pejorativem Sinn vom „Flächenstaat“. Dem könnte man allerdings die Beobachtung entgegenhalten, dass in „Nichtflächenstaaten“, d.h. in Kleinstaaten (wie Schweiz, Belgien, Niederlande), der in diesen Fällen angeblich weniger nötige Regionalismus speziell stark entwickelt ist.³²

In der dritten Phase (derjenigen nach den 1990er Jahren) sind keine wesentlichen Neugründungen mehr zu verzeichnen, sondern nur die mehr oder weniger wichtigen Aktivitäten der zuvor geschaffenen Institutionen.

Allerdings wurde auf der Ebene der EU die regionale Mitsprache bei jeder Vertragsrevision (Amsterdam 1999, Nizza 2003 und zuletzt Lissabon 2009) ausgebaut. Heute kann der AdR neue EU-Rechtsakte, die seiner Meinung nach das Subsidiaritätsprinzip verletzen, vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) anfechten. Der Lissabon-Vertrag stärkt auch die beratende Rolle des Ausschusses: So muss er in Zukunft nicht nur von der Kommission und dem Rat, sondern auch vom Europäischen Parlament konsultiert werden. Passiert dies nicht ausreichend, kann er den Gerichtshof einschalten. Darüber hinaus wird dem AdR gemäss dem neuen Vertrag das Recht eingeräumt, von allen drei Institutionen in neuen Politikbereichen, beispielsweise Energie und Umweltschutz, angehört zu werden. Zusätzlich zur erstmaligen Verankerung des „territorialen Zusammenhalts“ als grundlegendem Ziel der Europäischen Union und der Anerkennung des kommunalen und regionalen Selbstverwaltungsrechts sieht der Lissabon-Vertrag

31 Matthias Schulz, *Regionalismus und die Gestaltung Europas: Die konstitutionelle Bedeutung der Region im europäischen Drama zwischen Integration und Desintegration*. Hamburg 1993.

32 Auf Begriffsgeschichtliches ausgerichtet statuiert Schulz, dass der „moderne“ Regionalismus etwa 120 Jahre alt sei (Bezug auf Äusserungen aus dem deutschen Vormärz von 1848), S. 23.

auch eine verstärkte Subsidiaritätskontrolle durch nationale und regionale Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen (Landtage) vor.“³³ Die im Laufe der Zeit entstandenen Institutionen offenbaren die Stärke und die Schwäche des regionalpolitischen Engagements zugleich. Eine Vielzahl von Institutionen belegt die Wichtigkeit und die Vitalität der Bewegung, zugleich muss man sich aber fragen, ob damit nicht auch fragwürdige Doppelspurigkeiten am Werk und Ermüdungseffekte vorprogrammiert sind und letztlich die an Aufwand und Ertrag gemessene Effizienz zu Wünschen übrig lässt. Die Zielsetzungen sind überall etwa die gleichen, auch die Botschaften gehen alle in die gleiche Richtung, und das Personal ist mit leicht vertauschten Funktionen oft das gleiche.

Es besteht zudem das Risiko, dass die Berufsregionalisten mit stark gleichbleibenden Aussagen in hohem Mass vor allem mit sich selber reden. Zu diesem Reden gehört auch die Klage darüber, wie schwierig es ist, bei der Basis, für die man tätig sein möchte, ein minimales Interesse hervorzurufen. Auf der theoretischen wie auf der ideellen Ebene erfreut sich Regionalpolitik zwar weiterhin einer grossen Wertschätzung, nicht nur in Regionen die direkt davon profitieren, sondern allgemein. In der Praxis hält sich das Interesse und das Wissen aber in engen Grenzen. Im Moment sieht es so aus, als ob die besten Zeiten der Regionalpolitik der Vergangenheit angehören. Die Aufgabe, die regionalen Lebensverhältnisse mit Phantasie und Enthusiasmus zu pflegen, ist indessen geblieben und bleibt eine Herausforderung, die stets vor uns liegt.

Die Frage, was eigentlich eine Region ist, spielt in der Regionalismusdebatte kaum eine Rolle. Die meisten Ausführungen gehen davon aus, dass es eine Definition nicht braucht und eine Region einfach das ist, was man damit meint. Analytisch kann man aber gewisse Unterscheidungen machen, die es erleichtern zu verstehen, worüber jeweils geredet oder geschrieben wird. Sinnvoll ist es, zwischen drei Kategorien und Ebenen von Gegebenheiten zu unterscheiden:

33 www.cor.europa.eu/pages/HomeTemplate.aspx

1. Ausgangspunkt sind die Basisgegebenheiten wirtschaftlicher, kultureller, infrastruktureller, auch topographischer und klimatischer Natur. Diese können räumlich übereinstimmen, was zu einer homogenen Einheit führt; sie können aber auch verschiedene Perimeter bilden, so dass sich die Regionen nur teilweise decken, also nur in bestimmten Flächen überlappen. Regionalismus hat, wenn er sich auf diese primäre Ebene stützt, die Tendenz, die Region als vorpolitische Grösse zu verstehen, der man dann sekundär politisch Genüge tun muss. Zuweilen ist auch ein Kleinnationalismus am Werk, der die als „natürlich“ behaupteten Regionen im Gegensatz zur als „künstlich“ abgetanen Nation versteht, als wahre organische Ugrösse (Denis de Rougemont: „de vraies communautés“), die eo ipso stets die richtigen Grenzen hat und nicht wie Nationen zum Teil „falsche“ Grenzen.³⁴

2. Sekundär kommen Gegebenheiten administrativer, rechtlicher und politischer Natur hinzu, die sich auf die primären beziehen und eine gewisse Abgrenzung gegen das Nationalstaatliche vornehmen. Während die Konturen auf der Ebene der materiellen Gegebenheiten (vgl. 1) wie auf der Bewusstseins-ebene (vgl. 3) weich und variabel sind, werden mit administrativen-rechtlichen Umschreibungen und der Schaffung entsprechender Kompetenzfelder eindeutige und verbindliche Grenzen gezogen. In Definitionen ist zuweilen auch von „Gebieten“ die Rede. Das kann man alltagssprachlich auch tun. Andererseits darf man sich darauf besinnen, dass das Wort von der zweiten Ebene abgeleitet ist, vom herrschaftlichen Gebieten im ursprünglichen Sinne von Anordnen gegenüber Untertanenbevölkerung wie im vormaligen Baselbiet, Züri- oder Bernbiet. Gleichzeitig darf man sich auch erinnern, dass der Begriff „Regio“ eine ähnliche Herkunft hat und aus dem

34 Mit diesem kritischen Hinweis: Georg Kreis, Die «Euroregion Oberrhein» und die «Regio Basiliensis». In: Europa und seine Regionen. Hg. v. Elisabeth Vyslonzil und Gottfried Stangler. Frankfurt a. M. 1996. S. 94-106. Reprint in: Georg Kreis: Vorgeschichten zur Gegenwart. Ausgewählte Aufsätze, Bd. 3, Basel 2005. S. 175-185.

Regieren/regere/Herrschen hervorgegangen ist. Aus der regionalen Perspektive ist es aber wichtig, ob die Verhältnisse, wie man sagt, selbst herrschen oder ob sie von aussen oder oben beherrscht werden.

3. Träger der dritten Ebene sind die in der Region lebenden Menschen. Sie sind Objekt und Subjekt zugleich, sie können oder, normativ ausgedrückt, sie sollten auf Grund der primären und sekundären Gegebenheiten tertiär ein regionales Bewusstsein haben. In der Regel bildet die Regio-Bevölkerung kein ethnisch vorgegebenes Regio-Volk, das man zur primären Ebene zählen müsste, sondern im besten Fall ein durch die sekundäre Ebene verfasstes Volk. Es gibt zwar alte kulturelle Gegebenheiten, welche zu ethnischen Regionen geführt haben, die auch Geschichtslandschaften genannt werden³⁵, z.B. zu einer Bretagne oder einer Picardie, vielleicht auch zu einem Elsass.³⁶ Der auf alte kulturelle Gegebenheiten rekurrierende Regionalismus funktioniert vor allem als Verteidigungs- und Forderungsgemeinschaft zum Schutze von Minderheitencharakteristika. Daneben gibt es den Regionalismus als Promotionsgemeinschaft zur Entwicklung der primären Gegebenheiten. Neben dieser Dreiteilung hat sich eine andere Gliederung eingebürgert, welche sich vor allem auf die zweite Ebene bezieht, diese aber unterteilt und organisierte Elemente der dritten Ebene einbezieht: Es ist der Terminus der Mehrebenen-Governance, der etwa seit einem Jahrzehnt in vieler Mund ist.³⁷ Der unscharfe Begriff scheint sich für die Bezeichnung der unscharfen Regelungsvorgänge einer trinationalen Region gut zu eignen. Was damit angesprochen ist, hat Eric Jakob, der derzeitige Geschäftsführer der Regio Basiliensis, 2005 umschrieben: Zusammen mit Martin Nagelschmidt sieht er in der Multi-level-Governance „die möglichst optimale Organisation der Zusam-

35 Terminus ist bei Schulz (vgl. unten) wichtig, 1993, S. 35f.

36 Zeittypisch in den späten 1960er Jahren publiziert: Guy Héraud, *L'Europe des Ethnies*. 1967 in deutscher Sprache, 1973 in 2. Aufl. und - wiederum zeittypisch - 1993 in 3. Aufl.

37 Ian Bache (Hg.), *Multi-level Governance*, Oxford: Oxford 2004.

menarbeit zwischen lokaler und regionaler bzw. nationaler, zwischen nichtstaatlicher und staatlicher Ebene, zwischen exekutiven und repräsentativen Funktionen sowie zwischen Fach- und Querschnittsaufgaben“.³⁸ Regionales Bewusstsein ist zu einem Teil eine elementare Gegebenheit, zu einem anderen Teil ein aufgeladenes, das eigene Sein zu einer Idee entwickelndes Programm. Die dritte Ebene in den Vordergrund stellend, kann auf die Gegenwart bezogen gesagt werden, dass eine Region da sei, wo regionaler Wille vorhanden ist.

In dieser Richtung geht die Definition eines Thorsten Kohlisch, der zunächst die Wichtigkeit des Konzepts hervorhebt und dann sagt: „Praktische Relevanz erhält das intellektuelle Konstrukt der Region dann, wenn es eine Wirkung auf das Handeln von Personen, Gruppen und Organisationen entfaltet und damit ökonomische, politische und/oder gesellschaftliche Interaktionsprozesse beeinflusst.“³⁹

38 Eric Jakob, Vorwort zu Martin Nagelschmidt, Das oberrheinische Mehrebenensystem. Basel 2005. Bd. 20 der Schriften der Regio 20, Basel 2005. – Ebenfalls: Eric Jakob, Der Oberrhein – ein Governance-Modell für andere Grenzregionen? In: Joachim Beck / Birte Wassenberg (Hg.): Grenzüberschreitende Zusammenarbeit leben und erforschen (Band 2): Governance in deutschen Grenzregionen. Stuttgart 2011. S. 213-229. Ebenfalls: Birte Wassenberg, Coopération franco-germano-suisse et identité régionale (1963-2007). In: Martial Libera/Birte Wassenberg (dir.), L'Europa au coeur. Etudes pour Marie-Thérèse Bitsch. Brüssel 2009. S. 141-159.

39 Thorsten Kohlisch, Regional Governance in europäischen Regionen. Berlin 2008. S. 18.

II. Vom „Entrosten der Drehscheibe Basel“ – Zur Entstehung und Wirkung der REGIO BASILIENSIS

Martin Weber

Die Idee eines „Entwicklungsgremiums“

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Region Basel, an der Nahtstelle von Frankreich, Deutschland und der Schweiz, nahm zu Beginn der 1960er Jahre einen raschen Aufschwung, so dass die REGIO BASILIENSIS schon bald auf schweizerischer und europäischer Ebene als Pioniermodell galt. Wie kam es dazu? In einem Gastbeitrag in den „Basler Nachrichten“ vom 23./24. September 1961 unter dem Titel: „Wird Basel eine Provinzstadt?“ sind die ursprünglichen Zielsetzungen nachzulesen, denn der Verfasser und Fragesteller war der Regio-Pionier Hans J. Briner. Die Frage stellen, heisst sie beantworten: wenn Basel nicht schon Provinzstadt geworden war, dann schien es für den Verfasser Anzeichen dafür zu geben, dass es sich auf dem Weg dahin befindet.

Nach einer Auflistung verpasster Chancen (Sitz des Schweizer Fernsehens) und wirtschaftlicher Risiken (Abhängigkeit von der Chemie, fehlender Anschluss an europäische Verkehrswege, schwindende Bedeutung des Finanzplatzes) präsentierte er einen Vorschlag zum „Entrosten der Drehscheibe“ Basel: „Basel könnte mit etwas mehr persönlichem Einsatz seiner Bürger ohne Zweifel ein Musterbeispiel einer integrierten internationalen Stadt werden. Mit unseren Freunden im Baselbiet hätten wir uns wohl bald verständigt. Aber auch die Elsässer und Badenser⁴⁰ wären mit Bestimmtheit für ein internationales Wirtschaftszentrum in Mitteleuropa zu gewinnen und würden wahrscheinlich noch so gerne den Baslern die Initiative dazu überlassen. Aber – wer könnte sich für ein solch dynamisches, neues Basel einsetzen?

40 Der Begriff „Badenser“ für „Badener“ war damals üblich.

Ich bezweifle, dass die Initiative von irgendeiner heute bestehenden staatlichen oder privaten Organisation ausgehen kann. (...) Wie wäre es, wenn wir eine Art ‚Development Board‘ schaffen würden? Ein solches Entwicklungsgremium (eine mässige Übersetzung des englischen Begriffes) hätte seine Tätigkeit dort zu beginnen, wo heute die bestehenden Fach- und Behördengremien leider infolge Zeitmangel mit ihrer Arbeit aufhören müssen – nämlich bei der langfristigen und vor allem weitsichtigen Zukunftsplanung, und zwar nicht nur für die eigentliche Stadt, sondern für das ganze Gebiet von Basel, das vom Jura über den Schwarzwald, zu den Vogesen und bis weit in die oberrheinische Tiefebene reicht.“⁴¹ Briners Appell legte die Grundlage für die Gründung des Vereins REGIO BASILIENSIS, die er mit tatkräftiger Unterstützung seiner Weggefährten Alfred Bürgin, Peter Gloor, Rudolf Sarasin und Andreas Speiser umsetzte. Präsident der neuartigen Institution sollte Samuel Schweizer, Präsident des Schweizerischen Bankvereins, werden, mit dem Briner durch das Engagement für die Lateinamerikanische Handelskammer bekannt war.

Im Vordergrund dieses Beitrags steht die Entstehungsgeschichte des Vereins REGIO BASILIENSIS unter einem institutionellen Blickwinkel. Die programmatische Ausrichtung des neuen Vereins hatte Hans Briner wie einleitend dargelegt formuliert: eine zukunftsgerichtete Entwicklungs- und Planungsorganisation zur Stärkung von Basel als wirtschaftlichem Zentrum am südlichen Oberrhein. Verschiedene Akteure verdeutlichten im Laufe der Jahre diese Zielsetzung bildhaft am Zustand der Region Basel vor dem Ersten Weltkrieg: Schon beim vorbereitenden Treffen der Arbeitsgruppe REGIO BASILIENSIS charakterisierte Samuel Schweizer, „Basel aus historischer Sicht als Zentrum der oberrheinischen Tiefebene“, um dann darauf hinzuweisen, „dass unsere Stadt seit 1914 sozusagen kontinuierlich gegen Norden und Westen abgeschlossen war, ohne dass sie entsprechen-“
⁴¹ Hans J. Briner: Wird Basel eine Provinzstadt? In: Basler Nachrichten, 23./24. September 1961, 2. Beilage der „Basler Nachrichten“ zu Nr. 404.

de Kompensation auf schweizerischer Seite erfahren hätte.“⁴² Die Initianten, so Schweizer weiter, „möchten den ganzen natürlichen Raum von Basel ins Auge fassen und alle seine Gegebenheiten prüfen“.⁴³ Dreissig Jahre später äusserte der damalige Geschäftsführer der REGIO BASILIENSIS, Christian J. Haefliger, in einem Interview: „Bis zum Ersten Weltkrieg war diese Oberrhein-Region schon grenzübergreifend realisiert, als noch niemand von Europa sprechen musste. Nach dem Zweiten Weltkrieg aber mussten wir darüber reden, damit diese Regio wieder verwirklicht werden kann. Wenn wir also ganz gut arbeiten, können wir 2013 die Vereinigung REGIO BASILIENSIS im Jahr ihres fünfzigjährigen Bestehens wieder auflösen, weil dann die Regio wieder so etabliert sein würde wie vor 1914.“⁴⁴

Aus historischer Sicht ist interessant, dass eine zukunftsorientierte Zielsetzung in die Vergangenheit zurückprojiziert wird. Dabei soll wohl kaum der politische Zustand vor dem Ersten Weltkrieg reproduziert werden. Wir halten uns vor Augen: Bis 1914 grenzten in der Regio zwei Staatsgebilde aneinander: das Deutsche Reich einerseits und die Schweizerische Eidgenossenschaft andererseits. Wohl eher wird mit dem Bild der „noch nicht geschaffenen Grenzhemmnisse“ der Wunsch ausgedrückt, dass „bestehende Grenzhemmnisse“ wieder verschwinden sollen. Jedenfalls handelt es sich um ein rekurrerendes Motiv, welches von den sechziger Jahren bis heute immer wieder auftaucht, heute jedoch nicht mehr verstanden wird.

Als vor kurzem in der Basler Zeitung wiederum die heutige unbefriedigende Situation mit den vermeintlich besseren Zuständen vor 1914 verglichen wurde, provozierte dies jedenfalls eine kritische Replik des Lörracher Landrats. Das Motiv trägt der Trinationalität Basels nicht Rechnung. Dabei hat sich Basel im vergangenen Jahrhundert tatsäch-

42 Einmütige Zustimmung zum Gedanken der „Regio Basiliensis“. In: Basler Nachrichten, 21. Februar 1963; Nr. 80, S.5.

43 Protokoll der Sitzung vom 20. Februar 1963, S. 5 (Archiv Regio Basiliensis: 2.1.8).

44 Die Euregio Oberrhein – eine Vision? In: Regioinform 1/94, S. 2.

lich zur Dreiländerstadt entwickelt: Basel zählte um 1900 erstmals über 100'000 Einwohner, wurde somit zur Grossstadt. Die kantonalen und nationalen Grenzen blockierten jedoch Eingemeindungen, wie sie in anderen expandierenden Grossstädten üblich waren. So blieb es lediglich bei der Eingemeindung von Kleinhüningen im Jahr 1908.⁴⁵ Von dem Drittel Ausländer in der Basler Bevölkerung stammte ein guter Teil aus Baden und dem Elsass.⁴⁶ Die Chiffre von 1914 steht also für das Bild einer über die Grenzen ausstrahlenden Zentrums-Grossstadt, die von den damals noch lockeren Freizügigkeitsmöglichkeiten für wirtschaftliche Tätigkeiten, medizinische Versorgung und grenzüberschreitenden Verkehr profitierte.

Die Beschäftigung mit dem Verein ist untrennbar mit den Grenz-Erfahrungen dieses Raums des letzten halben Jahrhundert in Verbindung zu setzen. Und somit stellt sich die Frage: Welches war der Kontext Ende der 1950er und zu Beginn der 1960er Jahre, aus dem eine Bewegung entstand, die eine bis heute anhaltende Wirkung entfaltete?

Der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der grenzüberschreitenden Region Basel hatte sich die bereits erwähnte Geographisch-Ethnologische Gesellschaft Basel verschrieben. Sie legte ihre bestehenden Mitteilungsblätter 1959 zur halbjährlich erscheinenden Zeitschrift „REGIO BASILIENSIS“ zusammen und umriss deren Zielsetzung im Vorwort der ersten Ausgabe wie folgt: „Einmal soll sie – ohne daraus ein enges Prinzip machen zu wollen – vornehmlich in der Basler Region wirkenden Autoren als Mitteilungsorgan dienen. Leitende Idee ist jedoch vor allem, durch ihre Aufsätze und Mitteilungen zu einer vollkommeneren Kenntnis jenes mannigfaltig aufgebauten, in den Jura, den Schwarzwald, die Oberrheinebene und den Sundgau ausgrei-

45 Josef Mooser: Konflikt und Integration – Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in der „Wohlfahrtsstadt“. In: Georg Kreis / Beat von Wartburg (Hg.): Basel – Geschichte einer städtischen Gesellschaft. Basel, 2000, S.227.

46 Ebenda, S. 230.

fenden Gebietes beizutragen, mit welchem die Stadt am Rheinknie seit je durch vielseitige Wechselbeziehungen verknüpft ist. Der auf der Titelseite wiedergegebene Ausschnitt einer Karte des Basler Cosmographen Sebastian Münster, eines der berühmtesten Geographen des 16. Jahrhunderts, deutet den Umfang dieses Beziehungsfeldes ungefähr an. Die von Natur aus durch zahlreiche Linien nach der Rheinstadt gravitierende Region wird von politischen Grenzen verschiedenen Grades durchschnitten, welche die kulturräumliche Entwicklung komplizieren. Es ist deshalb ein besonderes Anliegen der Herausgeber, gemeinsame Aufgaben im oberrheinisch-jurassischen Raum wissenschaftlich und ideell zu fördern. Angesichts der intensiven technischen Aktivität innerhalb dieses Bereiches erscheint es uns wünschenswert, über die im Gang befindlichen oder geplanten Siedlungs-, Verkehrs- und Wirtschaftsunternehmen (...) fortlaufend zu berichten und auf Möglichkeiten zu einer geographisch sinnvollen Weiterentwicklung hinzuweisen.“⁴⁷

Das ausführliche Zitat aus diesem Geleitwort liest sich wie ein Programm der angestrebten oder, je nach Sichtweise, wiederherzustellenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im ursprünglichen, „klassischen“ Regio-Raum (vgl. Abb. 1):

- Die Bedeutung der grenzüberschreitenden Wechselbeziehungen.
- Die Rolle Basels als natürliches Gravitationszentrum.
- Die intensive technische Aktivität innerhalb dieses Bereichs.
- Der Wunsch nach einer wissenschaftlich-ideellen Förderung gemeinsamer Aufgaben.
- Das Ziel einer „geographisch sinnvollen Weiterentwicklung“.

47 Zum Geleit, gezeichnet von Dr. Hansrudolf Schwabe, Pharos-Verlag Basel, und Prof. Dr. Hans Annaheim, Redaktion, in: REGIO BASILIENSIS, 1. Jg., Heft 1, Oktober 1959, S. 1.

Einleitung

Was ist die Regio ?

Grunddaten

1972	Gemeinden	Einwohner	Fläche	Bevölkerungsdichte
Bundesrepublik Deutschland	300	693'000 E	3'100 km ²	223 E/km ²
Frankreich	570	703'000 E	4'130 km ²	170 E/km ²
Schweiz	210	579'000 E	1'650 km ²	351 E/km ²
R e g i o t o t a l	1'080	1'975'000 E	8'880 km²	222 E/km²

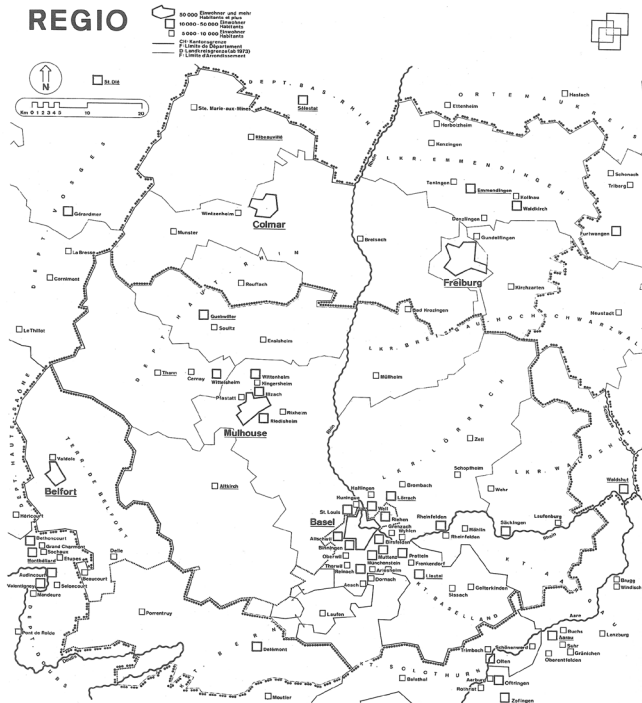


Abb. 1: Das „klassische“ Regio-Gebiet / Quelle: Regio-Report 1973, S.8.

Was ist unter dem Begriff „REGIO BASILIENSIS“ zu verstehen? Drei Aspekte stehen im Vordergrund:

1. „Regio“ als Begriff der europäischen Regionalgeschichte, als Bezeichnung für Staatsgrenzen-übergreifende Regionen, verbreitete sich nach dem Zweiten Weltkrieg. Das „Europa der Regionen“ zählt heute Dutzende von „Regio's“, „Euregio's“ oder „Euroregionen“. In der Region Basel stellt umgangssprachlich immer noch „Regio“ die gängigste Bezeichnung dar für alles, was in irgendeiner Form mit Grenzübergreifendem zu tun hat.
2. REGIO BASILIENSIS als zunächst naturräumlicher Begriff der Landschaftsregion um die Stadt Basel. In diesem Sinn findet der Begriff Eingang vor allem in die geographische Forschung und gibt der Zeitschrift der Geographisch-Ethnologischen Gesellschaft Basel (GEG) den Namen. Die 1923 gegründete GEG lancierte 1959 ihre wissenschaftliche Zeitschrift unter dem Titel REGIO BASILIENSIS⁴⁸. Schon 1963 stellte Peter Gloor – ein Mann der ersten Stunde und heute noch Ehrenpräsident der REGIO BASILIENSIS - vor Förderern des neuen Vereins und vor der Presse fest: „Der Raum in welchem gearbeitet werden soll, wird bewusst nur als ‚Regio‘ und nicht als ‚Regio Basiliensis‘ bezeichnet. Es soll dadurch erneut zum Ausdruck kommen, dass keine Dominierung irgendwelcher Art durch Basel angestrebt wird.“⁴⁹
3. REGIO BASILIENSIS als Verein, der sich seit seiner Gründung 1963 der Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in diesem Raum widmet.

Aus der Sicht Hans Briners sah sich die Schweiz seit Ende der 1950er-Jahre mit einem neuen Europa konfrontiert. Als „Grenzpos-

48 Anfängliche Proteste gegen die Verwendung dieses Namens durch den neuen Verein konnten mit dem Hinweis abgewendet werden, dass der lateinische Begriff „regio basiliensis“ nicht geschützt werden kann.

49 Regio-Report 1973, S. 19.

ten“ bezeichnet er 1965 die Regionen Basel, Schaffhausen, Genf und Tessin, die „in direktem, lebendigen Kontakt mit den umliegenden europäischen Staaten stehen“. Weiter differenzierte er, *avant la lettre*, die kleinräumige Mikrointegration von der gesamteuropäischen Makrointegration – die Begriffe kamen erst in den 1990er Jahren auf: „Viele Fragestellungen und Probleme internationaler Verflechtungen ergeben sich erst aus der konkreten Behandlung konkreter Aufgaben. Diese Aufgaben brauchen nicht unbedingt einen gesamteuropäischen Aspekt zu haben. Sie stellen sich auch im kleineren Raume der international und gleichzeitig interkantonal aufgeteilten Region.

Dort also, wo Menschen in einem geographisch geschlossenen Raum, jedenfalls aber unter verschiedenen staatlichen Voraussetzungen zusammen – oder faktisch, dank der Macht der politischen Grenzen heute noch aneinander vorbeileben.“⁵⁰ Es versteht sich von selbst, dass Briner die Region Basel als Musterbeispiel für einen solchen Raum erwähnt.

Das grosse Europa war in der Tat in Bewegung in diesen Jahren. Die drei grössten Nachbarstaaten Deutschland, Frankreich und Italien waren Gründungsmitglieder der Montanunion und der 1958 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Die Schweiz öffnete sich nach dem Zweiten Weltkrieg nur vorsichtig und quasi in ökonomisch begründbaren, technisch erklärbaren Ausnahmefällen gegenüber europäischen Organisationen.⁵¹ Die Europapolitik bestand faktisch aus einer technisch-minimalistischen Aussenpolitik der Handelsabteilung der Bundesverwaltung.

Vor diesem Hintergrund sah sich die REGIO BASILIENSIS auch als schweizerische Türöffnerin in Richtung Europa. Noch einmal Hans Briner, jetzt im Jahr 1974: „Wenn es gelingt, am Oberrhein eine

50 Hans J. Briner: REGIO BASILIENSIS – ein neuzeitlicher Versuch interkantonalen und internationaler Zusammenarbeit. In: Jahrbuch der NHG, 1965, Jg. 36, S. 111.

51 Rudolf Wyder: Die Schweiz und der Europarat 1949–1971. Bern/Stuttgart, 1984; S. 63.

internationale Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz aufzubauen, so wird dies auch der Schweiz selbst einen nicht unwichtigen Dienst leisten. Es ist kaum anzunehmen, dass die Schweiz mit der Akzeptierung der Handelsverträge mit der EWG⁵² den letzten Schritt Richtung Europa getan hat. Sie wird es mit Bestimmtheit nicht dabei allein bewenden lassen können. Gerade die Schweiz wird – ob sie will oder nicht – in ihrem Verhältnis zu ihren europäischen Nachbarn über kurz oder lang vor einer Zwangssituation stehen. Die Frage, ob die Schweiz von der Nicht-Schweiz überhaupt etwas wissen will, darf man gerade heute wohl stellen. Im Moment muss sie doch eher negativ beantwortet werden. An den Grenzen der Schweiz selbst – wenn man in Genf oder Basel lebt – wird die Beantwortung dieser Frage anders ausfallen als in Bern, Luzern oder Zürich.“⁵³

1962/1963: Eine Idee nimmt Gestalt an

Fünfzehn „jüngere Basler Vertreter des Basler Kultur- und Wirtschaftslebens“ trafen sich im Januar 1962 und diskutierten die Stellung Basels vor dem Hintergrund der europäischen Integrationsprozesse. Sie bedauerten, dass „Basel als Folge seiner heutigen Randstellung in der Schweiz immer mehr an Bedeutung verliert“. Die Runde postulierte die „Schaffung eines internationalen Basels als zentraleuropäisches Wirtschafts- und Kulturzentrum“, den „Ausbau der Drehscheibenfunktion Basels“ und die „Aktivierung Basels zu einem Oberzentrum der oberrheinischen Tiefebene“. Die Entwicklung des Raumes Basel wird von der Runde als eine „Gemeinschaftsaufgabe Basels und der angrenzenden schweizerischen, elsässischen und badischen Gemeinwesen, sowie

52 Bezieht sich auf das Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der EG von 1972.

53 Hans J. Briner: Überwindung der Grenzen. Problematik einer Grenzregion. Separatdruck aus dem Jahrbuch der Neuen Helvetischen Gesellschaft 1974.

der Wirtschaftskreise angesehen“.⁵⁴ Weiter beklagten die Initianten, wie dies Hans Briner schon 1961 getan hatte (vgl. oben), dass niemand Zeit haben will „für die vertiefte Bearbeitung der laufenden langfristigen Probleme der Entwicklung unserer Stadt und des Raumes Basel“. Eine neutrale Gruppierung auf privater Initiative habe die ersten Arbeiten zu leisten, und zu diesem Zweck wird die Bildung einer „Arbeitsgruppe Regio Basiliensis“ vorgeschlagen.

Die ersten Programmpunkte umfassten Kontakte, Regionalplanung, soziale und kulturelle Fragen, Wirtschaftsfragen, politische Frage sowie die Beobachtung der europäischen Integrationsbewegung.

Die wesentlichen Entscheidungen zur Institutionalisierung des Projekts fielen innert weniger Tage: Am 20. Februar 1963 stiess es bei führenden Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft auf Zustimmung. Auch finanzielle Unterstützung für die mit 100'000 Franken dotierte Geschäftsstelle wurde in Aussicht gestellt, gut zur Hälfte von privater Seite. Bereits am 25. Februar wurde die Arbeitsgruppe REGIO BASILIENSIS gegründet und im Dezember des gleichen Jahres die Gesellschaft zur Förderung dieser Arbeitsgruppe. Die REGIO BASILIENSIS war im Raum Basel das erste Gremium, das sich auf die trinationale Zusammenarbeit spezialisierte – alle anderen grenzüberschreitenden Institutionen und Programme folgten später. Nur aus diesem Umstand lässt sich wohl im Rückblick der Enthusiasmus erklären, auch zuweilen das Pathos, das in den ersten Erklärungen und Kommentaren mitschwingt. Unbestritten ist aber, dass im grenzüberschreitenden Bereich eine Pionierleistung vollbracht wurde. Ich möchte hier nicht im Einzelnen auf die komplexe Doppelstruktur der beiden Vereine (Arbeitsgruppe und Förderungsgesellschaft) eingehen. Auffallend ist aus heutiger Sicht das Bemühen, mit personell sehr breit abgestützten Organen die weitest mögliche Verankerung in den drei Säulen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft zu erzielen. So umfasste der Vorstand der

54 Regio-Report 1973, S. 17.

Fördergesellschaft 27 Personen: sieben Regierungsräte, Vertreter der Gerichte, der Universität, der Handelskammer, der Gewerkschaften und der Wirtschaft. Der breit integrierende Ansatz entspricht der heute im Konzept der Metropolregion Oberrhein propagierten Zusammenarbeit der vier „Säulen“ Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. 1994 schreibt denn auch der Bundesrat in seinem Bericht über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit: „Das grosse Verdienst und die Pionierrolle der REGIO BASILIENSIS liegt darin, dass sie alle Akteure des regionalen Lebens zu vereinen wusste: die Privatwirtschaft, die Behörden, die Universitäten und Forschungszentren etc.“⁵⁵

Anscheinend sollte die Fördergesellschaft trinational besetzt werden, denn laut Zeitungsberichten bestand die Absicht, den Vorstand in einem späteren Zeitpunkt von französischer und deutscher Seite zu ergänzen.⁵⁶ Dieser interessante Ansatz wurde nie umgesetzt, so dass die REGIO BASILIENSIS abgesehen von einzelnen Mitgliedern immer eine rein schweizerische Organisation blieb. Der Zweckartikel der Statuten der Arbeitsgruppe REGIO BASILIENSIS und der Gesellschaft zur Förderung der Arbeitsgruppe REGIO BASILIENSIS lautete im Kern jeweils identisch in Art. 1: „Zweck der Arbeitsgruppe ist die Planung und Förderung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung des als Regio bezeichneten Raumes, der das durch Jura, Schwarzwald und Vogesen begrenzte Gebiet am Rhein umfasst.“ Bei der Förderungsgesellschaft war als Hauptzweck vorangestellt: „Die Gesellschaft bezweckt, insbesondere die Arbeitsgruppe Regio Basiliensis (nachstehend Arbeitsgruppe genannt) moralisch und finanziell zu unterstützen.“ Die Komplementarität von Staat und Privatinitiative, die das Projekt REGIO BASILIENSIS von Beginn kennzeichnet, wurde so ergänzt durch diejenige von „jung“ (Initiative, Arbeitseinsatz) und „alt“ (Entscheidungsträger, Finanzmittel). Es

⁵⁵ Bericht über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Mitwirkung der Kantone an der Aussenpolitik vom 7. März 1994, S. 640.

⁵⁶ Vgl. Regio-Report 1973, S. 17-19.

sollte so „ein Gemeinschaftswerk aller an der Zukunft interessierten Kräfte darstellen“ resümierte Samuel Schweizer im Februar 1963.⁵⁷

Unverkennbar ist die planerische und raumbezogene Ausrichtung der REGIO BASILIENSIS. Dies erstaunt nicht, wenn man sich die Wachstumsdynamik der Kernstadt Basel in den 50er und 60er Jahren anschaut: die Bevölkerungszahl lag 1950 noch bei gut 180'000 – einundzwanzig Jahre später auf dem Höhepunkt bei über 215'000. Georg Kreis verglich Basel in den 1960er-Jahren mit einem „immensen Bauplatz“, konstatiert jedoch gleichzeitig für die ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte, dass sich das Planungsdenken in den beiden Basler Kantonen „weitgehend auf die Verkehrsprobleme und, in anderen Sektoren auf die fallweise Erarbeitung punktueller Lösungen“ beschränkte. Umfassend planerisch tätig sei die Regierung in der Regel erst aufgrund externer Impulse geworden, die von Verbänden oder eben einer privaten Initiative wie der Arbeitsgruppe REGIO BASILIENSIS ausgingen.⁵⁸ Die planerischen Voraussagen der 1960er-Jahre gingen für die Jahrtausendwende von 300'000 Einwohnern in Basel-Stadt und 600'000 Einwohnern in Basel-Landschaft aus. Tatsächlich waren es dann 190'000 bzw. 260'000.⁵⁹ Das Wachstum wollte bewältigt sein. Die REGIO BASILIENSIS steht mit ihrem Anspruch, dass mit wissenschaftlich-technisch erarbeiteten Grundlagen die Lösung von grenzüberschreitenden Problemen machbar sei, typisch für diese Zeit.

Für Briner stand bereits 1964 fest, dass es sich beim neu gegründeten Verein um ein „Experiment zur Lösung grenzüberschreitender gemeinsamer Aufgaben“ handelt. Der „Prozess der Verflechtung in der Agglomeration und Region Basel“ sollte „in irgendeiner Form

57 Protokoll der Sitzung vom 20. Februar 1963, S. 5 (Archiv Regio Basiliensis: 2.1.8).

58 Georg Kreis: Goldene Jahre mit irritierenden Erfahrungen. In: Georg Kreis, Beat von Wartburg (Hg.): Basel – Geschichte einer städtischen Gesellschaft, Basel, 2000, S.275.

59 Kreis a.a.O., S. 276.

planend und ordnend“ mitgestaltet werden.⁶⁰ Briner listete im weiteren sechs Gründe auf, die zur Gründung der Arbeitsgruppe REGIO BASILIENSIS führten:

1. Die „relativ schwache wirtschaftliche Entwicklung“ mit einer „echten internationalen Zusammenarbeit“ fördern.
2. „Wohl in wenigen Gebieten ist Raumplanung dringlicher als im weiteren Umkreis der Agglomeration Basel, und nirgends dürfte sie schwerer zu verwirklichen sein.“
3. Beschaffung von Grunddaten, die im schweizerischen Gebiet „nur spärlich vorhanden“ sind.
4. Sich nördlich des Juras „der Grenzlage in Zukunft zielstrebig bewusst zu werden“ und sie als „Zukunftschance dieser Region“ sehen, „wenigstens dann, wenn sie bereit ist, eine ehrliche, auf die Interessen aller beteiligten Gebiete ausgerichtete interkantonale und internationale Zusammenarbeit anzustreben“.
5. Neue Chancen für die wirtschaftliche, kulturelle und geistige „Stellung der Region Basel im integrierten Europa der Zukunft“, im „Zentrum des gemeinsamen europäischen Wirtschaftsmarktes“.
6. Die historische Entwicklung, die erst 1914 zu einer Zäsur im freien Grenzverkehr geführt hat.

Bei der ambitionierten und umfassenden Zielsetzung des Vereins stellt sich die Frage der Ressourcen. Ein interessanter Ansatz schwebte Hans Briner 1964 vor: qualifizierte und initiative Kräfte der Wirtschaft, öffentlichen Verwaltung und Wissenschaft sollten „von ihren Arbeitgebern einmalig oder periodisch für die Arbeiten im Rahmen der REGIO Basiliensis während einer bestimmten Zeit freigegeben werden“.⁶¹ Studiengruppen sollten möglichst trinational gebildet werden. Faktisch wurde in den ersten Jahren beeindruckend

⁶⁰ Briner a.a.O., S. 114-116.

⁶¹ Die Arbeitsgruppe REGIO BASILIENSIS und ihre Förderungsgesellschaft, Basel, den 7. Januar 1964, S. 5; vgl. auch Protokoll der Sitzung vom 20. Februar 1963, S. 6 (Archiv Regio Basiliensis: 2.1.8).

viel Zeit in Gremienarbeit investiert. Arbeitsgruppensitzungen wurden im Wochentakt durchgeführt. Inwiefern dies tatsächlich aufgrund von Freistellungen möglich war oder reine ehrenamtliche Tätigkeit, entzieht sich unserer Kenntnis.

1963-1969: Von der Bewegung zur Institution

Regio-Mitbegründer und Soziologe Lucius Burckhardt blickte in seinem Referat an der Regio-Planertagung 1965 neidvoll auf die Regionalplanungen der badischen und elsässischen Nachbarn: „Im schweizerischen Teil der Regio besteht kaum eine über die Ortsplanung und gewisse kantonale Leitlinien hinausgehende Konzeption; wir stossen uns hier an den Grenzen der Souveränitäten der Kantone Basel-Stadt, Basellandschaft, Aargau, Solothurn und Bern. Zu Recht kann man uns vorwerfen, dass wir über die Landesgrenzen hinausblicken, bevor wir die Schranken im eigenen Lande weggeräumt haben. Jedoch geht es uns nicht um das blosse Aufheben von Grenzen – damit allein ist wenig geholfen. Grenzen haben durchaus ihre stützenden Funktionen, wo eine andere Ordnung fehlt; und wir sind die letzten, die gewachsene Strukturen entfernen wollen, bevor die neuen Ordnungssysteme bereitet sind. Was die Regio gegenwärtig tun kann, um einer solchen Ordnung den Weg zu öffnen, ist die Information. (...) in der Aufnahme und Publikation von Daten.“⁶²

Die Diskussionen im Kreis der REGIO BASILIENSIS über das Fehlen einer koordinierten Planung nördlich des Juras führten 1969 zur Bildung der Regionalplanungsstelle beider Basel in Liestal – eine Einrichtung, die auf dem Papier noch heute besteht, personell jedoch nicht mehr dotiert ist. Man muss sich vor Augen halten, dass in dieser Zeit die

62 Lucius Burckhardt: Die Region am Rheinknie in Geschichte, Gegenwart und Zukunft. In: Schriften der Regio 3: Internationale Regio Planertagung. Basel, 1965, S. 76ff.

Raumplanungsgesetze und die Pläne das angrenzende Ausland in der Regel nicht berücksichtigten: das deutsche Raumplanungsgesetz von 1965, das Planungsgesetz des Landes Baden-Württemberg von 1973, das französische Bodenrechtsgesetz von 1967 und auch der erste Entwurf des schweizerischen Bundesgesetzes über die Raumplanung wurden gewissermassen „mit dem Rücken zur Landesgrenze“ konzipiert, merkt Hans Briner kritisch an.⁶³

Das Unbehagen am ungeordneten Wachstum bildet das zentrale Thema der Arbeitsgruppe in den sechziger Jahren und führt zu konkreten Vorschlägen: „Es ist die Ueberzeugung der Arbeitsgruppe, dass eine vermehrte Koordination der Einzelplanungen über die Kantonsgrenze hinweg unbedingt notwendig ist. Der ungestüme Wachstumsprozess der Agglomeration Basel im letzten Jahrzehnt hat das Bewusstsein geweckt, dass die Stadt einerseits und die umliegenden Gemeinden andererseits – ungeachtet der politischen Grenzen – eine Einheit bilden; jeder Teil ist auf den andern angewiesen und wird ohne ihn in der Zukunft nicht auskommen. Aus dieser Schicksalsgemeinschaft von Stadt und Umland, von Agglomeration und Region glaubt die Arbeitsgruppe ableiten zu können, dass besondere Anstrengungen zur Koordination und zur Bewältigung der kommunalen, kantonalen und regionalen Infrastrukturprobleme sowie der Gestaltung der gemeinsamen Zukunft absolut notwendig sind.“ Die „sporadische, wenn auch gezielte Auftragserteilung für Gutachten“ konnte auf die Länge nicht befriedigen, schrieb Ueli Roth, Beauftragter der REGIO BASILIENSIS und erster Leiter ihrer Internationalen Koordinationsstelle, 1971 im Rückblick.⁶⁴ Die Kantonsregierungen favorisierten schliess-

63 Briner a.a.O.

64 Ueli Roth: Wird die Regio wieder eine Einheit? In: National-Zeitung, 7.2.1971, zitiert nach: Regio Gazette 1, Dezember 1971, S. 17. Derselbe Artikel erschien auch in: werk 9/1972: „Die Regio Basiliensis trat anfänglich auf als Auftraggeber von Gutachten über regionale Probleme wie gesamtsregionale Wirtschaft, Gesellschaftszustände und über eine Anlage von wahrhaft regionaler und überregionaler Bedeutung: den Flughafen. (...) Auf die Länge konnte die sporadische, wenn auch gezielte

lich die Bildung einer gemeinsamen Regionalplanungsstelle beider Basel, eine der ersten von zahlreichen partnerschaftlichen Lösungen nach der gescheiterten Wiedervereinigung der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Mit dem Staatsvertrag betreffend die Organisation und Durchführung der Regionalplanung erhält die REGIO BASILIENSIS den staatlichen Auftrag der beiden Basel zur grenzüberschreitenden Koordination: „Zur Unterstützung der Organe der Regionalplanung und der staatlichen Planungsstellen bei Aufgaben der Koordination und Information, die sich aus der Regionalplanung im schweizerischen Teil der Region Basel über die Landesgrenzen hinweg ergeben, wird bei der Arbeitsgruppe Regio Basiliensis eine internationale Koordinationsstelle geschaffen.“⁶⁵

Im Vertrag, den der Basler Grosse Rat mit grossem Mehr gegen Null Stimmen genehmigte, wurde auch die Subventionierung der Koordinationsstelle geregelt: Basel-Stadt übernahm Fr. 120 000.– jährlich, Basel-Landschaft Fr. 40 000.–. Im Vergleich zu den ersten Jahren, als man mit einem Budget von Fr. 100'000.– operierte, erfolgte somit eine deutliche Aufstockung. Bei dieser Gelegenheit erfolgt eine offizielle Würdigung der bisherigen Tätigkeit der REGIO BASILIENSIS: „Die Arbeitsgruppe hat dank der finanziellen Unterstützung durch die beiden Kantone und die Förderungsgesellschaft wertvolle Arbeit im Sinn der Grundlagenforschung geleistet. Hervorzuheben ist namentlich der im Jahre 1967 (...) herausgegebene Strukturatlas.“ Angekündigt wird im Ratschlag auch „eine besondere internationale Kommission“ zur Betreuung der internationalen Koordinationsstelle. Dieses

Auftragserteilung für Gutachten nicht befriedigen.“

66 Zit. nach Regio-Report 1973, S. 34. Vereinbarung über die Organisation und die Führung der Regionalplanung beider Basel vom 21. September 1993) (SG 118.600): „Pflichtenheft, welches auch die Zusammenarbeit mit der Internationalen Koordinationsstelle Regio Basiliensis (IKRB) regelt, sowie Arbeitsprogramme, Aufträge und Budgets für die Regionalplanungsstelle werden von den beiden Baudirektoren genehmigt.“

Element war dann jedoch im Vertrag nicht mehr enthalten und wurde auch nie umgesetzt. Somit blieb auch die Koordinationsstelle immer eine schweizerische Einrichtung zur internationalen Koordination, wurde aber nie selbst eine internationale Einrichtung. Im Verwaltungsbericht für das Jahr 1971 bedauerte der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, dass 1969 mit dem Nichtzustandekommen der Wiedervereinigung eine der wichtigsten Zielsetzungen „für lange Zeit unerfüllbar“ geworden sei.⁶⁶

Er unterstrich deshalb die Bedeutung der Zusammenarbeit bei der Regionalplanung und die Aufgaben, die der Internationalen Koordinationsstelle der REGIO BASILIENSIS zugewiesen sind: ihr Wirken „soll vor allen Dingen das regionale Zusammenwirken im benachbarten Elsass und Badischen fördern“.⁶⁷

Ein kurzer Zwischenhalt und Rückblick auf die Pionierphase der 1960er Jahre ist hier angebracht – eine Bilanz in Stichworten:

- Die Gründung der beiden Vereine, die Institutionalisierung, die Herstellung von Kontakten
- Sechs Schriften der Regio: Studien zu Bevölkerung, Soziologie, Luftverkehr, Infrastrukturbedarf der beiden Basel, zur Laufentalfrage sowie die Publikation zur Regio-Planertagung 1965 (mit über 1000 Teilnehmern aus 19 Nationen): ein nicht zu überschätzender Impuls für grenzüberschreitende Regionalplanung und ein Anstoss zur „Europäisierung“ der Grenzregionen
- Der Strukturatlas Nordwestschweiz, Oberelsass, Südschwarzwald, einschliesslich eines Gemeindespiegels 1967 (Unterstützungsbeitrag der beiden Basel in Höhe von Fr. 400'000.-)⁶⁸

66 138. Verwaltungsbericht des Regierungsrates an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt, 1971, S. 4.

67 Ebenda, S.5.

68 Briner a.a.O., S. 119.

- Regio Basiliensis: Wirtschaft, Besiedelung, Verkehr: ein Zwischenbericht / von Ueli Roth. 1967, Gutachten zuhanden der RB
- Eine Studie über die Grundlagen eines neuen Universitätsgesetzes 1967
- Arbeit der Studiengruppe „Dreiländerflugplatz“
- Studie über Arbeitskraftreserven mit der Universität Freiburg i. Br.
- Projekt einer Regio-Luftuntersuchung
- Idee einer „Europaschule“
- Prüfung der Zusammenarbeit der Universitäten in der Regio
- Prüfung eines grenzüberschreitenden Programms für den Regio-Tourismus

Als 1969 die Sammelmappe „Ideen Daten“ erstmals erschien, lobte die Basler National-Zeitung diese neue Publikation, die einem „echten Bedürfnis“ entgegenkomme, notierte aber auch kritisch: „Die sich seit einigen Jahren intensiv der Erarbeitung von Planungsunterlagen widmende Regio hat die interessierten politischen und wirtschaftlichen Kreise in jüngster Vergangenheit in der Tat so dicht mit Berichten, Zwischenberichten und Studien eingedeckt, dass es gelegentlich schon wieder schwer fällt, in diesem reichhaltigen Material zum Wesentlichen durchzufinden.“⁶⁹ Ungeachtet dieser kritischen Töne können wir feststellen, dass ein beachtlicher Teil dessen, was in den 1960er Jahren angedacht wurde, in den folgenden Jahrzehnten in der einen oder anderen Form realisiert wurde.

Ueli Roth blickt 1971, wie oben erwähnt, nicht nur auf die Gründerjahre zurück, er skizziert auch einen „Zielzustand“: in seinem „Modell 2“ werden die Partner der Exekutive, der technischen Koordination und Vernehmlassung und der technischen Bearbeitung in den drei nationalen Teilgebieten nicht mehr nur zur Zusammenarbeit gebracht, sondern es „sieht die Schaffung gemeinsamer Instanzen aller drei

69 Regio-Report 1973, S. 25.

Ebenen, die von allen drei nationalen Teilen der Region gemeinsam getragen sind, vor (...)“.

Es finden sich in jener Zeit auch selbstkritische – und doch von visionärer Hoffnung beseelte Aussagen. Ueli Roth im Jahr 1971:

„Alle an der Schaffung dieser interkantonalen und internationalen Planungsorganisation Beteiligten sind sich bewusst, ein nicht einfaches Instrument bedienen zu müssen. Man kann lediglich feststellen, dass alle Versuche, es einfacher zu gestalten an der regionalen Mannigfaltigkeit scheiterten. Wenn es trotzdem gelingen sollte, mit dieser Organisation die vor dem ersten Weltkrieg eine wirtschaftliche und kulturelle Einheit bildende Region wieder zu einer solchen Einheit zu machen, so könnte der hier eingeschlagene Weg zu einem Modell für die Planung unter komplizierten administrativen Verhältnissen werden.“⁷⁰

Schon Anfang der siebziger Jahre ist die Komplexität der Institutionen ein Thema. Neben dem Mythos der Goldenen Zeit der Einheitsregion vor 1914 begegnet uns also hier das zweite rekurrende Motiv der grenzübergreifenden Regio-Zusammenarbeit: die Gefahr der Über-institutionalisierung. 1975 erfolgte aufgrund finanzieller Probleme der Förderungsgesellschaft und im Sinne einer Straffung die erste grössere Reorganisation mit der Zusammenlegung von Arbeitsgruppe und Förderungsgesellschaft in einem Verein mit der Bezeichnung „REGIO BASILIENSIS“.⁷¹ Erstmals lesen wir in der Zeitung die Überschrift „Kräfte der Regio Basiliensis werden konzentriert“. Es wird nicht das letzte Mal sein, sondern verweist auf ein Grundproblem der Region Basel: die mehrfache Fragmentierung des Raumes birgt die Gefahr, dass institutionelle Redundanzen entstehen. Es ist ein bis heute nicht gelöstes Problem, und, so dürfen wir vermuten, es wird bis zu einem gewissen Grad nie ganz lösbar sein. Der neue Artikel 1 der Statuten 1975 lautet:

70 Ueli Roth: Wird die Regio wieder eine Einheit? In: National-Zeitung, 7.2.1971, zitiert nach: Regio Gazette 1, Dezember 1971, S. 18.

71 Ausführliche Darstellung in Regio-Report Nachtrag 2, 1976, S. 9ff.

„Zweck der Regio Basiliensis ist die Mitwirkung bei der Planung und die Förderung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung des als Regio bezeichneten Raumes, der das durch Jura, Schwarzwald und Vogesen begrenzte Gebiet am Rhein umfasst. Dabei sollen die spezifischen Funktionen und Belange der Teilgebiete Berücksichtigung finden.“

Die Grundlagenarbeit der REGIO BASILIENSIS dürfte nicht unwesentlich zur Sensibilisierung der politischen Behörden im Sinne einer regionalen Gesamtschau beigetragen haben. Mit „Basel 75“ legte der Regierungsrat Basel-Stadt im März 1975 seine Zielvorstellungen zu den wichtigsten grundlegenden Aspekten der baselstädtischen Entwicklung vor. Der Blick richtet sich darin an mehreren Stellen über die Kantonsgrenzen hinaus auf die Partnerschaft mit Baselland und die Stellung Basels in der Agglomeration und der weiteren Region: „Wir haben uns zwar der Tatsache zu beugen, dass es wegen der zahlreichen Grenzen in unserer Agglomeration leider unmöglich ist, das ganze Gebiet der Region als einheitlichen Wirtschaftsraum zu betrachten. Doch soll als Ziel wenigstens angestrebt werden, für möglichst viele Leistungen, die in der Region von irgendeinem Partner erbracht werden, die Kreise der Leistungsempfänger, der Entscheidenden und der Zahlenden weitgehend zur Deckung zu bringen. Der Regierungsrat ist bereit, im Sinne dieser Zielsetzung den Partnern des Kantons Basel-Stadt grössere Mitwirkungsrechte anzubieten als bis anhin.“⁷² Bei den vorhandenen Einrichtungen wird explizit Bezug genommen auf die Conférence tripartite (vgl. unten), „das Gesprächsforum mit unseren elsässischen und badischen Nachbarn“ und auf die Regionalplanungsstelle beider Basel und „die ‚Regio‘ mit ihrer angegliederten Internationalen Koordinationsstelle“.⁷³

Fanden somit einerseits die Bemühungen der REGIO BASILIENSIS ihren Niederschlag und ihre Würdigung in einem offiziellen Planungs-

72 Basel 75, Hauptziele eines Stadtkantons, Kapitel 7, S. 22.

73 A.a.O., S. 23.

dokument der basel-städtischen Regierung, so löste „Basel 75“ gleichzeitig die Frage nach der Rolle der REGIO BASILIENSIS bei der Umsetzung der Zielvorstellungen aus. Als konkretes Ergebnis lud sie im Namen des Regierungspräsidenten des Kantons Basel-Stadt über fünfzig elsässische und badische Bürgermeister und Verwaltungsvertreter zu je einer Informationsveranstaltung über „Basel 75“ am 21. und 27. Oktober 1975 im Wenkenhof in Riehen ein. Am 11. April 1978 (elsässische Vertreter) bzw. 2. Mai 1978 (badische Vertreter) wurde der Austausch nach dem gleichen Modell wiederholt. Im internen Kreis der REGIO BASILIENSIS wurde jedoch kritisch diskutiert, ob „Basel 75“ nicht durch „Ziele Regio 76“ ergänzt und zu diesem Zweck unter Beizug der Regio-Partner und unter Federführung der REGIO BASILIENSIS weitergearbeitet werden müsste.⁷⁴

1970: Pfadfinderin und Studienbüro

Seit 1970 arbeitet die REGIO BASILIENSIS auf der privaten Ebene des Vereins und auf der kantonal-staatlichen Ebene ihrer Koordinationsstelle. Ein internes Papier des Vereins⁷⁵ fasste 1991 zusammen: „In den frühen siebziger Jahren arbeitete die REGIO BASILIENSIS – bildlich gesprochen – als Pfadfinderin und Wegbereiterin: - Die Geschäftsstelle (GSRB) entwickelte Initiativen, veröffentlichte mit Aussenstehenden interessante Untersuchungen („Schriften der Regio“), knüpfte informelle Kontakte und baute die grenzüberschreitenden Beziehungen aus. - Die Internationale Koordinationsstelle (IKRB) erarbeitete gleichsam als Studienbüro raumordnerische Grundlagen (Arbeitsberichte und Pläne) und baute pflichtgemäss für die beiden Basel die dreiseitige staatliche Partnerorganisation auf („Conférence Tripartite“).“

Die Vorarbeiten der REGIO BASILIENSIS im Verbund mit der Regio

74 Aktenvermerk „Basel 75“ vom 2. Mai 1975, Archiv Regio Basiliensis: 2.2.3/1.

75 Regio Basiliensis: Reorganisation 1992. Vierte Fassung vom 9. September 1991.

du Haut-Rhin, der 1965 entstandenen und in Mulhouse domizilierten Schwestergesellschaft, und dem Regierungspräsidium in Freiburg i. Br. führen in der ersten Hälfte der siebziger Jahre zur Institutionalisierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf staatlicher Ebene in der Form der sogenannten „Conférence Tripartite“. Die Hoffnungen waren immens. Regierungsrat Edmund Wyss trat am 25. Juni 1971 vor der Generalversammlung der REGIO BASILIENSIS-Förderungsgesellschaft mit den Worten auf: „Nun sind es ja aber weder die Planer noch die Koordinatoren, welche politisch verbindlich entscheiden. Das ist Sache der verschiedenen Regierungen in unserer Region. Nachdem wir nun ein Koordinationsinstrument auf der technisch-planerischen Ebene besitzen, sozusagen auf Verwaltungsstufe, fehlt uns also noch ein Koordinationsinstrument auf der politischen Ebene, auf Regierungsstufe. Meine Damen und Herren, ich muss mich korrigieren: Es fehlt uns nicht mehr! Wir besitzen es seit ziemlich genau einer Stunde. Es ist soeben gegründet worden. Dieses Instrument heisst ‚Ständige deutsch/französisch/schweizerische Konferenz für regionale Koordination‘, ‚Conférence tripartite de coordination régionale‘.“⁷⁶

Dieses Koordinationsorgan auf regionalstaatlicher Ebene, auf das so viele Hoffnungen gesetzt wurden, bestand anfänglich aus je einem Regierungsrat der beiden Basler Halbkantone, dem Präfekten und Generalratspräsidenten des Oberelsass, dem Regierungspräsidenten von Freiburg und dem Landrat von Lörrach, und bildete den Vorläufer der heutigen Oberrheinkonferenz.

Das Bonner Abkommen von 1975 etablierte auf nationaler Ebene eine intergouvernementale Regierungskommission für grenzüberschreitende Fragen am Oberrhein und ordnete dieser die

76 Edmund Wyss: Die Dringlichkeit der internationalen Koordination in der Regio. Referat gehalten an der 7. Ordentlichen Generalversammlung der Gesellschaft zur Förderung der Arbeitsgruppe Regio Basiliensis vom 25. Juni 1971 Archiv Regio Basiliensis: 2.1.8).

regionalen Kooperationsorgane als Regionalausschüsse Süd (die ehemalige Conférence tripartite) und Nord (deutsch-französischer Ausschuss) unter.

Das Abkommen wurde 2000 in Basel erneuert und bildet noch heute die Grundlage für die Aktivitäten der Deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz.

1975: Dienstleisterin für den Oberrhein

Die Dynamik in der staatlichen Kooperation hatte Folgen für die REGIO BASILIENSIS. Das erwähnte interne Papier notiert für die Koordinationsstelle kurz und bündig: „Also keine Arbeitsberichte mehr, sondern Konferenzmanagement.“ Und die Arbeitsgruppe würde nun keine Probleme mehr zur Entscheidungsreife bringen, sondern die Praxis führe nun „zu einem betont informellen begleitenden Konsultativvorgang der Geschäftsführung“. Vereinseigene Projektgruppen verlören nun ebenfalls an Bedeutung, indem dreiseitige Arbeitsgruppen in den staatlichen Gremien eingerichtet wurden.⁷⁷ Die tragende Rolle der REGIO BASILIENSIS bei der operativen Abwicklung der staatlichen grenzüberschreitenden Oberrheinkooperation der beiden Basel, ab 1996 dann auch des Kantons Aargau und ab 2003 auch der Kantone Jura und Solothurn, hält bis heute an. Die zwischenstaatliche Institutionalisierung der Oberrheinkooperation im Bonner Abkommen 1975 festigte die Position der REGIO BASILIENSIS bei der Eidgenossenschaft als privilegierter Ansprechpartner für grenzüberschreitende Fragen am Oberrhein. Allerdings darf die Rolle der zwischenstaatlichen Regierungskommission, des Daches der Oberrheinkonferenz, auch nicht überbewertet werden: So handelt sich nach gängiger Definition des schweizerischen Aussendepartements um eine Konsultativkommission (nebst derjenigen für den Raum Genf): „Sie regelt generell regionale und nachbarschaftliche Fragen einer Grenzregi-

77 E. Wyss, a.a.O.

on. Im Vordergrund stehen der Informationsaustausch und die Formulierung von Empfehlungen zuhanden der Landesregierungen.“⁷⁸

Die Wirkungsräume

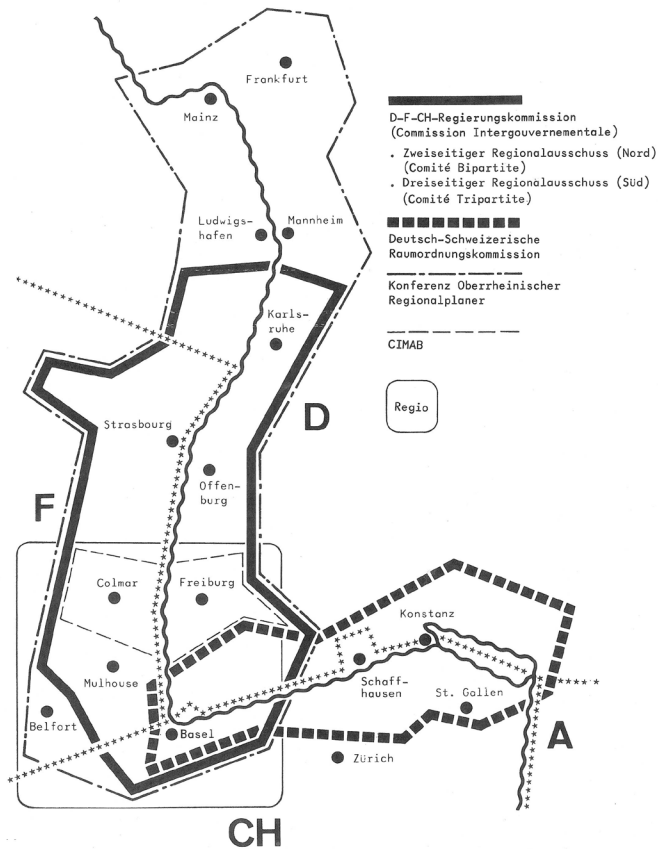


Abb. 2: Wirkungsräume am Oberrhein / Quelle: Regio-Report 1988, S. 14.

78 <http://www.eda.admin.ch/eda/de/home/topics/scoop/sccom.html> (12.7.2012)

Mit der staatsvertraglichen Definition des Mandatsgebiet einher ging ein räumlicher Paradigmenwechsel: fokussierte sich die REGIO BASILIENSIS zunächst auf die eigentliche „Regio“ auf die Agglomeration Basel und ihr erweitertes Einzugsgebiet bis Freiburg, Mulhouse und Colmar, so erstreckte sich das Aktionsgebiet nun nördlich bis nach Karlsruhe und in die Südpfalz (vgl. Abb. 2). Der Anstoss dazu kam von deutscher und französischer Seite, welche die gesamte bilaterale grenzüberschreitende Zusammenarbeit in einem Gefäss zusammenfassen wollte, und nicht für den südlichen Teil des Oberrheingebiets ein separates Gefäss mit Einbezug der Schweizer beibehalten wollte. Ein Versuch, diesen Verlust an Autonomie für den südlichen Teil des Oberrheins zu kompensieren, stellte die 1995 erfolgte Gründung des „Regiorats“ dar, der heute noch in verschlankter Form als Dachverein RegioTriRhena fungiert. Einmal mehr sollte mit einem neuen Gremium eine „Bündelung der Kräfte“ und eine Zusammenlegung von Gremien erzielt werden.

Es steht zu vermuten, dass damit eine Schwächung der ursprünglichen Idee der Regio-Zusammenarbeit als einer für den Bürger nachvollziehbaren Kooperation im Grossraum, der von der Stadt Basel geprägt ist, herbeigeführt wurde. Unter „Regio“ können sich wahrscheinlich noch heute mehr Einwohner Basels etwas vorstellen als unter „Oberrhein“. Der Begriff wurde in den 1990er Jahren als „Euregio Oberrhein“ propagiert und erfuhr vor kurzem mit dem Label „Trinationale Metropolregion Oberrhein“ eine erneute Umbenennung, bevor sich die vorangehende richtig verankern konnte. Mit dieser Umbenennung verbinden sich erneut Hoffnungen, eine verbesserte Aussenwirkung, vor allem auf europäischer Ebene, zu erreichen. Die Regio-Kommission des Basler Grossen Rates schliesst sich in ihrem Bericht⁷⁹ aus dem Jahr 2011 dieser vor allem bei den deutschen und

79 Bericht der Regiokommission zu ihrer Tätigkeit in der ersten Legislaturhälfte 2009/2013, inklusive den trinationalen Gremien Districtsrat und Oberrheinrat, und Einschätzung zur Entwicklung der regionalen Zusammenarbeit an den Grossen Rat vom 13. April 2011.

französischen Nachbarn verbreiteten Auffassung an:

„Der Oberrheinraum ist die richtige Grösse, um sich europaweit Gehör zu verschaffen. (...) Die Oberrheinkooperation darf nicht an Bedeutung verlieren, sondern muss im Gegenteil gestärkt werden. (...) Die Weiterentwicklung der Trinationalen Metropolregion Oberrhein ist aktiv zu unterstützen. Sie kann die Hauptakteure näher zusammenbringen und birgt die Chance, in Brüssel als Modellregion der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aufzutreten.

Die Nordwestschweiz profitiert von einem besseren Informations- und Kontaktfluss nach Brüssel – nicht zuletzt auch von einer stärkeren Wahrnehmung in Bern.“ Ein Höhepunkt in der Geschichte der REGIO BASILIENSIS darf nicht unerwähnt bleiben: der Regio-Gipfel vom 15. Dezember 1989 mit Staatspräsident Mitterrand, Bundeskanzler Kohl und Bundespräsident Delamuraz in Basel. Bei diesem Anlass wurde eine dreiseitige Erklärung verabschiedet, von deren Zielsetzungen einige umgesetzt werden konnten, andere wie der Bahnanschluss für den Flughafen noch immer tagesaktuell sind.⁸⁰ Das Zustandekommen dieses Treffens war nur möglich über die europäischen Kontakte, die die REGIO BASILIENSIS in den vorangehenden 20 Jahren aufbauen konnte. 1971 war sie Gründungsmitglied der Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen AGEF, eines heute noch aktiven Zusammenschlusses grenznahen und grenzübergreifenden Regionen, der sich insbesondere auch dem Lobbying der Grenzregionen in Brüssel verschreibt. „Abschliessend möchten wir nochmals festhalten“, schreibt Hans Briner im Rückblick auf das „Gipfeli“, „dass wohl zum ersten Mal massgebende nationale Staatshäupter ihre volle Zustimmung zu neuen regionalen Kooperationsformen gegeben haben, und damit vielleicht den Weg zu einem föderalen Europa der Regionen aufzeigten.“⁸¹

80 Das einzige Original Exemplar befindet sich im Staatsarchiv Basel-Stadt (RR-REG 2b).

81 Hans J. Briner im Jahresbericht 1989/90 der Regio Basiliensis, S.17.

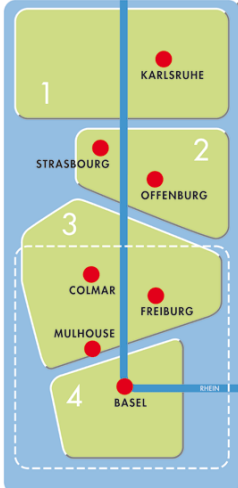
		Eurodistrikte 1 Eurodistrikt Regio PAMINA 2 Eurodistrict Strasbourg-Ortenau 3 Eurodistrikt Region Freiburg/Centre et Sud Alsace 4 Trinationaler Eurodistrict Basel/ Metropolitankonferenz Basel
		Trinationale Metropolregion Oberrhein
		RegioTriRhena

Abb. 3 Kooperationsräume heute / Quelle: www.regbas.ch

Der räumliche Paradigmenwechsel fand seinen Ausdruck in einer erneuten Änderung des Zweckartikels in den Statuten von 1992: „Zweck der REGIO BASILIENSIS ist es, von schweizerischer Seite Impulse für die Entwicklung des oberrheinischen Raumes zu einer zusammengehörigen europäischen Grenzregion zu geben und bei deren Realisierung mitzuwirken. Dabei sollen die spezifischen Funktionen und Belange der Teilgebiete partnerschaftliche Berücksichtigung finden.“ Die Orientierung auf das neue Europa des Binnenmarktes und der regionalpolitischen Förderprogramme zeigte Auswirkungen auf die Organisation der REGIO BASILIENSIS. Mit der Reorganisation 1992 und der damit verbundenen

zweiten Statutenänderung seit derjenigen von 1975 wurde zwei Entwicklungen Rechnungen getragen: Zum einen der Ausrichtung auf das Mandatsgebiet des Bonner Abkommens, den Oberrheinraum, also denjenigen Raum, in dem heute noch Oberrheinkonferenz und Oberrheinrat tätig sind und die INTERREG-Programme abgewickelt werden. Zum anderen der Zusammenführung von Koordinationsstelle und Vereins-Geschäftsstelle in einer betrieblichen Einheit und die Umwandlung der Arbeitsgruppe in eine Begleitgruppe.

Die zunehmende Beanspruchung durch die sich permanent ausweitende Dienstleistungsfunktion der REGIO BASILIENSIS und insbesondere ihrer Koordinationsstelle, war dem Verein schon früh bewusst. Der Jahresbericht 1992 zitiert aus den Leitgedanken 1991: „Das zweite Vierteljahrhundert kann gut gerüstet in Angriff genommen werden: Dies bedeutet Konsolidierung des Erreichten, Überprüfung bestehender Projekte und Arbeitsgremien, Konzentration auf Pilotprojekte und Umsetzung bis zu sichtbaren Veränderungen im Alltag. Um hierbei die Gefahr eines Abgleitens in Alltags-Pragmatismus ohne Vision zu bannen, muss sich die REGIO BASILIENSIS ihren ‚Europa-Beitrag‘ zu leisten imstande sein. Denn hierin liegt ja die Kernidee des ‚Testfalls‘ dieser EG-Efta-Grenzregion. Umso bewusster ist freilich ein massvolles Verhältnis zwischen Anspruch und Leistbarem zu beachten.“

Nach dem Schock des EWR-Neins im Dezember 1992 waren konkrete Beiträge zur Erleichterung des Alltags an der Aussengrenze des EU-Binnenmarktes gefragt. Die REGIO BASILIENSIS war hierbei auf mehreren Schienen aktiv: So erfolgten sporadisch europapolitische Positionsbezüge des in der Regel politisch neutralen Vereins zugunsten von Vorlagen wie zuvor der EWR-Vorlage oder später dann bilateraler Abkommen zwischen der Schweiz und der EU. In Gremien wie der Oberrheinkonferenz wurden rechtliche und wirtschaftliche Fragen, insbesondere Grenzgängerfragen bearbeitet. Eine für die Bewohnerinnen und Bewohnern der Regio konkret sichtbare und

direkt nutzbare Ansprechstelle stellt die INFOBEST PALMRain dar. Die Informations- und Beratungsstelle wurde 1993 gegründet und arbeitet mit einem trinationalen Team und trinationaler Trägerschaft, unter massgeblichem Administrativbeitrag der kassenführenden REGIO BASILIENSIS.

1989 beginnt die Erfolgsgeschichte der INTERREG-Programme, an deren Umsetzung in der Nordwestschweiz die REGIO BASILIENSIS von Anfang massgeblich operativ tätig war, und mit Hilfe derer bisher über 150 Projekte mit Schweizer Beteiligung kofinanziert werden konnten. Im Auftrag anfänglich der beiden Basler, später aller fünf Nordwestschweizer Kantone organisiert die REGIO BASILIENSIS zudem seit Beginn der 1990er Jahre turnusgemäss die Dreiländerkongresse, die 1998 auf Initiative des Landes Baden-Württemberg zu bestimmten Fachthemen lanciert wurden. In der Schweiz durchgeführte Kongresse fanden zu den Themen „Umwelt“ (1991), „Handwerk und Gewerbe“ (1997), „Medien und Kommunikation am Oberrhein“ (2004) sowie – letztmalig in der Schweiz - „Bildung, Forschung und Innovation“ (2010) statt.

1995 – heute: Neue Gremien für den Grossraum Basel

1975: 502 000 EINWOHNER

1975: 502 000 HABITANTS

1:200 000

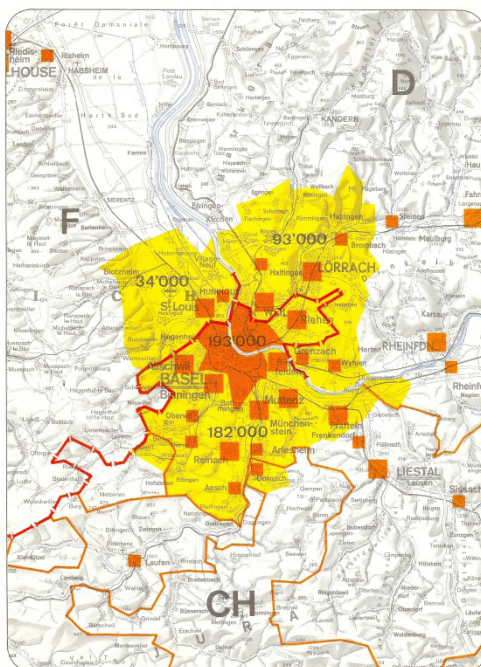


Abb. 4: Trinationale Agglomeration Basel in einer frühen Darstellung /
Quelle: Arbeitsbericht Nr. 4: Dreiländer-Agglomeration Basel. Internationale
Koordinationsstelle der Regio, Sommer 1978, Beilage Bevölkerung und Arbeitsmarkt.

Ab Mitte der 1990er Jahre lässt sich eine doppelte Tendenz zur Spezialisierung beobachten: zum einen in thematischer Hinsicht, wie zum Beispiel durch eigene Strukturen zur Programmverwaltung, zum zweiten in räumlicher Hinsicht. So entstanden neue spezialisierte

Gefässe, die sich wieder auf den ursprünglichen Agglomerationsperimeter der Region Basel bezogen: Seit 1995 entwickeln die Raumplanungsbehörden ihre Zusammenarbeit zunächst im Verein „Trinationale Agglomeration Basel (TAB)“. Dieser wurde namhaft von der erwähnten Regionalplanungsstelle beider Basel sowie vom INTER-REG-Programm alimentiert und ersetzte so die in den siebziger Jahren der IKRB anvertraute internationale Koordination in Planungsfragen. Aus der TAB entwickelte sich der „Trinationale Eurodistrict Basel (TEB)“ mit einem erweiterten Aufgabenspektrum, der noch heute das zentrale Kooperationsgefäss für Kommunen und übergeordnete Gebietskörperschaften im Einzugsgebiet der Agglomeration Basel bildet. Als Folge des Anzugs Stark⁸² im Basler Grossen Rat tagte seit 2000 die „Nachbarschaftskonferenz“ als Plattform gewählter Vertreter aus der Agglomeration Basel – ein Gefäss, das 2007 als „Districtsrat“ im TEB aufging.

Auf schweizerischer Seite wurden in der Zwischenzeit, ausgelöst durch eine Initiative des Bundesamts für Raumentwicklung ARE, die Agglomerationsprogramme institutionalisiert, darunter auch das von vier Kantonen getragene „Agglomerationsprogramm Basel“, welches eng mit dem TEB zusammenarbeitet. Die wirtschaftliche und standortpolitische Dimension fand ihre Hauptvertretung in der privaten Initiative „metrobasel“, die sich mit wechselnden Ansprüchen sowohl als Think Tank wie als übergreifende Plattform etablieren wollte. Schliesslich wurde zu Beginn des Jahres 2012 nach Zürcher Vorbild aus der Nordwestschweizer Regierungskonferenz heraus eine „Metropolitankonferenz Basel“ lanciert, die sich als Plattform von Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft versteht und die Interessenvertretung des Metropolitanraums Basel in der Bundespolitik zum Oberziel hat.

Fünzig Jahre nach ihrer Gründung steht die REGIO BASILIENSIS

82 Anzug Roland Stark und Konsorten betreffend Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein vom 13. März 1996, Geschäft Nr. 96.5096.

somit vor der Aufgabe, sich bei laufendem Dienstleistungsbetrieb in einem sich neu organisierenden Metropolitanraum Basel zu positionieren. Sie wurde als Pionierorganisation gegründet in einer Zeit, in der das Bedürfnis nach einer Überwindung der Fragmentierung im Raum Basel manifest wurde, ausgelöst durch Wachstums- und Siedlungsdruck und zunehmende wirtschaftliche Verflechtung. Sie hat über weite Strecken auf Neuland experimentiert und Türen aufgestossen und im Zusammenspiel von privater Initiative und staatlichem Auftrag immer wieder visionäre und kreative Lösungen entwickelt. Es ist das bleibende Verdienst der REGIO BASILIENSIS, dass sie oft vor ihrer Zeit Dinge angedacht hat, die erst Jahrzehnte später realisiert werden konnten.

III. Erfolge und Probleme der grenzüberschreitenden Kooperation: das Beispiel der Basler Dreiländerregion

René L. Frey

Das Gebiet am südlichen Oberrhein – im Folgenden kurz „Regio“ genannt – ist im Vergleich zu anderen europäischen Grenzregionen ein Sonderfall, dies aus mehreren Gründen: Die Grenzregion umfasst drei Länder: Frankreich, Deutschland und die Schweiz. Man spricht zwei Sprachen, französisch und deutsch. Zwei Partner sind Mitglieder der EU, die Schweiz steht ausserhalb. Die Dreiländerregion hat im Laufe der Geschichte unterschiedlichste Namen mit unterschiedlichsten geografischen Abgrenzungen erhalten: Regio – mit und ohne Zusatz „Basiliensis“, Dreiländerregion, Dreiländereck, Dreiland, RegioTriRhena, Trinationale Agglomeration Basel TAB, Trinationaler Eurodistrict Basel TEB, Trinationale Metropolregion Oberrhein TMO, Metropolitanregion Basel, metrobasel usw. Für den vorliegenden Beitrag ist vor allem die Trinationale Agglomeration Basel gemeint (vgl. Abb. 1). Gemäss der Definition des schweizerischen Bundesamts für Statistik werden Agglomerationen primär entsprechend dem Einzugsgebiet der Arbeitspendler abgegrenzt. Dies ergibt für die meisten ökonomischen Fragestellungen den sinnvollsten Perimeter. Die Optik des Geografen, Juristen, Historikers, Politologen oder Soziologen geht aus anderen Beiträgen in der vorliegenden Publikation hervor.

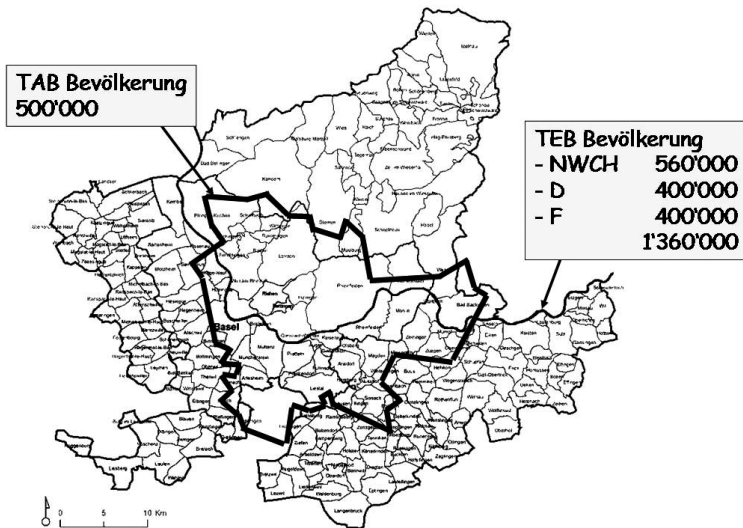


Abb. 1: Trinationaler Eurodistrict Basel TEB und Trinationale Agglomeration Basel TAB . Quelle: www.eurodistrictbasel.eu/

In der Metropolregion Oberrhein TMO wohnen rund sechs Millionen Einwohner, im Eurodistrict Basel knapp 1,4 Millionen, in der Agglomeration Basel rund eine halbe Million. Der Kern selbst, die Stadt Basel, hat bloss 170'000 Einwohner, ist somit im internationalen Vergleich eher klein.

1. Grenzen, Handicap oder Vorteil?

Die Regio wird durch Grenzen zerschnitten. Grenzen trennen. Wünschbar wäre, wenn die Basler das Elsass und Südbaden als Umland betrachten könnten. So wie sie das Baselbiet und so wie die

Zürcher Kloten oder Schlieren als Umland und nicht als Ausland empfinden. Tatsache ist aber: Zwei Drittel des Umlands von Basel sind Ausland.

Grenzen überwinden bedingt besondere Anstrengungen. Grenzen verursachen Kosten. Kosten sind Nachteile. Man muss Ressourcen – Arbeit, Geld, Zeit, Energie – einsetzen, Ressourcen, die nicht für andere Zwecke verwendet werden können. Grenzen bilden somit ein Handicap. Grenzen können aber auch mit Vorteilen verbunden sein. Dies ist dann der Fall, wenn sie Nutzen generieren. In welchem Ausmass in Grenzregionen Kosten und Nutzen anfallen wird im Folgenden am Beispiel der Regio untersucht. Das Thema kann somit auch so umschrieben werden: Wie können durch grenzüberschreitende Kooperation Nachteile verringert und Vorteile verstärkt werden?

In der Regio überqueren täglich rund 33'000 Arbeitskräfte aus Frankreich und 30'000 aus Deutschland die Landesgrenzen. Die Grenzgängerströme sind in der Regio sehr unausgeglichen (vgl. Abb. 2). Sie verlaufen fast nur in Richtung Schweiz sowie vom Elsass nach Baden. In entgegengesetzte Richtung sind es jeweils weniger als 1000. Die eindrücklich hohen Grenzgängerzahlen der Regio erwecken den Eindruck, der Wirtschaftsraum Basel sei trotz den nationalen Grenzen voll integriert. Die genauere Analyse zeigt nun aber, dass dem nicht so ist. Aus St. Louis und Lörrach zum Beispiel arbeiten weniger als halb so viele Grenzgänger in Basel, als zu erwarten wären, wenn sie sich wie die Erwerbspersonen mit Wohnsitz in Allschwil, Binningen, Bottmingen, Birsfelden, Münchenstein oder Muttenz verhalten würden. Mit anderen Worten: Mehr als die Hälfte der Pendlerströme wird durch die nationalen Grenzen wegfiltriert. Natürlich spielt im Falle Frankreichs auch die Sprache eine Rolle.

Fazit aus dieser Analyse: Der Basler Dreiländerraum hat keinen voll integrierten Arbeitsmarkt wie etwa die Agglomerationen Zürich, Bern oder Luzern.

Ist diese Tatsache gut oder schlecht? Welche Konsequenzen erge-

ben sich daraus für die wirtschaftliche Position der Regio und die zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung erforderlichen politischen Vorkehrungen?

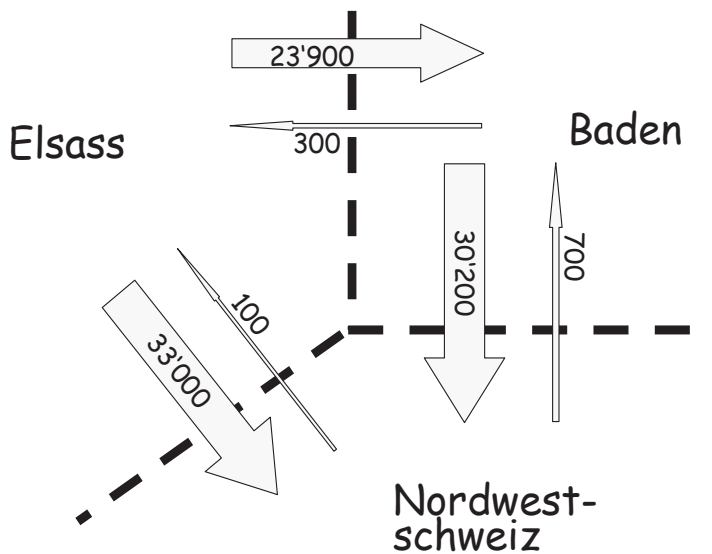


Abbildung 2: Grenzgängerströme in der Regio, 2008. Quelle: Oberrhein: Zahlen und Fakten, 2010, S. 17.

2. Veränderte übergeordnete Rahmenbedingungen

Wir leben heute in einer Welt der Globalisierung und des internationalen Standortwettbewerbs. Was versteht man unter diesen Schlagworten? Wie sind Regionen im Allgemeinen und die Regio im Besonderen davon betroffen? Und wie können sie darauf reagieren?

Standorte kennzeichnen sich durch eine bestimmte Kombination und Dichte von Menschen, Infrastrukturen, Organisationen, Regeln und Kulturen. Die wirtschaftliche Entwicklung eines Standortes hängt von der Verfügbarkeit und den Kosten der Produktionsfaktoren ab. Ein Teil der an einem Standort befindlichen Produktionsfaktoren ist standortgebunden, das heisst immobil: der Boden, die Bauten, die Infrastrukturen sowie die rechtlichen, institutionellen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen. Der andere Teil der Produktionsfaktoren ist mobil. Zu ihnen zählen Unternehmerpersönlichkeiten, Arbeitskräfte, Kapital, Know-how und Informationen.

In den letzten Jahrzehnten ist aus technischen und politischen Gründen die Mobilität der Produktionsfaktoren beträchtlich gestiegen. Die Kosten der Raumüberwindung sind nur noch ein Bruchteil von dem, was sie nach dem Zweiten Weltkrieg waren. Der technische Fortschritt hat besonders im Luftverkehr und in der Telekommunikation zu einem regelrechten Zusammenbruch der Mobilitätskosten für Personen, Güter und Informationen geführt. Die Welt wurde dadurch «kleiner». Die Politik musste reagieren. Im Rahmen der WTO sowie der EU wurden staatliche Mobilitätshemmnisse für Waren und Dienstleistungen, Kapital und Arbeit abgebaut. Zusammen mit den kürzer werdenden Lebenszyklen der Produkte haben die Unternehmungen immer häufiger Anlass, ihre Standortentscheidungen zu überprüfen und gegebenenfalls anders zu treffen.

Die tieferen Transportkosten und die geringeren politischen Barrieren haben die Marktgebiete für die Unternehmungen vergrössert. Damit haben sich sowohl die Wettbewerbsintensität zwischen den Firmen verschärft als auch die optimalen Betriebsgrössen und Unternehmensstrukturen verändert. Fusionen und Übernahmen, Ab- und Aufspaltungen von Firmen sind heute an der Tagesordnung. Tätigkeiten werden an Standorte verlagert, wo eine höhere Rendite erzielt werden kann. Da der Hauptsitz nicht am gleichen Ort sein muss wie die Forschung, die Produktion oder der Absatz, suchen multinationale

Unternehmungen für jede Funktionseinheit den optimalen Standort: Headquarter in London, Forschung im Silicon Valley, Produktion in Südostasien, Logistik in den Niederlanden usw.

Regionen mit vergleichsweise schlechten Standortbedingungen droht die Abwanderung von mobilen Produktionsfaktoren. Als Folge gehen Arbeitsplätze verloren. Die Länder, Regionen und Kommunen sind gezwungen, ihre Standortfaktoren zu verbessern. Wirtschaftspolitik wird dadurch immer mehr zur Standortpolitik. Absicht ist, durch geschickte Ausgestaltung der immobilen Standortfaktoren mobile Produktionsfaktoren zu halten, wenn möglich anzuziehen. Die Intensivierung des Firmenwettbewerbs bewirkt auf diese Weise eine Intensivierung des Standortwettbewerbs.

In diesem Überlebenskampf sind Regionen im Vorteil, die bestimmte Cluster effektiv, das heisst entsprechend den Ansprüchen der mobilen Produktionsfaktoren, und effizient, das heisst zu tiefen Kosten und Steuern, bereitzustellen in der Lage sind (vgl. Tab. 1). In der modernen Dienstleistungsgesellschaft sind dies vor allem grossstädtische Regionen.

Geografische Cluster: Grösse, Marktpotenzial (Heimmarkt), Infrastruktur ausstattung

Sektorale Cluster: räumliche Anhäufung von sog. „motorischen“ Wirtschaftszweigen mit starken Vorwärts- und Rückkoppelungseffekten (Zuliefer- und Abnehmerbeziehungen)

Funktionale Cluster: räumliche Konzentration hochwertiger Dienstleistungen (Banken, Informatik, Beratung usw.)

Innovationscluster: vielfältige und vernetzte Bildungs-, Forschungs- und Entwicklungsinstitutionen

Tab. 1: Für die regionale Wettbewerbsfähigkeit wichtige Cluster. Quelle: Brugger & Kärcher 1992, Porter 1990.

Die regional-lokale Ebene hat zwei Hauptaufgaben: die Schaffung guter Standortfaktoren und die Schaffung einer lebenswerten Umwelt. Thomas Straubhaar hat dies mit dem Schlagwort Glokalisierung treffend umschrieben: Die Globalisierung sorgt für Prosperität, die Lokalisierung für Lebensqualität.

3. Die Regio im globalen Standortwettbewerb

Wie geht die Regio mit der Herausforderung des globalen Standortwettbewerbs um? An sich wäre zu vermuten, dass ein Wirtschaftsraum, der als Grenzregion drei Nationen angehört – und daher einen tieferen Integrationsgrad aufweist als mononationale Konkurrenzregionen –, Nachteile aufweist und im internationalen Standortwettbewerb benachteiligt ist.

- Unterbrüche der Netzinfrastruktur führen zu höheren Geld- und Zeitkosten für Waren und Personen.
- Nationale Grenzen (und Sprachgrenzen) wirken wie topografische Hindernisse als Filter für die Arbeits-, Handels- und Kapitalströme.
- Arbeits-, Güter- und Immobilienmärkte sind räumlich segmentiert. Rechtliche, politische und administrative Friktionen hemmen den optimalen Einsatz der knappen Ressourcen und erschweren die Nutzung von Grössen- und Verbundvorteilen.
- Unterschiedliche Detailhandels-, Gastgewerbe- und Immobilienpreise bewirken einen Kaufkraftabfluss in den angrenzenden ausländischen Raum.

Daraus könnte der Schluss gezogen werden, dass Grenzregionen im Vergleich zu Binnenregionen arm sind. Für die Regio trifft dies eindeutig nicht zu. Dieser Wirtschaftsraum gehört weltweit zu den erfolgreicheren. Grenzen sind folglich entweder unwichtig oder schaffen auch Vorteile:

- Die Regio ermöglicht es Unternehmungen, auf kleinem Raum

Vorteile unterschiedlicher nationaler Rahmenbedingungen zu nutzen. So kann die Wirtschaft der Nordwestschweiz zum Beispiel restriktive Regelungen für ausländische Arbeitskräfte und Produktionsvorschriften legal „unterlaufen“. Zürich hat es diesbezüglich schwieriger.

- Die Bevölkerung der Nordwestschweiz kann sich der protektionistischen schweizerischen Agrarpolitik partiell entziehen, indem sie ohne grossen Aufwand Esswaren in Deutschland und Frankreich zu erheblich tieferen Preisen einkauft.
- Durch den Erwerb von Kleidern, Autos usw. können die Nordwestschweizer einfacher als Einwohner aus schweizerischen Binnenregionen vom derzeit tiefen Euro-Kurs profitieren. Analoges gilt für den Einsatz von deutschen oder französischen Handwerkern bei Um- und Neubauten.
- Die starke Zuwanderung von Deutschen der letzten Jahre wurde erleichtert, weil diese den Arbeitsplatz mit hohen Löhnen im schweizerischen Teil der Regio mit einem Wohnort in ihrem Heimatland (gleiches Schulsystem, günstige Immobilienpreise) kombinieren können. Erst recht attraktiv ist dies, seit der Franken im Vergleich zum Euro auf Höhenflug ist. Auch die Elsässer, die in Basel arbeiten, profitieren von der gegenwärtigen Konstellation.
- Weitere Vorteile der Regio sind die vielen noch nicht überbauten Entwicklungsflächen und Brachen im Norden und Westen des Zentrums Basel, die Nähe zur EU und die hervorragende Verkehrslage.

Wie die Abbildung 3 zeigt, sieht die Verflechtungssituation anders aus, wenn nicht nur die Grenzgänger, sondern auch die anderen grenzüberschreitenden Beziehungen innerhalb der Regio berücksichtigt werden.

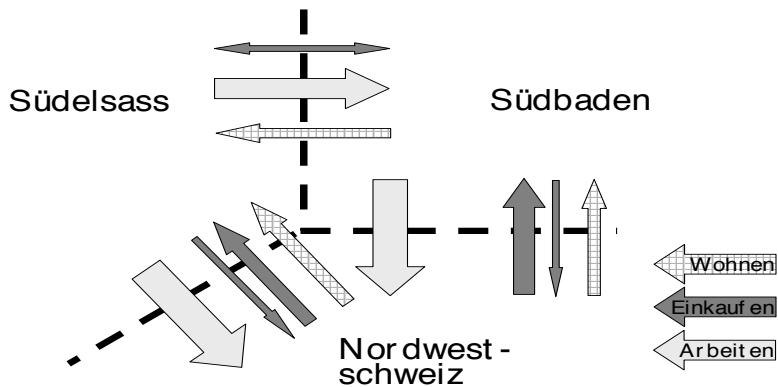


Abbildung 3: Grenzüberschreitende Ströme innerhalb der Regio. Quelle: Eder & Sandtner 2000, S. 23, ergänzt.

4. Kooperation zur Schwächung der Schwächen und Stärkung der Stärken

Es lassen sich unterschiedliche Stufen der Intensität der grenzüberschreitenden regionalen Zusammenarbeit unterscheiden (vgl. Tab. 2). Welche Stufe möglich ist, hängt unter anderem von den rechtlichen Spielräumen ab. Diese werden auf der nationalstaatlichen Ebene festgelegt. In den drei Ländern der Regio bestehen diesbezüglich grosse Unterschiede, und zwar sowohl hinsichtlich des Staatsaufbaus als auch der Aufgaben- und Besteuerungskompetenzen der Gebietskörperschaften (vgl. Tab. 3). Noch bis in die 1970er-Jahre durfte zum Beispiel ein französischer Préfet, der Statthalter der Zentralregierung, ohne Zustimmung von Paris in offizieller Mission nicht

ins Ausland gehen. Durch die Aufwertung der Regionen von 1982 im Rahmen der französischen Verwaltungsdelegation und durch das Karlsruher Übereinkommen von 1996 „über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und örtlichen öffentlichen Stellen“ zwischen Deutschland, Frankreich, Luxemburg und der Schweiz haben sich die Möglichkeiten der „kleinen Aussenpolitik“ vergrössert.

- *Information*
- *Konsultation*
- *Koordination*
 - negativ: Verringerung gegenseitiger Störungen
 - positiv: Ausrichtung auf gemeinsame Ziele
- *Kooperation*
 - gemeinsame Erarbeitung von Leitbildern und Zielfestlegung
 - aufeinander abgestimmte Beschlüsse
- *Integration*
 - gemeinsame Rechtsgrundlagen, Institutionen und Finanzierung
 - Mehrheitsentscheidungen

Tab. 2: Intensitätsstufen der Zusammenarbeit

Vor dem Ersten Weltkrieg war der wirtschaftliche Integrationsgrad im deutsch-französisch-schweizerischen Dreiländereck sehr gross. Güter, Personen und Kapital konnten weitgehend frei zirkulieren. Die beiden Weltkriege brachten starke Rückschläge. Basel drohte gegenüber Zürich und anderen städtischen Wirtschaftsräumen ins Hintertreffen zu geraten.

	<i>Schweiz</i>	<i>Frankreich</i>	<i>Deutschland</i>
Staatsaufbau	Ausgeprägt föderalistisch	Zentralistisch	Föderalistisch
Kompetenzen der Gebietskörperschaften	Grosse Autonomie in Gesetzgebung und Verwaltung der Kantone und Gemeinden	Bloss Vollzugskompetenzen der régions, départements und communes, seit Dezentralisierung von 1982 leicht erweitert	Gesetzgebungskompetenz schwergewichtig auf Bundesebene. Hohe Autonomie der Bundesländer im Vollzug. Keine legislatorischen Kompetenzen der Gemeinden
Finanzausstattung der Gebietskörperschaften	Weitgehende Besteuerungskompetenzen (eigenständige Festlegung der Steuerbelastung). Finanzausgleich	Im Wesentlichen Finanzausweisungen des Zentralstaats	Mit Ausnahme Gewerbesteuer einheitliche Steuersätze. Finanzausweisungen des Bundes. Finanzausgleich.
Möglichkeiten der kleinen Aussenpolitik	Gross	Klein	Mittel

Tab. 3: Kompetenzen der Gebietskörperschaften

Die Regio wurde zur Randregion. Man musste etwas unternehmen. Das erste grosse Projekt der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit war der gemeinsame schweizerisch-französische Flughafen Basel-Mulhouse (ab 1946). Die Impulse zu einer projektübergreifenden Institutionalisierung der trinationalen Kooperation kamen aus Basler Wirtschafts- und Kulturkreisen. Sie führten 1963 zur Gründung der Regio Basiliensis. Damit wurde auf privater Basis der Grundstein für die Zusammenarbeit öffentlicher Körperschaften gelegt. Ziel war, den Raum zwischen Vogesen, Schwarzwald und Jura als Einheit zu betrachten, ein Regio-Bewusstsein zu schaffen und die Entwicklungspotenziale dieses Wirtschafts- und Kulturrums zu fördern. Namentlich auf französischer Seite stiess die Regio-Idee zunächst auf Skepsis. Sie wurde als „Basler Kolonialismus“ empfunden. Mit der Gründung von Schwesterorganisationen in Frankreich und Deutschland – Regio du Haut-Rhin 1965 und Freiburger Regio Gesellschaft 1985 – wurde dieses Misstrauen überwunden.

Ab Ende der 1960er-Jahre kam es zu regelmässigen Kontakten der Behörden der drei Länder: 1969 mit den Periodischen Internationalen Koordinationsgesprächen auf dem Gebiet der Raumplanung und 1971 mit der *Conférence tripartite permanente de coordination régionale* (kurz *Conférence tripartite*). 1975 erfolgte als grosser Durchbruch die Schaffung der deutsch-französisch-schweizerischen Regierungskommission für nachbarschaftliche Fragen, die sich 1991 unter dem Namen Oberrheinkonferenz (ORK) zur Dachorganisation der verschiedenen behördlichen Kooperationsbestrebungen am Oberrhein weiterentwickelte. Zusätzliche Impulse erhielt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ab 1989 durch die verschiedenen Interreg-Programme, 1996 durch das bereits erwähnte Karlsruher Übereinkommen, 2003 durch den Trinationalen Eurodistrict Basel (und andere Euregios) und 2010 durch die Trinationale Metropolregion Oberrhein (TMO). Weitere grenzüberschreitende Institutionen sind der Oberrheinrat und die Nachbarschaftskonferenz der trinationalen Agglomeration als eine Art grenzüberschreitender Parlamente von Gewählten der drei Partnerländer. Ergebnis der Kooperationsbemühungen der vielen Gremien sind zahlreiche Projekte, die in der Regio das Leben für die Bevölkerung angenehmer und für die Wirtschaft einfacher machen (vgl. Tab. 4). In der Überzeugung, dass Grenzen primär „von unten“ her überwunden werden müssen, die Spielräume aber „oben“ abgesteckt werden, engagierten sich die Regio-Institutionen schon sehr früh in gesamteuropäischen Lobby-Organisationen für die Regionen, so in der Arbeitsgemeinschaft der europäischen Grenzregionen (AGEG) und der Versammlung der Regionen Europas (VRE). Nicht zuletzt erhoffte und erhofft sich Basel dadurch auch eine Öffnung zur EU hin. Als Lobby-Organisation gegenüber Bundesbern sind 2008 Metrobasel und 2012 die Metropolitankonferenz Basel (MKB) geschaffen worden. Die MKB bezweckt „die Bündelung der Kräfte im Raum Basel über die traditionelle politische Zusammenarbeit hinaus und die gemeinsame Interessenvertretung für den Metropolitanraum Basel. Die Plattform versammelt Akteure aus Politik,

Wirtschaft und Zivilgesellschaft unter einem Dach.“

- *Verkehr*
 - EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg EAP
 - Regio S-Bahn
 - RheinPorts
 - Grenzüberschreitende Tramlinien 8 (nach Weil am Rhein, in Bau) und 3 (nach St. Louis, in Planung)
- *Umwelt und Energie*
 - Luftreinhaltung (Regio-Klima-Projekt REKLIP)
 - Katastrophenhilfe
- *Raumplanung*
 - Raumplanerischer Orientierungsrahmen für den Oberrheinraum
 - Entwicklungskonzept Trinationale Agglomeration Basel
 - Internationale Bauausstellung Basel 2020 IBA
- *Ausbildung, Forschung*
 - EUCOR Europäische Konföderation der Universitäten des Oberrheins
 - BioValley
 - Trinationale Ingenieur- und Lehrlingsausbildung
 - Euregio-Zertifikat
- *Kultur, Freizeit, Tourismus*
 - Museumspass
 - Guide Michelin «Oberrhein»
 - slowUp
- *Wirtschaft, Arbeit, Soziales*
 - Statistische Daten
 - Infobest Palmrhein (Informations- und Beratungsstelle für grenzüberschreitende Fragen)
 - Koordination der Regio Messegesellschaften
 - Grenzgängerregelung

Tabelle 4: Grenzüberschreitende Kooperation in der Regio (Auswahl)

5. Erfolgsfaktoren

Trotz aller Anstrengungen ist die Trennwirkung der Grenzen immer noch spürbar. Grund: Viele Belange von regionaler Bedeutung werden nicht in Basel, Lörrach oder St. Louis geregelt, sondern in Bern, Berlin und Paris – also weit entfernt. Sonderzügelein werden dort nicht gern gesehen. Jüngste Beispiele sind der Streit über die Zuständigkeiten in Arbeitsmarktfrazen auf dem EuroAirport und die verzögerte Zulassung von schweizerischen S-Bahn-Zügen auf französischem Territorium.

Welche Projekte der regionalen Zusammenarbeit haben hohe, welche geringere Erfolgschancen? Dieser Frage ist Thomas Pfeiffer am Beispiel des südlichen Oberrheins und der Euregio Gronau im deutsch-holländischen Grenzgebiet nachgegangen (vgl. Tab. 5). Eine hohe Erfolgswahrscheinlichkeit haben Projekte, die eher klein sind, für alle Partner Nettovorteile (sogenannte Win-Win-Lösungen) mit sich bringen, leicht finanziert werden können (vor allem dank Interreg), sich auf eingespielte Institutionen abstützen und für die sich einzelne Personen, die sich bereits gut kennen, engagieren. Schwerer haben es demgegenüber Vorhaben, für welche diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind und die darüber hinaus auf Kultur-, Rechts- und Verwaltungsunterschiede stossen. Für die Schweiz erweist sich das Abseitsstehen bei der EU als Nachteil. Zwar ist sie finanzkräftig und daher gern gesehen, als dritter Partner erschwert sie jedoch tendenziell die ohnehin schwierigen grenzüberschreitenden Entscheidungsprozesse. Überraschend ist, dass Sprachunterschiede für die Kooperation ein bloss schwaches Hemmnis darstellen.

In den letzten zwei Jahrzehnten hat die Regio-Idee an Schwung verloren. Für viele Akteure ist wichtiger geworden, die eigene Position in der Weltwirtschaft zu verbessern. Boston und Shanghai sind heute interessanter als Weil am Rhein und St. Louis. Dies gilt gleichermaßen für Unternehmungen wie Gebietskörperschaften. Grössere Fortschritte in der grenzüberschreitenden Koordination bestehen in

der Regio zur Zeit nur, wenn es gelingt, gemeinsame Projekte mit Mehrheitsentscheidungen zu realisieren und aus einem gemeinsamen Topf zu finanzieren, so wie dies innerhalb der Nationalstaaten möglich ist. Einen ersten bescheidenen Ansatz hierzu gibt es: Die Interreg-Geschäftsstelle verfügt über einen Topf (400'000 Euro), um kleine Projekte unbürokratisch mitzufinanzieren.

<i>Potenzieller Einflussfaktor</i>	<i>Wirkungs- richtung</i>	<i>Stärke der Wirkung</i>		
		<i>hoch</i>	<i>mittel</i>	<i>niedrig</i>
Nutzen-Kosten-Verhältnis für alle Partner hoch und eindeutig	positiv	X		
Kompetenzen und Finanzen vor Ort vorhanden	positiv	X		
Persönliche Beziehungen und Vertrauen vorhanden	positiv	X		
Interreg-Mittel verfügbar	positiv	X		
Persönliches Engagement vorhanden	positiv		X	
Reputationseffekte vorhanden (Ruf als zuverlässige Partner)	positiv		X	
Grenzüberschreitende Institutionen vorhanden	positiv		X	
Zeitdruck hoch	positiv			X
Grösse des Projekts erheblich	negativ		X	
Verwaltungsstrukturen unterschiedlich	negativ		X	
Kulturunterschiede ausgeprägt	negativ		X	
EU-Aussengrenze als Störfaktor	negativ		X	
Sprache unterschiedlich	negativ			X
Auslegung rechtlicher Vorgaben eng	negativ			X
Zahl der beteiligten Akteure gross	negativ			X

Tabelle 5: Erfolgsbedingungen grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Quelle: Pfeiffer (2000, S. 175), ergänzt.

6. Wichtigste Erkenntnisse

1. Die Regio ist kein integrierter Wirtschaftsraum: Dies zeigt sich unter anderem darin, dass es eine Unzahl von Koordinationsgremien gibt, die sich auf die Fahnen geschrieben haben, die Grenzen durchlässiger zu machen. Immer wieder treffen sich die gleichen Personen in leicht wechselnder Zusammensetzung. Obwohl sich die Medien aller drei Partnerländer Mühe geben, über die Zusammenarbeitsbemühungen zu berichten, nimmt der Grossteil der Bevölkerung nur wenig Notiz davon. Sie profitiert aber unbewusst von den zahlreichen grossen und kleinen Kooperationserfolgen. Vieles ist für die Regio-Bewohner selbstverständlich geworden.
2. Grenzregionen sind wegen der Filterwirkung der Grenzen gegenüber mononationalen Regionen im Nachteil: Sie haben wegen Marktsegmentierungen und Mobilitätshemmnissen Mühe, knappe Ressourcen räumlich optimal einzusetzen sowie Grössen- und Verbundvorteile zu nutzen.
3. Grenzregionen bieten im Vergleich zu mononationalen Regionen auch Vorteile. Sie erlauben der Wirtschaft und der Bevölkerung die Nutzung unterschiedlicher nationaler Regelungen auf kleinem Raum: Kosten-, Lohn- und Preisunterschiede können mit geringem Aufwand ausgenutzt werden. Auf dem Arbeitsmarkt sind Grenzgänger weniger stark beschränkt als andere Kategorien ausländischer Arbeitskräfte. Auf dem Gütermarkt erlauben Einkäufe im Nachbarland das Unterlaufen protektionistischer Massnahmen der Nationalstaaten.
4. Kooperation ist nötig, um die Nachteile von Grenzregionen zu verringern und latente Potenziale zu aktivieren: Dies bedingt die Schaffung spezieller Institutionen und Vereinbarungen zwischen den regionalen Partnern. Die Kooperation zwischen den drei Partnern war bis anhin eher stärker darauf ausgerichtet, die Nachteile der Grenzsitu-

ation zu verringern, als die Vorteile als Trümpfe auszuspielen. Der Regio kam jedoch zugute, dass im Zuge der Globalisierung die nationalen Grenzen für Personen, Kapital, Waren und Dienstleistungen durchlässiger geworden sind.

5. Die regionale Kooperation stösst auf Schranken, die auf nationaler Ebene gesetzt werden: Dieser Nachteil muss nicht ewig bleiben. Es ist denkbar, dass der Nationalstaat sich immer mehr auflöst. Seine Hauptaufgaben dürften sehr langfristig obsolet werden: Die Wirtschaftsregulierung im weitesten Sinn geht auf übergeordnete Ebenen (UNO, WTO, IMF, EU) über, die Verantwortung für die Lebensqualität auf die bürgernahe regional-lokale Ebene.

Fazit: Die Regio hat ein unausgeschöpftes Entwicklungspotenzial. Sie kann zuversichtlich in die Zukunft schauen.

Literatur

- BAKBASEL (2011): Die Region Oberrhein als Standort für die Investitionsgüterindustrie. Regio Perspektiven November 2011.
- Brugger, Ernst A. & Thomas Kärcher (1992): Weltstädte – Schweizer Städte. Die Funktion schweizerischer Grossstädte im weltwirtschaftlichen Kontext. Zürich: Nationales Forschungsprogramm „Stadt und Verkehr“ Bericht 5.
- Eder, Susanne & Martin Sandtner (2000): „Staatsgrenzen in der TriRhena – Barriere oder Stimulus?“. Regio Basiliensis 41. Jg., Heft 1.
- Frey, René L. (2008): Starke Zentren – Starke Alpen. Wie sich die Städte und ländlichen Räume der Schweiz entwickeln könnten. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Frey, René L. & Claudia Frey Marti (2012): Privatisierung und Deregulierung. Reformen der Schweizer Infrastrukturpolitik. Zürich/Chur: Rüegger.

- Füeg, Rainer (1998): Das Dreiland – Die Zahlen. Nordwestschweiz, Südbaden und Haute-Alsace. Basel
- Füeg, Rainer (jährlich): Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz. Basel: Helbing & Lichtenhahn.
- Pfeiffer, Thomas (2000): Erfolgsbedingungen grenzüberschreitender regionaler Zusammenarbeit. Eine ökonomische Analyse am Beispiel des südlichen Oberrheins und der EUREGIO Gronau. Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Straubhaar, Thomas (2001): „‘Glokalisierung’: Zum Spannungsfeld zwischen Globalisierung und Lokalisierung“. In: Hans Flückiger & René L. Frey (Hrsg.): Eine neue Raumordnungspolitik für neue Räume. Zürich: ORL-Institut der ETH Zürich.

IV. De l'esprit „Regio“ aux Eurodistricts : la place de la société civile dans la coopération transfrontalière du Rhin supérieur (1963-2008)

Birte Wassenberg

Le pilier de la société civile est l'un des quatre piliers du projet de la Région métropolitaine du Rhin supérieur qui a été adopté lors du 11^e Congrès tripartite en 2008, à Strasbourg⁸³. Depuis, la participation des citoyens, à travers les associations et les regroupements de la société civile, est devenu un véritable objectif politique de la coopération institutionnelle franco-germano-suisse. Il est mis en œuvre par la Conférence du Rhin supérieur, l'organe tripartite de coopération qui existe depuis 1991 et le volet de la société civile a été pris en charge notamment par le Land de Rhénanie-Palatinat.

Or, associer le citoyen à la coopération transfrontalière n'est pas un fait nouveau dans le paysage transfrontalier du Rhin supérieur. Les jalons pour une coopération qui prend en compte les besoins de la population et qui donne une place aux associations regroupant les acteurs de la société civile sont posés dès les débuts de l'histoire de la coopération dans les années 1960⁸⁴. Si le citoyen est ensuite laissé de côté pendant la phase d'institutionnalisation dans les années 1970, il redevient le centre de l'intérêt des artisans de la coopération dans les années 1990⁸⁵.

83 Wassenberg, Birte, „Geschichtlich gewachsene Governance am Oberrhein (1975-2009)“ dans Beck, Joachim, Wassenberg, Birte (dir.), *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit leben und erforschen (Band 2): Governance in deutschen Grenzregionen*, Stuttgart, Steiner Verlag, 2011, p.159.

84 Cf. *La Regio Basiliensis*, La fondation Jean Monnet pour l'Europe, Lausanne, 1991.

85 Wassenberg, Birte, „La coopération transfrontalière dans l'espace du Rhin supérieur depuis les années 90: une solution pour l'Europe des citoyens ?“, dans Dumoulin, Michel; Elvert, Jürgen; Schirmann, Sylvain, „Ces chers voisins“,

A partir des années 2000, cet intérêt pour le citoyen se traduit par la création d'Eurodistricts, dont le premier est mis en place dans l'agglomération Strasbourg-Kehl⁸⁶. Le pilier de la société civile de la Région métropolitaine est donc préparé en amont par les acteurs institutionnels de la coopération. Il est le résultat d'une histoire de la coopération de l'espace du Rhin supérieur qui est longue et riche en expériences et projets transfrontaliers.

1. La coopération dans la Regio – un modèle associatif dès le départ

Dès l'origine, la coopération transfrontalière est développée dans l'espace du Rhin supérieur pour et avec la société civile. Ainsi, entre 1963 et 1985, les acteurs locaux suisses développent un réseau associatif dans la „Regio“, au Sud de la région, située entre Bâle, Colmar et Freiburg⁸⁷. Les pionniers suisses, c'est-à-dire des entrepreneurs et des hommes politiques, créent ainsi l'association Regio Basiliensis, à Bâle, en 1963⁸⁸. Ils tentent de développer un esprit „Regio“ au sein de la société civile. A partir de 1971, des premières émissions de radio et de télévision sur la coopération transfrontalière voient le jour. L'émission de télévision « La Suisse est-elle une île ? » est diffusée dans le cadre de la série Spektrum Schweiz (un aperçu

l'Allemagne, la Belgique et la France du XIX^e au XXI^e siècle, Stuttgart, Steiner Verlag, pp.261-181.

86 Wassenberg, Birte, „Histoire du projet d'Eurodistrict Strasbourg-Kehl au sein de la dynamique de la coopération du Rhin supérieur“, dans Grossouvre, Henri (de) ; Maulin, Eric, Eurodistrict Strasbourg-Ortenau. La construction de l'Europe réelle, Vevey, Salde, 2009, pp.87-97.

87 Cf. pour l'évolution historique: Wassenberg, Birte, Vers une eurorégion ? La coopération franco-germano-suisse dans l'espace du Rhin supérieur de 1975 à 2000, Bruxelles, PIE Peter Lang, 2007.

88 Cf. Baumert, Roger, La Regio, These de doctorat, Université de Strasbourg, 1968.

de la Suisse) et informe sur les activités de la Regio.

La série radiophonique „Trois pays, un thème“ connaît un grand succès auprès du public : elle est consacrée à des problèmes particuliers de la Regio, par exemple l'énergie, l'environnement, l'industrie, etc.⁸⁹. Après la création de la Regio Basiliensis, des associations homologues se forment du côté français et du côté allemand. La Regio du Haut-Rhin est mise en place en 1976, à Colmar, sous impulsion de la Chambre de Commerce et d'Industrie du Haut-Rhin. Son pendant allemand, la Regio Freiburg, initiée par le Maire de Freiburg, complète le réseau en 1985⁹⁰. Les Regios du Sud développent un esprit de communauté régionale autour de la ville de Bâle, dont le rayonnement économique détermine les projets et les initiatives de coopération. En 1995, ce réseau se dote d'une identité transfrontalière commune, en se transformant en l'association de la Regio TriRhena⁹¹. L'espace transfrontalier devient alors une zone de contact et d'échanges. Une „mentalité“ typiquement frontalière en résulte peu à peu et ce terrain est très favorable au développement d'une „conscience régionale transfrontalière“⁹². Les indicateurs de cette dernière sont, entre autres, la pratique d'une langue commune (le dialecte alémanique)⁹³. La société civile est ainsi partie intégrante

89 Regio Report 1973, Regio Basiliensis, Basel, pp.21-22.

90 Cf. Wackermann, Gabriel, „Belfort, Colmar, Mulhouse, Bâle, Fribourg. Un espace économique transfrontalier“, La documentation française, 1986.

91 Regio TriRhena, modèle de développement, brochure, Bâle, 1998, p.3, cf. Zoller Schepers, Regula, Grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein, Dissertation, Bamberg, 1998, p. 64.

92 Fichtner, Uwe, „Grenzüberschreitende Verflechtungen und Regionales Bewusstsein in der Regio“, Schriften der Regio 10, Basel, 1988, p.171.

93 Wassenberg, Birte, „Coopération franco-germano-suisse et identité régionale (1963-2007). L'identité régionale favorise-t-elle la coopération transfrontalière dans l'espace rhénan?“, dans Libera, Martial ; Wassenberg, Birte, L'Europe au cœur, études en 'honneur de Marie-Thérèse Bitsch, Bruxelles, PIE Peter Lang, 2009, pp.145-147.

du projet de la Regio qui démarre dans les années 1960. Cet esprit associatif est quelque peu relégué au second plan quand la coopération transfrontalière passe dans les mains des Etats. En 1975, l'accord intergouvernemental de Bonn crée une coopération franco-germano-suisse institutionnelle avec des instances officielles (la Commission intergouvernementale et les deux Comités régionaux) auxquelles sont associés des acteurs publics issus des ministères des Affaires étrangères, des Länder, des Cantons et de l'administration centrale française⁹⁴. La société civile y est absente, elle est exclue de cette coopération officielle et ne participe à la coopération qu'à travers les Regios qui continuent à fonctionner. Après la décentralisation française en 1982, cette situation ne change pas fondamentalement⁹⁵. Certes, sous impulsion du Land de Bade-Wurtemberg et de la Région Alsace, les Congrès tripartites sont mis en place en 1988 : ils associent, à part les administrations territoriales des trois Etats, également des acteurs para-publics tels des Chambres de métier, des Chambres de commerce, des universités, des organisations patronales⁹⁶. Mais la société civile reste exclue : les associations ne sont pas invitées aux congrès, à l'exception des syndicats qui jouent un rôle mineur dans ce nouveau volet de la coopération transfrontalière. Ce n'est qu'au début des années 1990 que les acteurs transfrontaliers de la région du Rhin supérieur prennent à nouveau des initiatives pour accorder une place à la société civile dans la coopération transfrontalière.

94 L'Accord de Bonn est publié au Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1976, Teil II et au Journal officiel de la République Française, 6.1.1977 (avec le texte du décret). Cf. Witmer, Jürg, Grenznachbarliche Zusammenarbeit, das Beispiel der Grenzregionen von Basel und Genf, Dissertation, Universität Zürich, 1979, p.156.

95 Charbot, Christophe, „La décentralisation, une nouvelle forme de centralisation?“, Revue de la Coopération transfrontalière, n°8, novembre/décembre 1997, p.11. Cf. aussi Ohnet, Marc, Histoire de la décentralisation française, 1996.

96 Cf. Rouessard, Anne, Note de synthèse sur les congrès tripartites, document de la Région Alsace, Direction de la coopération et des relations internationales, novembre 2000.

Une série d'actions transfrontalières voient alors le jour qui ont pour objectif d'associer le citoyen à la coopération et de répondre aux attentes de la population pour améliorer la vie quotidienne dans le bassin transfrontalier.

2. Le réveil de l'intérêt pour la société civile dans les années 1990

La première initiative en faveur de la société civile consiste en l'implantation d'instances d'information et de conseil au service des citoyens.

Entre 1991 et 1995, les gouvernements nationaux, les collectivités territoriales et les chambres consulaires de la région du Rhin supérieur mettent en place, avec le soutien financier de d'Interreg, quatre instances d'information et de conseil pour les citoyens, appelées Informations- und Beratungsstellen INFOBEST⁹⁷. Au Nord de l'espace, le premier INFOBEST „PAMINA“ est inauguré le 10 janvier 1991. Il s'occupe de la zone de coopération entre le Palatinat du Sud, la région de Karlsruhe et le Département du Bas-Rhin⁹⁸. Au Sud, l'INFOBEST Palmrain est créé le 1^{er} juillet 1993 à Huningue et couvre la zone franco-germano-suisse autour de Bâle. L'INFOBEST Vogelgrun/Breisach s'y ajoute le 10 juin 1996 pour la zone autour de Freiburg et Colmar. Enfin, la zone autour de Strasbourg et Kehl est couverte par l'INFOBEST de Kehl, mis en place le 6 novembre 1993. Les INFOBEST sont de véritables instances transfrontalières, installées à proximité de la frontière. Ils fonctionnent avec au moins un chargé de mission par pays, qui est détaché de sa collectivité territoriale.

97 Schweicker, Stephanie, Das Oberrheingebiet, Fortschreitende Integration einer europäischen Grenzregion, Magisterarbeit, Universität Tübingen, 1998, pp. 99, 100.

98 Saalbach, Jörg, „Die PAMINA Kooperation: der politische, organisatorische und finanzielle Rahmen“, dans Geiger, Michael, PAMINA, europäische Region mit Zukunft, Speyer, 2001, p.115.

Leur objectif principal est d'être au service du citoyen de l'espace rhénan pour faciliter la vie quotidienne⁹⁹. Les INFOBEST ont trois missions principales : la diffusion d'information, le conseil et le suivi de projets transfrontaliers. C'est la mission d'information, qui concerne en premier lieu le citoyen. La majorité des demandes sont en effet effectuées par des personnes privées et concernent principalement le thème du travail frontalier¹⁰⁰. Pour résoudre des problèmes de mobilité transfrontalière, les INFOBEST organisent des permanences avec des organismes spécialisés, par exemple, sur le régime de retraite et de maladie des frontaliers (avec les caisses de retraite), sur les conditions d'accès aux marchés des pays voisins pour les artisans (avec les chambres de métiers), sur les conditions de travail pour les salariés (avec les syndicats), etc.¹⁰¹. Enfin, les INFOBEST sont les premières instances transfrontalières qui s'occupent de la vie associative. Ils conseillent des associations, des fédérations sportives, culturelles et d'autres regroupements de citoyens, lorsqu'ils souhaitent obtenir une aide financière pour la réalisation d'une action ou coopérer avec un partenaire transfrontalier. Ils ont donc un rôle important de relais vers la société civile. Avec la création des INFOBEST, l'espace rhénan est la première région transfrontalière qui crée un véritable réseau au service du citoyen et des associations¹⁰².

Mais les efforts des acteurs transfrontaliers envers la société civile ne s'arrêtent pas là. A partir du milieu des années 1990, des initiatives sont prises par les responsables des Congrès tripartites pour associer le citoyen à la coopération¹⁰³. Les Congrès sont des rencontres

99 Hermann, Patrice; Andler, Christian, „Le réseau des INFOBEST“, Revue de la coopération transfrontalière, N°4, décembre 1996, p.50.

100 Léautier, Anne, Bilan de fonctionnement des INFOBEST, mémoire de DESS, IEP Strasbourg, 1994/1995.

101 Ibid.

102 Koenig, Nicolas, „Quel avenir pour les INFOBEST“, Revue de la coopération transfrontalière, N°13, septembre/octobre 1998.

103 Cf. Rouessard, Anne, Note de synthèse sur les congrès tripartites, op.cit.

régulières entre les acteurs de la coopération transfrontalière de l'espace rhénan, qui existent depuis 1988 et qui sont organisés, à tour de rôle par les partenaires suisses, allemands et français. Leur but est de réunir le plus grand nombre d'acteurs autour d'un thème spécifique de la coopération pour lancer des projets communs. En 1995, le 5^e Congrès tripartite est organisé par la Région Alsace sur un thème qui touche directement la population, à savoir la jeunesse¹⁰⁴. Ce Congrès amorce le lancement d'actions transfrontalières à destination des jeunes. Il permet une participation à la fois des associations de jeunes des trois pays et une participation directe des jeunes (âgés entre 15 et 25 ans) au Congrès. Un des résultats du Congrès est la mise en place de séminaires de jeunes transfrontaliers, les Forums Juniors, qui sont désormais organisés annuellement en coopération avec les associations de jeunesse¹⁰⁵.

Quatre ans plus tard, lors du 7^e Congrès tripartite sur l'aménagement du territoire en 1999, l'idée d'associer le citoyen à la coopération transfrontalière se précise davantage. Un groupe de travail, présidé par la Région Alsace, se consacre au thème „aménagement du territoire pour les citoyens et au niveau local“¹⁰⁶. En examinant la mobilité transfrontalière, il essaie d'obtenir une image claire de l'orientation transfrontalière des citoyens pour pouvoir ensuite les motiver à devenir de véritables acteurs de la coopération. Le groupe de travail du 7^e Congrès prend surtout l'initiative de lancer un concours d'idées auprès du grand public¹⁰⁷. Cet appel à contributions vise à recueillir un maximum de propositions de réalisations concrètes susceptibles

104 Rapport final du Congrès tripartite „Jeunesse-Formation-Emploi“, Strasbourg, 9/10.11.1995.

105 Forum Junior I-V, Effizienzanalyse, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Schriftenreihe zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, Bd.14, Mainz, avril 2001.

106 Cf. rapport du groupe de travail „L'aménagement du territoire pour les citoyens et au niveau local“ du 7^e Congrès tripartite sur l'aménagement du territoire, 26 novembre 1999, Neustadt.

107 Ibid.

d'améliorer la vie quotidienne du „frontalier“. L'idée est de constituer, à terme, un catalogue de projets potentiels pour les programmes européens Interreg. Environ 200 contributions permettent de faire ressortir les préoccupations quotidiennes des habitants de l'espace du Rhin supérieur et d'ébaucher des pistes d'interventions possibles pour les collectivités des trois pays¹⁰⁸. Pour répondre aux demandes de la société civile, deux initiatives majeures du 7^e Congrès tripartite peuvent être mentionnées : premièrement, les responsables politiques décident de décerner annuellement un „prix du citoyen du Rhin supérieur“ qui prime des initiatives particulièrement innovantes émanant de la société civile. Deuxièmement, une bourse aux associations du Rhin supérieur est envisagée une fois par an pour servir de plate-forme d'échanges spécifiques entre les associations¹⁰⁹.

Les travaux du 7^e Congrès tripartite font clairement apparaître la nécessité d'associer les citoyens de l'espace du Rhin supérieur à la dynamique de coopération. C'est une des raisons pour lesquelles, à la clôture du Congrès, Adrien Zeller propose pour thème du 8^e Congrès tripartite en Alsace „être citoyen dans l'espace du Rhin supérieur“. Il s'agit là déjà en quelque sorte de la préparation du pilier société civile de la région Métropolitaine.

108 Beck, Joachim, „L'espace transfrontalier du Rhin supérieur vu par les citoyennes et les citoyens: résultats d'un sondage“, rapport du 7^e Congrès tripartite sur l'aménagement du territoire, 26.11.1999.

109 7^e Congrès tripartite à Neustadt 1999, rapport final, Land Rhénanie-Palatinat, Mayence, 1999, déclaration finale.

3. La préparation du „pilier“ de la société civile : du 8^e Congrès tripartite à la création des Eurodistricts

Le 8^e Congrès tripartite de 2002 s'adresse directement aux citoyens dans l'espace du Rhin supérieur en tant que partenaires actifs de la coopération transfrontalière. L'objectif est de faire connaître la réalité de la coopération (projets, acteurs, etc.) au grand public et doter le Congrès d'une dimension plus locale, notamment en faisant participer les réseaux de coopération existants dans les sous-espaces transfrontaliers (les Regio au Sud et l'espace PAMINA au Nord qui se transforme en Regio en 2001)¹¹⁰. Trois types d'opérations sont mis en œuvre dans le cadre du 8^e Congrès tripartite. Un premier volet concerne la réalisation de projets améliorant la vie quotidienne transfrontalière pour laquelle la Région Alsace et ses partenaires décident de mettre à disposition une enveloppe pour financer des projets transfrontaliers de proximité¹¹¹. Deuxièmement, les activités du Congrès sont décentralisées. Entre 2000 et 2002, les sous-espaces du Rhin supérieur (les Regio et PAMINA) organisent des „manifestations régionales“ sur un sujet d'intérêt local¹¹². Le 8^e Congrès clôt cet ensemble d'opérations (appel à projets et „manifestations régionales“) et en tire le bilan. Les responsables de la coopération se rendent notamment compte que le besoin de proximité va de pair avec une approche plus locale de la coopération transfrontalière.

En effet, à partir de 2002, la région du Rhin supérieur est caractérisée par le développement d'Eurodistricts : il s'agit d'espaces locaux de coopération autour d'agglomérations transfrontalières dont l'objectif est de créer de véritables bassins de vie communs¹¹³.

110 Cf. analyse de Congrès tripartites, document présenté par la Région Alsace au comité d'organisation pour la préparation du 8^e Congrès tripartite, octobre 1999.

111 8^e Congrès tripartite, Projets et manifestations régionales, rapport final, Région Alsace, octobre 2002.

112 Ibid.

113 Frey, Michael, „Eurodistrikte als neue Form der grenzüberschreitenden

Le premier Eurodistrict voit le jour dans la région entre Strasbourg et Kehl. Sur la base d'une déclaration commune du chancelier Gerhard Schröder et du Président Jacques Chirac, en 2003, lors du 40^e anniversaire du Traité d'Elysée, à Strasbourg, la Communauté urbaine de Strasbourg et l'Ortenaukreis de Kehl, signent, en 2005, une convention pour l'établissement d'un Eurodistrict Strasbourg-Kehl¹¹⁴. Le concept de l'Eurodistrict est à la fois local, économique et politique. Il s'agit d'établir des zones intercommunales de développement transfrontalier, ainsi que de promouvoir la coopération politique entre les municipalités impliquées. Ce concept est rapidement exporté dans d'autres sous-espaces de la région du Rhin supérieur¹¹⁵. En 2005, les villes de Colmar et de Freiburg conventionne la création d'un Eurodistrict intitulé „Grand Pays de Colmar – Région Freiburg“ dans cet espace. En janvier 2007, l'agglomération trinationale de Bâle crée l'Eurodistrict de Bâle, qui intègre les communes des cantons de Bâle, de Lörrach et du Pays de Saint-Louis¹¹⁶. Enfin, en 2008, la Regio Pamina décide de se transformer également en Eurodistrict¹¹⁷. Avec la formation de ces Eurodistricts, la coopération transfrontalière acquiert de nouvelles facettes, plus locales et plus accessibles à la société civile. A partir de ces expériences transfrontalières qui sont menées en faveur du citoyen dans le cadre des Congrès tripartites et à partir d'une décentralisation des structures de coopération, le pas envers la création d'une Région métropolitaine avec un pilier société civile est rapidement

Zusammenarbeit am Oberrhein- Grundlagen und Gestaltungsmöglichkeiten“, Zeitschrift für öffentliches Recht und Verwaltung, Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg, 12/2005, 1.12.2005, pp. 450/51.

114 Déclaration commune franco-allemande à l'occasion du 40^e anniversaire du traité d'Elysée, 22.1.2003.

115 FREY, Michael, Geplante Eurodistrikte am Oberrhein, Magisterarbeit, DHV, Speyer, 2004/2005.

116 Wassenberg, Birte, „Histoire du projet d'Eurodistrict Strasbourg-Kehl au sein de la dynamique de la coopération du Rhin supérieur“, op.cit., p.96.

117 Ibid.

franchi. En 2006, lors du 10^e Congrès tripartite à Freiburg sur l'avenir de l'espace du Rhin supérieur, le principe de la région métropolitaine est retenu par les responsables politiques¹¹⁸. L'organisation concrète de cette région métropolitaine est ensuite déterminée pendant le 11^e Congrès tripartite à Strasbourg, en 2008.

À côté des responsables régionaux (présidents de Région, de Départements, Ministerpräsidenten et Regierungsräte), pour la première fois lors d'un Congrès tripartite, les maires des grandes villes de la région sont également conviés pour signer la déclaration finale¹¹⁹. La dimension locale de la coopération transfrontalière est donc valorisée. Par ailleurs, pour la première fois dans l'histoire de la coopération transfrontalière, le citoyen obtient une place dans la structure institutionnelle. Ainsi, le projet de la région métropolitaine comporte, à côté de trois piliers – économique, politique, scientifique- le quatrième pilier sur la société civile¹²⁰. Ce pilier est la preuve que la coopération pour et avec le citoyen et ses regroupements fait désormais obligatoirement partie de la politique et des projets transfrontaliers de l'espace du Rhin supérieur.

Conclusion

L'analyse historique de l'espace rhénan montre que l'association de la société civile à la coopération transfrontalière n'est pas un phénomène nouveau. Dès l'origine dans les années 1960, la société civile est en effet partie intégrante du projet transfrontalier dans l'espace

118 Cf. déclaration finale du 10^e Congrès tripartite „Die Zukunft des Oberrheins in einem erweiterten Europa“, Freiburg i. Breisgau, 2006.

119 Modèle pour le développement et la coopération, rapport final du 11^e Congrès tripartite à Strasbourg, Région Alsace, janvier 2008, déclaration finale, pp.36, 37.

120 Frey, Michael, „Eine integrierte grenzüberschreitende multi-level Governance für den Oberrhein“, in Beck, Joachim, Wassenberg, Birte (dir.), Grenzüberschreitende Zusammenarbeit leben und erforschen (Band 2), p.165.

rhénan. Ainsi, la Regio Basiliensis est une association qui encourage la participation de tout acteur de la population – politique, économique, associatif – qui souhaite s'investir en faveur de la coopération transfrontalière. L'esprit Regio est ouvert à la société civile, mais cet esprit s'essouffle après l'institutionnalisation de la coopération franco – germano-suisse en 1975, lorsque l'accord de Bonn lui confère un caractère intergouvernemental. Ce n'est qu'au début des années 1990, que les responsables politiques dans l'espace du Rhin supérieur se rendent compte qu'il est nécessaire d'associer le citoyen à la coopération pour pouvoir créer un véritable bassin de vie commun. De nombreuses initiatives et projets sont alors lancés en faveur de la population transfrontalière, pour la plupart dans le cadre des Congrès tripartites. Le pilier de la société civile de la région métropolitaine en 2008 est la conséquence logique de ces projets et d'une décentralisation de la coopération réalisée dans le cadre des Eurodistricts.

V. Warum eine Internationale Bauausstellung in der trina-tionalen Stadtregion Basel?

Martin Jann

Die Durchführung der Internationalen Bauausstellung (IBA) im Grossraum Basel erscheint auf den ersten Blick nicht zwingend notwendig. Bisherige IBA haben sich mit Situationen sichtbarer Not auseinandergesetzt, beispielsweise im Ruhrgebiet als Folge der Deindustrialisierung (IBA Emscher Park) oder im Osten Deutschlands als Folge des Bevölkerungsrückgangs (IBA Seen, IBA Stadtumbau). Die polyzentrische Stadtregion Basel hingegen hat – dank hoher Wertschöpfung und einem internationalen Ruf als Kultur- und Architekturstandort – alles, um sich im globalen Standortwettbewerb zu behaupten. Für die IBA liegt die besondere Herausforderung in der durch die Grenzlage bedingten Fragmentierung der Agglomeration Basels, territorial, politisch-institutionell, wirtschaftlich, aber auch sprachlich und kulturell.

Die IBA als Instrument grossräumiger Regional- und Stadtentwicklung

Das Format der – begrifflich heute als unzutreffend zu bezeichnen – „Internationalen Bauausstellung“ hat sich seit den 90er Jahren stark gewandelt. Standen bis in die 80er Jahre baukulturelle Aspekte im Mittelpunkt, liegt der Fokus heute auf planerischen und methodischen Fragen der Stadt- und Regionalentwicklung. Bei einer IBA geht es letztlich immer um die Realisierung hochwertiger baulicher Projekte, die eine bestimmte Aufgabe erfüllen.

Welche Ziele hat die IBA Basel 2020?

Jahrzehntelange Erfahrung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit haben das Leben in der trinationalen Stadtregion viel einfacher gemacht. Die Erfahrungen im Planungsalltag zeigen, dass es für die Umsetzung grenzüberschreitender Projekte jedoch neue Wege braucht. Im Sinne eines „grand projet“ und gemäss ihrem Motto „Au-delà des frontières, ensemble – Gemeinsam über Grenzen wachsen“, greift die IBA Basel 2020 bestehende und neue Projekte auf, sofern diese ein Potenzial für die gemeinsame Gestaltung und Nutzung der Agglomeration bergen oder gemeinsam genutzte Räume und Verbindungen zwischen den Orten und Menschen geschaffen werden („liens et lieux partagés“). Damit wird das Profil der Metropolitanregion Basel geschärft und es eröffnen sich Perspektiven für die Zukunft dieses Raums. Die IBA ist eine komplementäre Methode zur Stärkung der Region.

Handlungsfelder der IBA Basel 2020

Die IBA Basel 2020 konzentriert ihre Projekte auf drei Handlungsfelder, die sich aus dem spezifischen Eigenheiten der Stadtregion ableiten lassen:

1. Stadträume. Mobilität und Stadtentwicklung verknüpfen. Ville. Associer mobilité et développement urbain.

Der Beitrag der IBA zur Entwicklung städtischer Qualitäten ist in Relation zu einer nachhaltigen und funktional verbesserten Mobilität zu betrachten. Konkret sollen sich die Qualitäten des Urbanen im Umfeld von Bahnhöfen und entlang der neuen grenzüberschreitenden Mobilitätsachsen wie Tram und S-Bahn niederschlagen. Beispielhaft sind die geplanten Umgestaltungen des Bahnhofs Saint-Louis oder des Badischen Bahnhofs, die infolge Tramverlängerung oder städ-

tebaulicher Neuinszenierung noch stärker zu regionalen Drehscheiben werden sollen. Aber auch der Ausbau der Fahrradwege oder gar ein Pendler-„Vaporetto“ auf dem Rhein gehören zur IBA Projektlandschaft.

2. Landschaftsräume. Freiräumqualitäten entdecken, schaffen und nutzen. Paysages. Découvrir, développer et utiliser les qualités des espaces libres.

Die Leitidee des Rheins als verbindendes und für den Gesamttraum identitätsbildendes Landschaftsband. Nebst dieser Hauptschlagader schaffen die beiden Landschaftsparks, Wiese und Birsstal, hochwertige Erholungsräume, die zur Aufwertung des gesamten Siedlungsraums beitragen. Damit geht der Schutz wertvoller Kulturlandschaften Hand in Hand mit der Entwicklung der Siedlungsstrukturen.

3. Kooperation. Die Zukunft gemeinsam gestalten. Coopération. Concevoir l'avenir ensemble.

Vormalige Hafen- und Infrastrukturlandschaften stehen vor der Umstrukturierung und können durch geschickte Transformation einen grossen Mehrwert für die Region und deren Bevölkerung schaffen. Im Zentrum steht das Kooperationsmodell für die Entwicklungsvision 3Land, das die Planungsprozesse in den Teilregionen gegenseitig abstimmen und bis Ende 2013 in einen trinationalen Masterplan zusammenführen will. Die IBA thematisiert Fragen, die über die engere Planung hinausgehen und zur Sensibilisierung der Bevölkerung beitragen.

Eine ganze Gruppe von Projekten befasst sich mit der Transformation und künftigen Nutzung von Gewerbegebieten, die im Kontext der postindustriellen Wissensökonomie eine neue Programmierung erhalten. Nebst dem Umgang mit dem baulichen Erbe stehen der Aus-

tausch und die Vernetzung der einzelnen Projekte untereinander im Vordergrund.



Die Dreiländerbrücke (Eröffnung Juni 2007).

Wie geht die IBA Basel 2020 vor?

Seit Oktober 2010 gestaltet und organisiert das IBA Büro zusammen mit dem IBA Kuratorium und den politischen Steuergremien den IBA Qualifizierungsprozess in Etappen. Die 2011 im Rahmen des öffentlichen Projektaufruf eingebrachten 130 Projektvorschläge wurden anhand der vom IBA Kuratorium festgelegten Kriterien („liens et lieux partagés“, Qualität, Machbarkeit) geprüft, ausgewählt und zur Weiterbegleitung durch die IBA empfohlen.

Diese Projekte wurden am IBA Forum – Werkstatt zum trinationalen Raum – im November 2011 der Öffentlichkeit präsentiert und von dieser mit zahlreichen Feedbacks und Anregungen ausgestattet. Seither wurden die IBA Projekte weiter entwickelt, mitunter in enger Zusammenarbeit mit dem 5köpfigen IBA Team und mit Unterstützung von Fachexperten. Das IBA Kuratorium überprüft an jedem einzelnen Projekt die IBA spezifische Selbstverpflichtung zur Thematik und zur Qualität und qualifiziert diese stufenweise. Die Projekte werden im Herbst 2013 der Bevölkerung vorgestellt. Bis 2020 sollen sie nach und nach gelabelt und zu einer gebauten Realität werden. Die IBA Basel 2020 wird vom Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) getragen und von den beteiligten Städten und Gemeinden und der Europäischen Union kofinanziert. Das Budget beträgt 3 Mio. Euro für die Lancierungsperiode (2009-2013).



Das IBA Forum

Massnahmen im Rahmen des Qualifizierungsprozesses

Themenbezogene Projektgruppen (Rheinuferlandschaften, Bahnhöfe/Areale, Transformation von Industriearealen, Entwicklungsvision 3Land) zielen auf den Einbezug unterschiedlicher Projektträger und Akteure aus allen drei Teilregionen. Dabei werden Aufgabenstellungen definiert und konzeptuelle Leitideen sowie Studienaufträge entwickelt, welche Impulse für die weitere Planung zu geben vermögen und die einzelnen Projekte und Projektträger im Verbund stärken. Die IBA Salons geben den Behörden und Fachleuten ein Gespür dafür, welche Möglichkeiten und Potentiale und wo Schranken und Barrieren vorhanden sind. Daneben dient das IBA Hochschullabor, an dem sich rund 40 Institute aus 15 Universitäten beteiligen, der

wissenschaftlichen Begleitung der IBA Themen und der IBA Projekte. Bisher wurden zwei Kolloquien mit je rund 100 Teilnehmenden durchgeführt: Aus der Tagung „Landschaftsräume“ hat sich die Idee eines internationalen „IBA Landschaftskongress“ im Oktober 2012 und eines Kongresses zu „grenzüberschreitende Stadtregionen“ anlässlich der Zwischenpräsentation im Herbst 2013 herausgebildet.

Erfolgsfaktoren für die Qualifizierung und Präsentation der IBA Projekte

Eine IBA verlangt immer Mut zum Risiko, da sie ein Experiment mit offenem Ausgang ist. Sie ist ein langjähriges Projekt, das seine volle Blüte erst in der Rezeption und im Bedeutungszusammenhang entwickelt, wenn sich eine neue gemeinsame Planungskultur sedimentiert hat und die nachhaltige Wirkung der IBA Projekte einsetzt. Ebenso wichtig wie die materiellen Ergebnisse sind die Nebeneffekte, wie neue Planungsmethoden, institutionelle Vernetzungen, neuartige Kooperationsmodelle und der konstruktive Austausch über den gemeinsamen Raum. Die IBA unterstützt die jeweils nächsten Qualifizierungsschritte. Die Projekte selber sind auf das Engagement und die Finanzierungsmöglichkeiten der Projektträger und Gebietskörperschaften, aber auch von anderen Fördermitteln angewiesen, die eine Finanzierung häufig von einer grenzüberschreitenden Kofinanzierung abhängig machen.

Schliesslich findet die Lancierungsphase der IBA Basel 2020 in der IBA Zwischenpräsentation, im Herbst 2013, ihren vorläufigen Höhepunkt. Dann sollen jene Projekte, die für das IBA Label nominiert sind, einem breiten Publikum vorgestellt werden, einerseits mittels einer mobilen Ausstellung, die durch die gesamte Region reist, andererseits mit einer stationären Ausstellung, die von thematischen Veranstaltungen umrahmt werden wird.

Anhang

Zu den Autoren

Eric Jakob

Geschäftsführer der REGIO BASILIENSIS 1993-2012

Georg Kreis

Em. Prof. für Geschichte und ehem. Leiter des Europainstituts der Universität Basel (1993-2011). Von ihm verfasst: Europa und seine Grenzen. Mit sechs weiteren Essays zu Europa. Bern Haupt 2004. Von ihm mitherausgegeben: Europäische Erinnerungsorte. München Oldenbourg 2012. 3 Bde.

Martin Weber

Studium der Geschichte und Slawistik, 1995-2002 Schweizer Delegationssekretär der Deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz, 2002-2008 Europadelegierter im Justizdepartement des Kantons Basel-Stadt. Seit 2009 in unterschiedlichen Funktionen in der grenzüberschreitenden und europäischen Zusammenarbeit tätig. Mitherausgeber von: 25 Jahre Deutsch-französisch-schweizerische Regierungskommission und Oberrheinkonferenz. Kehl 2000. Zur Zeit Leiter des Archiv- und Publikationsprojekts REGIO BASILIENSIS 1963-2013.

René L. Frey

Von 1970 bis 2004 ordentlicher Professor für Nationalökonomie an der Universität Basel. Seit seiner Emeritierung leitet er CREMA – Center for Research in Economics, Management and the Arts. Er ist u.a. Gastdozent am Europainstitut Basel. Seine Spezialgebiete in Lehre, Forschung und Beratung sind die allgemeine und schweizeri-

sche Wirtschaftspolitik, die öffentlichen Finanzen und die räumliche Wirtschaft. Er war Präsident des Nationalen Forschungsprogramms „Stadt und Verkehr“ und der bundesrätlichen Expertenkommission Rat für Raumordnung sowie Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Hannover. Seit den 1970er-Jahren ist er Mitglied des Vorstands der Regio Basiliensis.

Birte Wassenberg

Maître de conférences en Histoire contemporaine, Université de Strasbourg 1993-2006. Attachée territoriale au Conseil Régional d'Alsace, chargée de la coopération européenne et des relations transfrontalières franco-germano suisses, depuis 2006 Maître de conférence en Histoire contemporaine à l'IHEE, Université de Strasbourg (UdS), 2007 Publication: Vers une eurorégion ? La coopération transfrontalière franco-germano-suisse dans l'espace du Rhin supérieur de 1975 à 2000, Peter Lang, Bruxelles, 2007. 2011 Thèse d'Habilitation „Regards croisés sur la construction européenne. Diversité des coopérations et des résistances à l'Europe“.

Martin Jann

Seit Mai 2010 Geschäftsführer der IBA Basel 2020. Rechtsanwalt mit Zusatzausbildungen in strategischer Kommunikation, Urban Identity & Design (ZHdK) sowie Raumentwicklung (ETH Zürich), diverse Leitungsfunktionen in kultur- und wirtschaftspolitischen Organisationen im In- und Ausland sowie Geschäftsführungsaufgaben an den ETH Instituten für Städtebau und für Technologie in der Architektur.

BASLER SCHRIFTEN ZUR EUROPÄISCHEN INTEGRATION

Ca. 4 x jährlich bringt das Europainstitut eine „Basler Schrift für europäische Integration“ heraus.

Diese steht ab der Nr. 50 unter <http://europa.unibas.ch/dokumentation/basler-schriften/> als kostenloser Download zur Verfügung.

Sie kann ausserdem als Broschüre beim Europainstitut direkt bestellt werden.

Wir bestellen die Schriftenreihe im Jahresabonnement zu CHF 120.-. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

☐ Wir bestellen folgende Nummern zum Preis von CHF 20.- (Doppelnr. 30.-)

☐ Wir sind an einem Publikationsaustausch interessiert.

☐ Wir sind an Weiterbildungs-Unterlagen (Nachdiplomkurs) interessiert.

* vergriffen

☐ Nr. 1 Subsidiarität - Schlagwort oder Kurskorrektur (mit Beiträgen von Flavio Cotti, Jean-Paul Heider, Jakob Kellenberger und Erwin Teufel) (Doppelnummer).

☐ Nr. 2 Ein schweizerisches Börsengesetz im europäischen Kontext (Tagungsband/Doppelnummer).

☐ Nr. 3 Martin Holland, The European Union's Common Foreign and Security Policy: The Joint Action Towards South Africa.*

☐ Nr. 4 Brigid Gavin, The Implications of the Uruguay Round for the Common Agricultural Policy.

☐ Nr. 6 Urs Saxer, Die Zukunft des Nationalstaates.

☐ Nr. 7 Frank Emmert, Lange Stange im Nebel oder neue Strategie? Die aktuelle Rechtsprechung des EuGH zur Warenverkehrsfreiheit.

- O Nr. 8 Stephan Kux, Subsidiarity and the Environment: Implementing International Agreements.
- O Nr. 9 Arbeitslosigkeit (mit Beiträgen von Christopher Boyd, Wolfgang Franz und Jean-Luc Nordmann).
- O Nr. 10 Peter Schmidt, Die aussenpolitische Rolle Deutschlands im neuen Europa.
- O Nr. 11 Hans Baumann, Möglichkeiten und Grenzen der Sozialen Dimension nach Maastricht: Das Beispiel der Bauwirtschaft.*
- O Nr. 12 Georg Kreis, Das schweizerische Staatsvertragsreferendum: Wechselspiel zwischen indirekter und direkter Demokratie.
- O Nr. 13 Markus Lusser, Die europäische Währungsintegration und die Schweiz.
- O Nr. 14 Claus Leggewie, Ist kulturelle Koexistenz lernbar?
- O Nr. 15 Rolf Lüpke, Die Durchsetzung strengerer einzelstaatlicher Umweltschutznormen im Gemeinschaftsrecht (Doppelnummer).
- O Nr. 16 Stephan Kux, Ursachen und Lösungsansätze des Balkankonflikts: Folgerungen für das Abkommen von Dayton.
- O Nr. 17 Jan Dietze/Dominik Schnichels, Die aktuelle Rechtssprechung des Europäischen Gerichtshofes zum Europäischen Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen (EuGVÜ).
- O Nr. 18 Basler Thesen für die künftige Verfassung Europas (2. Aufl.).
- O Nr. 19 Christian Garbe, Subsidiarity and European Environmental Policy: An Economic Perspective.
- O Nr. 20 Claudia Weiss, Die Schweiz und die Europäische Menschenrechtskonvention: Die Haltung des Parlaments 1969-1995.
- O Nr. 21 Gunther Teubner, Globale Bukowina: Zur Emergenz eines transnationalen Rechtspluralismus.
- O Nr. 22 Jürgen Mittelstrass, Stichwort Interdisziplinarität (mit einem anschliessenden Werkstattgespräch).

- O Nr. 23 William James Adams, The Political Economy of French Agriculture.
- O Nr. 24 Aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion (mit Beiträgen von Gunter Baer, Peter Bofinger, Renate Ohr und Georg Rich) (Tagungsband/Doppelnummer).*
- O Nr. 25 Franz Blankart, Handel und Menschenrechte.
- O Nr. 26 Manfred Dammeyer/Christoph Koellreuter, Die Globalisierung der Wirtschaft als Herausforderung an die Regionen Europas.
- O Nr. 27 Beat Sitter-Liver, Von Macht und Verantwortung in der Wissenschaft.*
- O Nr. 28 Hartwig Isernhagen, Interdisziplinarität und die gesellschaftliche Rolle der Geistes- und Kulturwissenschaften.
- O Nr. 29 Muriel Peneveyre, La réglementation prudentielle des banques dans l'Union Européenne.
- O Nr. 30 Giuseppe Callovi/Roland Schärer/Georg Kreis, Citoyenneté et naturalisations en Europe.
- O Nr. 31 Peter Häberle, Gemeineuropäisches Verfassungsrecht.
- O Nr. 32 Jacques Pelkmans, Europe's Rediscovery of Asia. Political, economic and institutional aspects.
- O Nr. 33 Maya Krell, Euro-mediterrane Partnerschaft. Die Chancen des Stabilitätstransfers.*
- O Nr. 34 Valéry Giscard d'Estaing, L'Union Européenne: Elargissement ou approfondissement?
- O Nr. 35 Martin Holland, Do Acronyms Matter? The Future of ACP-EU Relations and the Developing World.*
- O Nr. 36 Andreas Guski, Westeuropa - Osteuropa: Aspekte einer problematischen Nachbarschaft.
- O Nr. 37 Matthias Amgwerd, Autonomer Nachvollzug von EU-Recht durch die Schweiz - unter spezieller Berücksichtigung des Kartellrechts (Doppelnr.).

- O Nr. 38 Manfred Rist, Infotainment oder Sachinformation? Die Europäische Union als journalistische Herausforderung (Doppelnummer).
- O Nr. 39 Lothar Kettenacker/Hansgerd Schulte/Christoph Weckerle, Kulturpräsenz im Ausland. Deutschland, Frankreich, Schweiz.
- O Nr. 40 Georg Kreis/Andreas Auer/Christoph Koellreuter, Die Zukunft der Schweiz in Europa? Schweizerische Informationstagung vom 15. April 1999 veranstaltet durch das EUROPA FORUM LUZERN.
- O Nr. 41 Charles Liebherr, Regulierung der audiovisuellen Industrie in der Europäischen Union.
- O Nr. 42/3 Urs Saxer, Kosovo und das Völkerrecht. Ein Konfliktmanagement im Spannungsfeld von Menschenrechten, kollektiver Sicherheit und Unilateralismus.
- O Nr. 44/5 Gabriela Arnold, Sollen Parallelimporte von Arzneimitteln zugelassen werden? Eine Analyse der Situation in der Europäischen Union mit Folgerungen für die Schweiz.*
- O Nr. 46 Markus Freitag, Die politischen Rahmenbedingungen des Euro: Glaubwürdige Weichenstellungen oder Gefahr möglicher Entgleisungen?
- O Nr. 47/8 Andrew Watt, „What has Become of Employment Policy?“ - Explaining the Ineffectiveness of Employment Policy in the European Union.
- O Nr. 49 Christian Busse, Österreich contra Europäische Union - Eine rechtliche Beurteilung der Reaktionen der EU und ihrer Mitgliedstaaten auf die Regierungsbeteiligung der FPÖ in Österreich.
- O Nr. 50 Thomas Gisselbrecht, Besteuerung von Zinserträgen in der Europäischen Union - Abschied vom Schweizerischen Bankgeheimnis?
- O Nr. 51 Uta Hühn, Die Waffen der Frauen: Der Fall Kreil - erneuter

Anlass zum Konflikt zwischen europäischer und deutscher Gerichtsbarkeit? EuGH, Urteil vom 11.1.2000 in der Rs. C-283/98, Tanja Kreil/BRD.

- O Nr. 52/3 Thomas Oberer, Die innenpolitische Genehmigung der bilateralen Verträge Schweiz - EU: Wende oder Ausnahme bei aussenpolitischen Vorlagen?
- O Nr. 54 Georg Kreis, Gibraltar: ein Teil Europas - Imperiale oder nationale Besitzansprüche und evolutive Streiterledigung.
- O Nr. 55 Beat Kappeler, Europäische Staatlichkeit und das stumme Unbehagen in der Schweiz. Mit Kommentaren von Laurent Goetschel und Rolf Weder.
- O Nr. 56 Gürsel Demirok, How could the relations between Turkey and the European Union be improved?
- O Nr. 57 Magdalena Bernath, Die Europäische Politische Gemeinschaft. Ein erster Versuch für eine gemeinsame europäische Aussenpolitik.
- O Nr. 58 Lars Knuchel, Mittlerin und manches mehr. Die Rolle der Europäischen Kommission bei den Beitrittsverhandlungen zur Osterweiterung der Europäischen Union. Eine Zwischenbilanz.
- O Nr. 59 Perspektiven auf Europa. Mit Beiträgen von Hartwig Isernhagen und Annemarie Pieper.
- O Nr. 60 Die Bedeutung einer lingua franca für Europa. Mit Beiträgen von Georges Lüdi und Anne Theme.
- O Nr. 61 Felix Dinger, What shall we do with the drunken sailor? EC Competition Law and Maritime Transport.
- O Nr. 62 Georg F. Kraye, Spielraum für Bankegoismen in der EU-Bankenordnung.
- O Nr. 63 Philippe Nell, China's Accession to the WTO: Challenges ahead.
- O Nr. 64 Andreas R. Ziegler, Wechselwirkung zwischen Bilateralismus

und Multilateralismus. Das Beispiel der Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten.

- O Nr. 65 Markus M. Haefliger, Die europäische Konfliktintervention im burundischen Bürgerkrieg, („Arusha-Prozess“) von 1996 bis 2002.
- O Nr. 66 Georg Kreis (Hrsg), Orlando Budelacci (Redaktion): Der Beitrag der Wissenschaften zur künftigen Verfassung der EU. Interdisziplinäres Verfassungssymposium anlässlich des 10 Jahre Jubiläums des Europainstituts der Universität Basel.
- O Nr. 67 Francis Cheneval, Die Europäische Union und das Problem der demokratischen Repräsentation.
- O Nr. 68 Politik und Religion in Europa. Mit Beiträgen von Orlando Budelacci und Gabriel N. Toggenburg.*
- O Nr. 69 Chantal Delli, Das Wesen der Unionsbürgerschaft, Überlegungen anhand des Falls Rudy Grzelczyk gegen Centre public d'aide sociale d'Ottignies-Louvain-la-Neuve.
- O Nr. 70 Federica Sanna, La garantie du droit de grève en Suisse et dans la l'Union européenne.
- O Nr. 71 Elze Matulionyte, Transatlantic GMO Dispute in the WTO: Will Europe further abstain from Frankenstein foods?
- O Nr. 72 Rolf Weder (Hrsg.), Parallelimporte und der Schweizer Pharmamarkt.
- O Nr. 73 Marc Biedermann, Braucht die EU Lobbying-Gesetze? Annäherungen an eine schwierige Frage.
- O Nr. 74 Hanspeter K. Scheller, Switzerland's Monetary Bilateralism. The episode of 1975.
- O Nr. 75 Bruno Kaufmann/Georg Kreis/Andreas Gross, Direkte Demokratie und europäische Integration. Die Handlungsspielräume der Schweiz.
- O Nr. 76 Daniel Zimmermann, Die Zwangslizenzierung von Immateri-

algüterrechten nach Art. 82 EG. Schutz vor Wettbewerb oder Schutz des Wettbewerbs?

- O Nr. 77 Laurent Goetschel/Danielle Lalive d'Epinay (Hrsg.), Die Beziehungen zwischen Wirtschaft und Aussenpolitik: Eine natürliche Symbiose?
- O Nr. 78 Georg Kreis (Hrsg.), Frieden und Sicherheit. Israel und die Nahostkrise als europäisches Thema.*
- O Nr. 79 Christoph Nufer, Bilaterale Verhandlungen, wie weiter? Liberalisierung der Dienstleistungen zwischen der Schweiz und der EU: Gewinner und Verlierer aus Schweizer Sicht.
- O Nr. 80 Simon Marti, Die aussenpolitischen Eliten der Schweiz und der Beginn der europäischen Integration. Eine rollentheoretische Untersuchung der schweizerischen Teilnahme an der Lancierung des Marshallplans und an der Errichtung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa 1947-1948.
- O Nr. 81 Thomas Cottier, Rachel Liechti, Die Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union: Eine kurze Geschichte differenzieller und schrittweiser Integration / Thomas Cottier, Alexandra Dengg: Der Beitrag des freien Handels zum Weltfrieden.
- O Nr. 82 Martina Roth, Die neue Rolle Nicht-Staatlicher Organisationen. Möglichkeiten und Grenzen am Beispiel des Engagements in der Konflikt-Prävention; Gereon Müller-Chorus: Privatwirtschaftliche Organisation der Trinkwasserversorgung. Fluch oder Segen?
- O Nr. 83 Christoph A. Spenlé (Hrsg.), Die Europäische Menschenrechtskonvention und die nationale Grundrechtsordnung. Spannungen und gegenseitige Befruchtung.
- O Nr. 84 Peter Maurer, Europa als Teil der UNO.
- O Nr. 85 Georg Kreis (Hrsg.), Europa als Museumsobjekt.
- O Nr. 86 Christa Tobler (Hrsg.), Aspekte des Finanzdienstleistungs- und

Unternehmenssteuerrechts nach dem EG-Recht und dem bilateralen Recht.

- Nr. 87 Christa Tobler, Internetapotheken im europäischen Recht. Positive und negative Integration am Beispiel des grenzüberschreitenden Verkaufs von Arzneimitteln in der EU und in der Schweiz.
- Nr. 88 Ausra Liepinyte, Emigration von Arbeitskräften nach dem EU-Beitritt: wer gewinnt und wer verliert? Eine Analyse am Fallbeispiel Lettlands.
- Nr. 89 Laurent Goetschel/Daniel Michel, Der aussenpolitische Handlungsspielraum der Schweiz als Nichtmitglied der Europäischen Union: ein Blick auf einige Aspekte der Friedensförderung.
- Nr. 90 Martin Alioth, Irland und Europa 2002- 2009.
- Nr. 91 Sarah Conradt, Die Wirtschaftskrise - eine Chance für die Umwelt?
- Nr. 92 Sara Behrend, Möglichkeiten und Auswirkungen einer Abkehr von der nationalen Erschöpfung für Pharmaprodukte aus Sicht der Schweiz und einkommensschwacher Länder.
- Nr. 93 Roland Vaubel, Rechtfertigt die Bankenkrise die Bankenregulierungen der Europäischen Union?
- Nr. 94 Georg Kreis, Etappen auf dem Weg der französisch-deutschen Verständigung bis 1963 - mit einem Ausblick auf die Zeit danach.
- Nr. 95 Michael Ambühl, Interessendifferenzen und Interessenkongruenzen in den Beziehungen zur EU - mit Fokus auf Finanzfragen; Michael Reiterer, Die Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz „dynamisieren“ oder die „Grenzen des Bilateralismus“.

- O Nr. 96 Johannes Kohlschütter, Lokomotiven der Einigung - Europäische Eisenbahnen zwischen Kooperation und Konkurrenz.
- O Nr. 97 Aline Müller, The Future of EFTA from a Swiss point of View.
- O Nr. 98 Elena Mirkovska, Solar energy: Impetus for the future development of the Macedonian economy.
- O Nr. 99 Christine Breitschmid, Agrarfreiheit Schweiz - EU. Analyse vor dem Hintergrund der Käsemarkt-Liberalisierung.

ISBN-13: 978-3-905751-25-3
ISBN-10: 3-905751-25-9

Europainstitut der Universität Basel, Gellertstrasse 27, CH-4020 Basel,
Schweiz, Tel. ++41 (0) 61 317 97 67, FAX ++41 (0) 61 317 97 66
E-mail: europa@unibas.ch, Internet: www.europa.unibas.ch

© Europainstitut der Universität Basel 2012

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie die
Verbreitung auf elektronischem, photomechanischem oder sonstigem
Wege bedürfen einer schriftlichen Genehmigung des Europainstituts.

